Offener Brief an Wolf Biermann, S. 12

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 41 – 13. Oktober 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Opfer seiner eigenen Verzagtheit: CSU-Chef Horst Seehofer zwei Tage nach der Bundestagswahl in Berlin

Bild: pa

Für die CSU wird es ernst

Der Unionskompromiss zur Asylfrage bringt die Bayern in existenzielle Gefahr

Die Bayern-Union hat 2015 ihre letzte historische Chance verpasst, sich bundesweit auszudehnen. Das könnte sich bald rächen.

Horst Seehofer wird es schwer haben, der CSU-Basis dieses Ergebnis als Erfolg zu verkaufen. Die Einigung der Unionsparteien in der Asyl- und Zuwanderungsfrage besteht aus einem Formelkompromiss ohne belastbaren Wert.

Die Aufnahme von Asylsuchern verschiedenster Art solle 200 000 pro Jahr nicht überschreiten. Es sei denn, „internationale und nationale Entwicklungen“ drängten zu einer Anpassung. Es können also jederzeit mehr werden. Entscheidend: Weiterhin solle niemand an der Grenze abgewiesen werden. Alle dürfen erst einmal herein, obwohl sie über sichere Länder wie Österreich anreisen. Einmal drin, erhalte jeder ein geordnetes Asylverfahren, der dies wünsche. Die Praxis hat gezeigt, dass sich diese Verfahren oft derart in die Länge ziehen, dass schließlich eine „Duldung“ erfolgt. Frei nach Merkel: Dann sind sie halt da.

Die Asylflut von 2015 solle sich nie wiederholen, hatten Merkel und Seehofer im Wahlkampf versprochen. Mit diesem windelweichen Kompromiss kann sich jener Massenzustrom jederzeit wiederholen.

> So kann sich die Flut von 2015 eben doch wiederholen

Doch selbst die darin fixierten, äußerst verschwommenen Ziele „wollen“ CDU und CSU lediglich „erreichen“ in den Verhandlungen mit FDP und Grünen, von Festlegung kein Wort. Wer Grünen-Chefin Simone Peter gehört hat, ahnt, dass es am Ende noch schlimmer kommen könnte als bereits absehbar.

Angela Merkel sprach sich also selbst aus der Seele, als sie kurz nach der Wahl erklärte, sie wisse nicht, was sie anders machen könnte. Nein, es soll tatsächlich alles so weitergehen.

Die CSU taumelt damit in Richtung Existenzkrise. Im Herbst 2015 verpasste die Bayern-Union die historisch letzte Gelegenheit, den „Mantel der Geschichte“ zu packen und sich bundesweit auszudehnen. Der Aufstieg der AfD zu deutschlandweit zweistelligen Werten setzte erst nach der Jahreswende zu 2016 ein. Zahlreiche (spätere) AfD-Wähler gaben 2015 einer bundesweiten CSU den Vorzug vor dem Experiment mit der neuen Partei. Doch außer Drohungen, leeren Ultimaten und Gedankenspielen brachte man in München nichts zuwege, stellte sich schließlich gar erneut hinter Merkel.

Nun steckt die CSU in der Gefangenschaft der Merkel-CDU. Statt mit dem verpassten Ausstieg aus der Fraktionsgemeinschaft können die Bayern der großen Schwester nur noch mit ihrem eigenen Verderben drohen: Wenn ihr uns verhungern lasst, gehen wir bei den bayerischen Landtagswahlen im Herbst 2018 unter.

Das Naturell der CDU-Chefin ist hinreichend bekannt, um voraus zusehen, wie sie darauf antworten wird – mit einem Achselzucken: Dann seid ihr halt weg. „Jamaika“ ist ein Desaster mit Ansage. Die CSU wird darunter nicht allein leiden müssen, aber ungleich härter als die anderen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Versagen

Wer in der Schule aufgepasst hat, der weiß: Im Herbst, wenn sich mit der sinkenden Sonneneinstrahlung die Luft im Norden abzukühlen beginnt, verschiebt sich die Grenze, welche die polaren von den wärmeren Luftmassen trennt, nach Süden. Je stärker der Kontrast zwischen den beiden Luftmassen ist, umso stärker weht der Wind. Selbst der, der von diesen naturwissenschaftlichen Zusammenhängen gar nichts weiß, der weiß, dass im Herbst die Stürme übers Land brausen. Die Deutsche Bahn indes weiß auch davon nichts. Für sie sind die alljährlichen Herbststürme kein ganz normales Phänomen, sondern „klimatische Veränderungen mit extremen Wetterlagen“, auf die sie sich angeblich nicht vorbereiten kann. Bäume auf den Gleisen, defekte Signaleinrichtungen und Oberleitungen hat es auch früher gegeben, ebenso wie Starkregen, Dauerfrost und anhaltende Schneefälle. Dies führte aber nicht gleich zu einem anhaltenden Chaos im Bahnverkehr. „Die Bahn fährt immer“ war mehr als ein Werbeversprechen. Das einzige Versprechen, das die Bahn heute hält, ist das eines eklatanten Organisationsversagens.

Statt Vorkehrungen für regelmäßig wiederkehrende Naturereignisse zu treffen, stellt die Bahn, wenn sich ein solches ankündigt, lieber gleich den Schienenverkehr in der halben Republik ein. Es könnte ja irgendwo ein Ast auf den Gleisen liegen. In der Tat kommt das häufiger vor als früher, denn Umweltauflagen verhindern das präventive Fällen von Bäumen und einen regelmäßigen Grünschnitt entlang der Gleise. Dafür kann die Bahn nichts, dem kann nur der Gesetzgeber abhelfen. Was der Staatsbetrieb aber tun kann und tun muss, ist, ein effektives Krisenmanagement zu gewährleisten.

Soldatensärge kein Thema

Russische Truppen tragen Hauptlast im Kampf gegen den IS in Syrien

Erstmals sind in Syrien zwei Angehörige von russischen Freiwilligen- und Söldner-Einheiten in die Gefangenschaft der Terrororganisation IS geraten. In Syrien finden zurzeit die heftigsten Kämpfe seit einem Jahr statt, deren Hauptlast russische Bodentruppen tragen. Sie sind schon länger unverzichtbar, um die Offensive der dezimierten syrischen Armee gegen den IS in Gang zu halten. Ihre genaue Zahl kennt niemand, weil neben regulären Armeeeinheiten auch viele Angehörige von Freiwilligen- und Söldnerverbänden kämpfen.

Jetzt wurden erstmals zwei russische Soldaten von den IS-Terroristen gefangen genommen, ein Angehöriger einer Kosakeneinheit aus Rostow am Don und ein Mitglied der sogenannten „Gruppe Wagner“. Wagner-Einheiten waren auch schon auf der Krim und in der Ostukraine als Söldner ohne Abzeichen im Einsatz. Sie erhalten in Syrien ein Monatsgehalt von 3200 Euro, und im Todesfall erhält die Familie 40 000 Euro. Das arabische Portal Alqalaam veröffentlichte ein vom IS stammendes Video, das die zwei russischen Kriegsgefangenen zeigt.

Russland ist offenbar tiefer in den Konflikt hineingerutscht, als es zu Beginn des Feldzugs vor zwei Jahren vorhatte. Durch das Ausdehnen des Kampfgebietes auf ganz Syrien sind auch die Verluste der regulären russischen Armee in die Höhe gegangen. Während im ersten Jahr des Einsatzes nur eine Handvoll Soldaten, vor allem der Luftwaffe, ums Leben kam, sind in den letzten sieben Monaten nach Angaben des Verteidigungsministeriums bereits 40 Gefallene zu verzeichnen.

In der russischen Öffentlichkeit sind Soldatensärge aus Syrien aber kaum ein Thema. Die Gesellschaft steht voll hinter dem Einsatz, der als Kampf gegen das absolut Böse gilt. Sollte der IS gefangene Russen ermorden, sie als Schutzschilde einsetzen oder sollten die Gefangenen durch Einsätze der eigenen Kräfte bei den immer unübersichtlicher werdenden Häuserkämpfen ums Leben kommen, würden nur noch mehr Freiwillige aus Russland in den Krieg nach Syrien ziehen. *B.B.*

Strafe für Asyl-Anwalt

Verfassungsgericht sah sich durch missbräuchlichen Antrag behindert

Eine Meldung, die es selbstredend nicht in die Medien geschafft hat: Das Bundesverfassungsgericht hat den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen die Abschiebung eines Asylbewerbers nach Afghanistan zurückgewiesen. Zugleich hat sie den Rechtsanwalt des Antragstellers wegen Missbrauchs bestraft.

Der Antragsteller reiste im Jahr 2011 nach Deutschland ein. Sein Asylantrag wurde 2013 abgelehnt. Die hiergegen gerichtete Klage blieb erfolglos, ebenso wie sein Versuch, die drohende Abschiebung mit einem Eilantrag beim Verwaltungsgericht abzuwenden. Daraufhin wandte sich der Anwalt des Asylbewerbers mit einem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung an das Bundesverfassungsgericht. Er behauptete gleich in mehreren Schriftsätzen und Telefonaten, dass die Abschiebung seines Mandanten unmittelbar bevorstehe.

Die Verfassungsrichter waren der Ansicht, dass eine noch zu erhebende Verfassungsbeschwerde nach dem vom Antragsteller vorgelegten Material unbegründet sein werde, weil wesentliche Unterlagen nicht vorgelegt und die Lebensumstände des Antragstellers nur in unzureichenden Ansätzen geschildert worden seien. Im Übrigen fehle es an einer hinreichenden Begründung dafür, dass der angegriffene Beschluss des Verwaltungsgerichts Verfassungsrecht verletzt.

Für den Rechtsanwalt hatte das Gericht noch eine unangenehme Überraschung. Es wollte es nämlich nicht hinnehmen, „an der Erfüllung seiner Aufgaben durch erkennbar missbräuchliche Anträge gehindert zu werden“. Die Beantragung einer einstweiligen Anordnung stellt unter anderem dann einen Missbrauch dar, wenn grob irreführende Angaben über entscheidungserhebliche Umstände vorgetragen werden. Dies sahen die Verfassungsrichter in diesem Fall als gegeben an, hatte der Anwalt doch verschwiegen, dass sein Mandant untergetaucht war und gar nicht hätte abgeschoben werden können. Als Quittung bekam er eine Missbrauchsgebühr von 2600 Euro auferlegt. *J.H.*

MELDUNGEN

EU-Studie: Muslime tolerant

Wien – Rund 92 Prozent der Muslime mit Immigrationshintergrund leben gern mit andersgläubigen Nachbarn zusammen. Allerdings würden sich 17 Prozent unwohl fühlen, wenn ein Familienmitglied einen Andersgläubigen heiraten würde. Das geht aus einer als repräsentativ deklarierten Studie der EU-Grundrechteagentur in Wien hervor. Dafür waren 10500 Menschen in 15 EU-Ländern befragt worden, die entweder selbst Einwanderer waren oder von mindestens einem eingewanderten Elternteil abstammten und sich als Muslime bezeichneten. Unter den Teilnehmern waren sowohl eingebürgerte als auch ausländische Personen. Gefragt wurde explizit nach Andersgläubigen und nicht nach Nicht-Gläubigen. *J.H.*

Klima kann Fluchtgrund sein

Wien – Das österreichische Bundesverwaltungsgericht hat einem Asylbewerber aus Somalia „subsidiären Schutz“ als „Klimaflüchtling“ gewährt. Als Grund nannte es die Dürre in dessen Heimatland. In der Tat herrschen in Somalia aufgrund anhaltender Hitze Wasser- und Lebensmittelknappheit, von der knapp die Hälfte der rund 14 Millionen Somalier betroffen ist. Kritiker der Entscheidung bemängeln, dass damit die Genfer Flüchtlingskonvention ausgehebelt werde. Jeder sei von den Witterungsverhältnissen individuell betroffen. Würde Dürre im Herkunftsland grundsätzlich als Asylgrund anerkannt werden, könnten bis zu 200 Millionen Menschen allein aus afrikanischen Ländern in Mitteleuropa Aufnahme verlangen. *J.H.*

Reem Sahwil darf bleiben

Rostock – Das vor gut zwei Jahren durch seine Begegnung mit Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannt gewordene Palästinensermädchen Reem Sahwil darf in Deutschland bleiben. Wie die Stadtverwaltung Rostock mitteilte, hat die heute 17-Jährige eine unbegrenzte Aufenthaltserlaubnis mit Niederlassungserlaubnis erhalten und ist damit sicher vor einer Abschiebung. Das gilt auch für ihre Eltern. Reem Sahwil war 2006 im Libanon bei einem Verkehrsunfall schwer verletzt worden. Obwohl der Libanon im Vergleich zu den meisten Ländern Afrikas und Asiens über eine sehr gute medizinische Versorgung verfügt, reiste die Familie zur Krankenhausbehandlung nach Deutschland. Nach Ablauf des Visums beantragte sie Asyl, obwohl bei der Beantragung des Visums in der deutschen Botschaft in Beirut von einer politischen Verfolgung keine Rede gewesen war. Im Juli 2015 nahm Reem am Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland“ mit der Kanzlerin teil, in dem sie von ihrem Schicksal berichtete. Nachdem Merkel ihr gesagt hatte, dass manche Asylbewerber in ihre Heimat zurückkehren müssten, brach das Mädchen in Tränen aus. Nun darf Merkels „Vorzeigeflüchtling“ in Deutschland bleiben. Das dürfte in erster Linie auf den daraus entstandenen Medienrummel um ihre Person zurückzuführen sein, denn tatsächliche Asylgründe lagen in diesem Fall nicht vor. Vor wenigen Wochen hat das Mädchen seine Autobiografie veröffentlicht. *B.B.*

Schadensbericht hier, Erfolgsstory dort

Eine Bundestagswahl wie ein Erdbeben – die politische Landschaft wurde mehr als gründlich durchgerüttelt

Nur wer genau hinschaut, erkennt das ganze Ausmaß der Umwälzungen, die Deutschlands Wähler ihren Politikern am 23. September bescherten. Zeit also für einen genauen Schadensbericht, ebenso wie für eine detaillierte Erfolgsstory. Wer den ganzen Frust der etablierten Parteien oder den Siegeszug der AfD verstehen will, muss nach Marxloh, nach Rügen oder Salzgitter-Wolfenbüttel schauen.

Wie soll man das Wahlergebnis bloß deuten? „Warum nur, warum“, fragt sich ganz Besserdeutschland, „haben so viele Menschen diese AfD gewählt?“. Die Antwort ist ganz einfach. Weil nicht jeder in einem Besserverdienerviertel lebt. Denn je weniger Migranten in der Nähe wohnen, umso mehr ist man dafür, welche aufzunehmen. In den Wohnzimmern der Villenviertel umgeben von schwarzafrikanischer Kunst, tibetanischen Duftkerzen und eingehüllt in einen kuscheligen Alpaka-Poncho aus Indio-Herstellung träumt sich‘s schön von Multi-Kulti.

Da, wo die Menschen mit den „Kulturbereicherern“ Tür an Tür wohnen, ist der Stimmanteil der zuwanderungskritischen AfD dagegen auch im Westen hoch. Stefan Schubert, Ex-Polizist, Buchautor („No-Go-Areas“) und Experte für innere Sicherheit, hat für ein Internetportal aussagekräftige Zahlen zusammengestellt. In Duisburg-Marxloh zum Beispiel erhielt die AfD 30 Prozent, gegenüber 9,4 Prozent im gesamten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Marxloh gilt als besonders berüchtigte No-Go-Area. Libanesische Clans geben den Ton an. Der Ausländeranteil liegt bei 52,8 Prozent (Stand: Dezember 2016). Die Polizeigewerkschaft GdP warnt vor völligem Kontrollverlust. Merkel besuchte 2015 das Problemviertel zu einem Bürgerdialog. Sie setzte eine teilnehmende Miene auf, hörte sich die Sorgen der Bewohner an und entschwand. Nichts geschah. Die Quittung gab es am 23. September. Die CDU wurde in Marxloh mit 13,4 Prozent abgestraft.

In Hamburg errang die Alternative für Deutschland insgesamt 7,8 Prozent der Stimmen. In Billbrook, mit einem Immigrantenanteil von 85 Prozent der ausländerreichste Stadtteil der Hansestadt, waren es 27,6 Prozent. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Auf den Punkt gebracht heißt es: Mehr Immigranten, mehr AfD-Wähler.

„Aber, aber ...“, tönt es von den Oberschlauen, die das unerhörte Wahlergebnis in ihr politisch korrektes Weltbild einordnen möchten, „in den neuen Bundesländern ist die AfD doch am stärksten, obwohl es dort gar keine Immigranten gibt.“ Das ist einerseits richtig: In Sachsen wurde die Newcomer-Partei mit 27 Prozent sogar stärkste Kraft vor der CDU, die nur 26,9 Prozent erreichte. Schlicht gelogen ist aber die Behauptung, dass im Osten keine Immigranten lebten. Beinahe jeder Polizeibericht beweist das Gegenteil. Sicherlich gibt es in Leipzig, Dresden oder Erfurt noch keine Zustände wie in Duisburg-Marxloh. Es leben tatsächlicher weniger Immigranten in den Neuen Bundesländern, und damit das so bleibt, haben die Menschen AfD gewählt. Man muss nicht erst Verhältnisse haben wie in Berlin, Bremen, Hamburg oder dem Ruhrgebiet, um zu erkennen, was man nicht will. Da ist man im Osten schlauer. Ganz so dumm sind die „Wessis“ allerdings auch nicht. In absoluten Zahlen haben vier Millionen von ihnen die AfD gewählt. Von den „Ossis“ gab es 1,7 Millionen Stimmen. Sie haben auch überproportional häufig die Linken gewählt. Die klassischen Westparteien kommen dort also auch 27 Jahre nach der „Wende“ insgesamt nicht so gut an.



Auszählung von Stimmzetteln: Besonders bei den Zweitstimmen bekamen SPD und CDU/CSU den Wählerfrust zu spüren Bild: pa

Was weiter ins Auge fällt: Die beiden Parteien der Großen Koalition zahlten an der Basis die Zeche für das Berliner Führungspersonal. Das zeigt ein Blick auf die Verteilung von Erststimmen und Zweitstimmen. Mit der Erststimme wird ja bekanntlich der Direktkandidat in den jeweiligen Wahlkreisen gewählt. So wird unter anderem sichergestellt, dass alle 299 Wahlkreise im Parlament vertreten sind. Die wichtigere Zweitstimme entscheidet über das Mehrheitsverhältnis also die Machtverteilung im Parlament. Erhält eine Partei beispielsweise 35 Prozent der Zweitstimmen, stehen ihr auch 35 Prozent der Sitze im Parlament zu.

Am 24. September zeigte sich nun, dass viele Bundestagskandidaten von CDU und SPD zwar so beliebt bei den Wählern waren, dass sie sich die Mehrheit der Erststimmen sichern konnten, ihren Parteien aber wurde das Kreuz bei der Zweitstimme in großem Ausmaß verweigert. Das gilt sogar – oder auch gerade – für die Prominenz. Merkel erhielt im Wahlkreis „Vorpommern-Rügen–Vorpommern Greifswald I“ zwar 44 Prozent der Erststimmen, aber nur 32,9 Prozent der Zweitstimmen (AfD: 19,6). Bei Außenminister und Ex-SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sieht es ähnlich aus. Das Politschwergewicht erhielt in „Salzgitter-Wolfenbüttel“ 42,8 Prozent der Erststimmen. An Zweitstimmen für die Sozialdemokraten sammelten sich 32,4 Prozent an (AfD: 12,3 Prozent).

> In Wahlbezirken mit hohem Ausländeranteil schnitt die AfD besonders gut ab

Keine Direktmandate, also einen Sieg in ihrem Wahlkreis, errangen Justizminister Heiko Maas, der gegen Kanzleramtschef Peter Altmaier verlor, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, die Spitzenkandidatin der Linken, Sarah Wagenknecht, und der Grüne-Spitzenkandidat Cem Özdemir, der mit 29,7 Prozent in Stuttgart knapp am CDU-Konkurrenten scheiterte. Alle werden dennoch im Bundestag sitzen, da sie über Listenplätze abgesichert waren.

Ein Blick auf die dortige Sitzverteilung zeigt dann endgültig, wie katastrophal Merkels Niederlage wirklich ausgefallen ist. Hatten die Schwarzen 2013 noch 311 Abgeordnete in einem Bundestag mit 630 Mitgliedern, kommen sie nun auf 246 Mandate bei 709 Mitgliedern, Das ist ein Minus von 20,9 Prozent!

Immerhin: „87,4 Prozent haben nicht die AfD gewählt“, tönt es aus dem gelichteten Lager der selbsternannten Besserdeutschen. Aber selbst das stimmt nicht wirklich. Nur 87,4 Prozent von den 75 Prozent, die ihre Stimme abgaben, haben sie nicht gewählt. 67 Prozent haben aber eben auch nicht CDU gewählt, fast 80 Prozent nicht die SPD, beinahe 90 Prozent nicht die FDP und 91 Prozent hielten sich von den Grünen fern.

Grund genug, höchst unfein über die neuen Zuwanderer in den Bundestag herzuziehen. Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann bezeichnete AfD-Wähler bei einer Pressekonferenz kurz nach dem 24. September als „Bodensatz“. Parteigenosse Cem Özdemir nannte sie „Brut“. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Kahrs sprach vor laufenden Kameras „von einem Haufen rechtsradikaler Arschlöcher“.

Es brauchte wohl erst die englische Presse, um eine bemerkenswerte Tatsache zu recherchieren. Die Nachrichtenagentur Reuters UK berichtete, dass die als „ausländerfeindlich“ stigmatisierte AfD mehr Abgeordnete mit Immigrationshintergrund hat als die – ach so, bunte – CDU. Dort haben nur 2,9 Prozent ausländische Eltern. Bei den AfD-Abgeordneten sind es immerhin 7,9 Prozent. Sie liegt damit im Mittelfeld der Parteien. Den höchsten Migrantenanteil im neuen Bundestag hat die Linken-Fraktion mit 18,8 Prozent vor den Grünen mit 14,9 Prozent.

Wer sich darüber hinaus mit den Staatsbürgern beschäftigt, die – frei nach Angela Merkel – noch nicht so lange hier leben, sollte auch einen Blick auf die „Allianz Deutscher Demokraten“ (ADD) riskieren. Mit 41178 bei der Bundestagswahl erhaltenen Stimmen rangiert sie weit unterhalb der Sichthöhe der deutschen Medienszene. Dennoch ist der Erfolg der Partei, die sich vornehmlich an türkische und muslimische Einwanderer richtet (siehe *PAZ* 39, S. 12), bemerkenswert. Die 2016 gegründete Partei trat nur in Nordrhein-Westfalen an und konnte im Vergleich zur Landtagswahl im Mai ihren Stimmenanteil mehr als verdreifachen. Zehn Prozent aller wahlberechtigten Türkischstämmigen in NRW stimmten für sie. – Da darf man für 2021 einiges erwarten. *Volker Kleinophorst*

Kerle stehen auf AfD, Ladys auf Mutti

Was in linksfeministischen Blättern und Internet-Blogs gleich zum Beweis der höheren weiblichen Intelligenz herangezogen wurde, bewog andere zu gegensätzlichen Schlussfolgerungen. Brachial-Spötter und Feminismuskritiker Akif Pirincci, nie um eine schockierende Aussage verlegen, verfasste auf seiner Internetseite sogar ein „Plädoyer für die Abschaffung des Frauenwahlrechts“. Grund der hochkochenden Mann-Frau-Krawalle: Mehr Kerle wählten die AfD, während die Ladys eher eine Vorliebe für die CDU/CSU entwickelten. Die Stimmverteilung im Einzelnen: Zehn Prozent aller weiblichen Wähler entschieden sich für die AfD. 15 Prozent der Männer stimmten nationalkonservativ. Die Union wünschten sich 36 Prozent der abstimmenden Frauen als staatlichen Haushaltsvorstand für die nächsten vier Jahre. Dagegen konnten sich nur 30 Prozent der Männer für Mutti begeistern.



Sonnenbad vor dem Reichstag. Den Weg hinein schafften deutlich weniger Frauen als in der vorhergehenden Legislaturperiode Bild: Imago

Für weitere Erregung in feministischen Kreisen sorgt auch die zukünftige Geschlechterverteilung im Bundestag. Der Anteil weiblicher Abgeordneter wird von 37 Prozent auf 31 Prozent sinken. Insgesamt werden 218 Frauen 491 Männer gegenüberstehen. „Beschämend“ sei das, empörte sich Mona Küppers, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, einem Dachverband von 60 Frauenorganisationen, im „Tagesspiegel“. Das Parlament spiegele nicht die Tatsache wieder, dass die Gesellschaft zur Hälfte aus Frauen bestehe. Elke Ferner, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, forderte denn auch in der Parteizeitung „Vorwärts“ mal eben eine Änderung des Wahlrechts. Eine Quote für Frauen müsse her.

Was sich auf den ersten Blick anhört, als sei es nur gerecht, ist es auf den zweiten Blick mitnichten. In jeder Partei, die im Bundestag vertreten ist, engagieren sich deutlich mehr Männer als Frauen. Selbst bei den Grünen sind 61 Prozent ihrer Mitglieder weder weiblich, noch transsexuell, noch transgender, sondern schlicht und einfach männlich. Geradezu umgekehrt ist das Verhältnis dann im Bundestag. Von den 67 grünen Abgeordneten sind nur 28 männlich und 39 weiblich. Gäbe es einen deutschen Männerrat, könnte dessen Vorsitzender zu Recht die grünen Macho-Frauen fragen, ob das ihrem Verständnis von echter Gleichberechtigung entspreche.

Ein ungern preisgegebenes weibliches Geheimnis ist auch, dass Frauen die schmucklosen deutschen Wahlkabinen anscheinend wenig attraktiv finden. Ihr Anteil an den Nichtwählern ist bei jedem Urnengang höher als jener der Männer. Da kann die Frauenzeitschrift „Cosmopolitan“ in ihrer letzten Ausgabe vor der Bundestagswahl noch so sehr werben, dass Wählen „eine Riesensache“ (mit Ausrufezeichen!) sei, – auch wenn man sich dabei über den „quietschenden Linoleumboden eines Gemeindehauses“ in einen „Minikabuff“ begeben müsse. *VK*

»Eine Schule ohne Drogen gibt es nicht«

Prostitution, Gewalt und Rauschmittel scheinen an vielen Bildungseinrichtungen zum Alltag zu gehören

Berlins Lokalzeitung mit der derzeit höchsten Auflage, die „B.Z.", hat den Sperrzaun, der um das Französische Gymnasium in Tiergarten gezogen wurde, als „Keuschheitsgürtel" bezeichnet. „125 Meter lackierte Stahlstäbe, bis zu 1,80 Meter hoch: Berlins erster Liebestöter vor einer Schule", heißt es weiter. Der Zaun solle Freier, Frauen und Fixer aus dem nahen Rotlichtviertel vom Gymnasium fernhalten. Die „B.Z." hatte mit ihrer Wortwahl die Lacher auf ihrer Seite, aber das Problem ist ernst – und nicht nur von lokaler Bedeutung.

In zahlreichen deutschen Städten geht die Angst um. Prostitution, Gewalt und Drogen scheinen an vielen Schulen zum Alltag zu gehören. Und die Behörden geben sich mehr oder weniger machtlos. In der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart schlug nun eine Elterninitiative Alarm. Um die Brisanz deutlich zu machen, dokumentierten sie die Geschehnisse rund um eine Schule in der Innenstadt. Sie machten Fotos von Spritzen und drehten Videos von Abhängigen, die vor den Beeten der Schule mutmaßlich nach Drogen suchen. Mit dramatischen Appellen forderte der Bezirksbeirat Stuttgart-Mitte Schutz vor der Drogenszene. Sonst sei auch eine Schließung der Jakobschule nicht auszuschließen. Die Elternvertretung spricht von einem „Behördenversagen" und einer Bankrotterklärung. Die Problematik bestehe seit 2011 und werde immer schlimmer.

Die Wahrscheinlichkeit ist relativ hoch, dass der eigene Nachwuchs in der Schule mit Gewalt-Videos auf Mobiltelefonen oder mit Drogen konfrontiert wird. Irgendwie, irgendwann. Das zeigen Aussagen von Experten und die Ergebnisse zahlreicher Studien. „Eine Schule ohne Drogen gibt es nicht", weiß Regina Pötke, ehemalige Schulleiterin, heute Ministerialrätin im Bayerischen Ministerium für Unterricht und Kultus. Ob Cannabis oder Heroin: Auf Deutschlands Schulhöfen hat die Rauschgiftkriminalität in den vergangenen Jahren drastisch zugenommen. Das geht aus Zahlen der Landeskriminalämter und der Innenministerien hervor.

> In den zunehmend segregierten Schulen verstärkt sich das Mobbing gegen deutsche Schüler, die sogenannten Schweinefresser

In Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, konstatierte das Landeskriminalamt (LKA) 2015 eine Verdoppelung der Fälle gegenüber 2011. Waren es vor sechs Jahren noch 443, registrierte die Polizei vier Jahre später bereits 897 Fälle von Drogenkonsum an Schulen. Laut dem LKA wurden 2015 am häufigsten Schüler mit Cannabisprodukten erwischt – in 620 Fällen. Zweithäufigste Droge, welche die Polizei auf Schulhöfen registrierte, waren Ecstasy und Amphetamine – zuletzt insgesamt in 118 Fällen. Hier verdoppelte sich der Gebrauch im Vergleich zum Vorjahr. Sechsmal ging es um Kokain oder Crack, einmal um Heroin.

Nach einer Hamburger Befragung ist etwa jeder sechste Schüler der Hansestadt im Alter zwischen 14 und 18 Jahren als aktueller Cannabis-Konsument einzustufen, Tendenz steigend. Ähnliche Ergebnisse brachte eine Studie in Bremen: Ein Drittel der 14-jährigen Jungen und Mädchen, die regelmäßig Cannabis konsumieren, tun dies auch in der Schule.

Ein ähnliches Bild gibt es in fast allen Bundesländern. Nun wird über die Legalisierung von sogenannten weichen Drogen wie Cannabis seit Jahren heftig gerungen. Experten halten sie aber immer noch für Einstiegsdrogen. Jemand, der diese Sachen verkaufe, könne auch härteren Stoff besorgen. „Cannabis ist deutlich gefährlicher geworden", heißt es in einem Leitfaden, den Kultusministerien an besorgte Eltern und Lehrer herausgeben. Besonders für junge Menschen gelte das, deren Gehirnentwicklung noch nicht abgeschlossen ist.



An Deutschlands Schulen mittlerweile Alltag: Mobbing Bild: Imago

Drogen und Prostitution sind nicht die einzigen Probleme an deutschen Schulen. Jeder vierte Lehrer sagt, er sei in der Schule bereits gemobbt, beschimpft, belästigt oder gar bedroht worden. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Forsa-Umfrage. Als häufigste Form der Gewalt nannte mit 55 Prozent mehr als die Hälfte der Befragten psychische Gewalt an ihrer Schule. 23 Prozent der Lehrkräfte gaben an, dass sie selbst an ihrer Schule schon einmal Ziel von Beschimpfungen, Diffamierungen, Mobbing, Drohungen oder Belästigungen waren. Dabei zeigen sich signifikante Unterschiede in den Schulformen: 45 Prozent der Hauptschullehrer sowie 49 Prozent der Sonder- und Förderschullehrer bejahten diese Aussage. An Gymnasien waren es nur 13 Prozent.

Im unteren Bildungssegment sind die Probleme am größten. „Der Anteil sehr leistungsschwacher Schüler ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Viele schwänzen. Wenn ein Viertel der Schüler fehlt, ist es ein ganz normaler Tag. Wenn die Kinder nach der sechsten Klasse aus der Grundschule zu uns kommen, beherrschen viele nicht mal den Stoff einer vierten Klasse", zitierte die Tageszeitung „Die Welt" einen Lehrer, der an einer Berliner Gesamtschule unterrichtet. Am schlimmsten sei die Situation in den sogenannten Segregationsschulen. Segregation bezeichnet den Prozess der Entmischung in einer Gesellschaft, man könnte auch von einer Ghettoisierung sprechen. Lehrer in Berlin, aber auch aus dem Ruhrgebiet berichten von einer ausgeprägten Deutschenfeindlichkeit. Mitglieder der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft schlugen vor wenigen Monaten in einem Artikel für die „Berliner Lehrerzeitung" Alarm. In den zunehmend segregierten Schulen verstärke sich das Mobbing gegen deutsche Schüler. Ein Schimpfwort nannten sie auch. „Schweinefresser" seien die wenigen Schüler ohne Immigrationshintergrund. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Offizier wollte nicht putschen

Schweinfurt – Die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungen gegen einen Bundeswehroffizier eingestellt, der zu einem Putsch aufgerufen haben soll. Sie konnte in der Kritik, die der Offizier gegenüber anderen Soldaten an Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen geübt hatte, keine Anhaltspunkte für einen Putschaufruf erkennen. Zuvor hatte bereits der Militärische Abschirmdienst die Sache zu den Akten gelegt, weil sich der Beschuldigte „nicht an extremistischen Bestrebungen" beteiligt habe. Dennoch hielt die Bundeswehr mit Wissen der Ministerin an ihrer absurden Anzeige fest. Gegen den Offizier läuft weiter ein Disziplinarverfahren. In der Truppe gilt der Fall als Teil einer Hexenjagd der Dienstherrin gegen jeden, der es wagt, sie zu kritisieren. Für die ist dieser Verlauf der Angelegenheit äußerst peinlich. Der Offizier, der angekündigt hat, „für seine weiße Weste" zu kämpfen, hat seinerseits Anzeige gegen von der Leyen erstattet. *J.H.*

Kritik an Roth: Jagdschein weg

Karlsruhe – Das Bundesverfassungsgericht hat es ohne Angabe von Gründen abgelehnt, die Beschwerde des Brühlers Marco Mehlenberg zur Entscheidung anzunehmen. Mehlenberg war zuvor in drei Instanzen zu einer Geldstrafe in Höhe von 3000 Euro verurteilt worden, weil er unter anderem in einer E-Mail an den Flüchtlingskoordinator der Stadt Brühl von der „ekelhaften Claudia Roth" gesprochen hatte. Daraufhin stellte die Grünen-Politikerin Strafantrag. Die Gerichte werteten Mehlenbergs Äußerung als „Kundgabe der Missachtung" und „Herabsetzung" Roths und verurteilten ihn daher wegen Beleidigung. Da er durch die Verurteilung waffenrechtlich als unzuverlässig gilt, wurde ihm zudem der Jagdschein entzogen. *J.H.*

45 000 statt 200 000

USA legen neue Obergrenze für Flüchtlinge fest

Die USA haben bekanntgegeben, dass sie die Obergrenze zur Aufnahme von Flüchtlingen für das Jahr 2018 auf 45 000 herabsetzen. Damit haben die USA unter Präsident Donald Trump den niedrigsten Wert seit vielen Jahren festgesetzt. Dies war eine Folge des radikalen Kurswechsels der Trump-Regierung, die der nationalen Sicherheit absolute Priorität in ihrer Politik einräumt.

45 000 als Obergrenze für die Flüchtlingsaufnahme für das historisch größte Einwanderungsland der Erde, das viermal so viele Einwohner hat wie Deutschland und dessen Territorium fast 30-mal so groß ist wie die Bundesrepublik, das müsste doch den etablierten Parteien in der Bundesrepublik zu denken geben. In den USA werden Aufnahmequoten in jedem Jahr neu festgesetzt, je nach Bedarf, Notwendigkeit und der Politik des Landes. Die noch von der Vorgängerregierung Obama festgesetzten Quoten für die Vorjahre waren 85 000 für 2015 und 54 000 für 2016.

Bei der Auswahl der Flüchtlinge setzen die USA die Sicherheitsaspekte an oberste Stelle. Dies ist in Deutschland nicht möglich, da es keine kontrollierte Aufnahme von Flüchtlingen gibt und die EU die Asylsuchersteuerung kriminellen Schleusern überlässt. Während in Europa an den Flughäfen die Kontrollen nach Bekanntwerden der Bedrohungen immer mehr verstärkt wurden, sind sie an den Landesgrenzen faktisch weggefallen.

In der EU hat nur die österreichische Regierung 2016 eine Asylsucher-Obergrenze eingeführt. Zwischen 2016 bis 2019 will die Alpenrepublik nicht mehr als 127 500 Asylbewerber aufnehmen. Das Land hatte 2015 rund 90 000 Asylsucher aufgenommen und eine weitaus größere Zahl weiter nach der Bundesrepublik Deutschland und Schweden durchgereicht. „Wir können in Österreich nicht alle Asylbewerber aufnehmen, auch nicht in Schweden oder in Deutschland", sagte damals der sozialdemokratische Regierungschef Werner Faymann.

> In der EU hat bislang nur Österreich eine Obergrenze

Noch vor zwei Wochen hatte die Kanzlerin in der ARD-„Wahlarena" gesagt: „Meine Haltung zu der Obergrenze ist ja bekannt, dass ich sie nicht will. Ich möchte sie nicht. Garantiert." Auf diese Aussage werden sich vor allem die Grünen bei den bald beginnenden Koalitionssondierungen berufen, obwohl es auch bei den Grünen, wie im Falle des Bürgermeisters von Tübingen, Boris Palmer, oder desjenigen von Freiburg, Dieter Salomon, Bedenken gegen eine unbegrenzte Aufnahme von Asylsuchern gibt, wie sie von der Parteiführung vorgegeben wird.

Die Asylfrage ist für die FDP nicht von derart großer, zentraler Bedeutung wie für die CSU. Mehr als an dem Thema Asyl liegt der FDP am Thema Einwanderung. FDP-Generalsekretärin Nicola Beer sprach sich für einen Kompromiss mit der CSU aus. „Wir sind gegen eine starre Obergrenze bei der Aufnahme von Asylberechtigten", sagte Beer. Die FDP wolle „ein Einwanderungsgesetz, das klar zwischen Asyl für individuell politisch oder religiös Verfolgte, zeitlich befristetem Schutz für Flüchtlinge und Einwanderung mit einem Punkte- und Quotensystem nach kanadischem Vorbild unterscheidet". Die FDP als Partei des Mittelstands hat erkannt, dass die Probleme am deutschen Arbeitsmarkt trotz Massenzuwanderung ins Asyl nicht gelöst sind. Ein Einwanderungsgesetz nach dem Drei-Säulen-Modell könnte am Ende als Kompromiss mit der CSU herauskommen. *Bodo Bost*

Zeitzeugen


Bild: Elmar Sprink

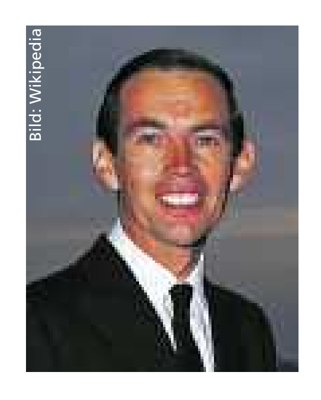
Elmar Sprink – Weltweit einzigartig sei das, was er mache, erklärte der 45-jährige Extremsportler aus dem nordrhein-westfälischen Salzkotten jüngst der „Bild“. Sprink erhielt 2012 ein neues Herz, nachdem das alte wahrscheinlich durch einen Virus unheilbar geschädigt worden war.

Sergio Canavero – Auch für Ärzte-Kollegen kaum glaublich erscheint der Plan des italienischen 51-jährigen Neurochirurgen. Er möchte einen Kopf transplantieren. Der „Rockstar der Neurochirurgie“ beschäftigt sich seit 30 Jahren mit dem Vorhaben. Ein extrem scharfes Messer zur glatten Durchtrennung der Nervenfasern soll es ermöglich sowie der chemische Stoff Polyethylenglykol als Klebstoff. Als Patient hat sich der an Muskelschwund erkrankte Russe Waleri Spiridonow zur Verfügung gestellt.


Bild: pa

Stefan Schneeberger – Der 45-jährige Chirurg aus Innsbruck wurde in Barcelona gerade zum Präsidenten der Europäischen Gesellschaft für Organtransplantationen gewählt. In einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ forderte er, dass jetzt nach Fortschritten in anderen Bereichen vor allen die Medikamente zur Unterdrückung des Immunssystems verbessert werden müssten. Der Fokus müsse auf „Langzeitüberleben“ gelegt werden.

Aiman O. – Am Ende wurde er vom Bundesgerichtshof freigesprochen. Angeklagt war der Palästinenser mit deutscher und israelischer Staatsangehörigkeit wegen versuchten Totschlags. Der frühere Leiter der Göttinger Transplantationsmedizin stand im Mittelpunkt des Organspendeskandals. Er hatte falsche Angaben gemacht, um eigene Patienten in der Warteliste für Spenderorgane nach oben zu bringen.


Bild: Wikipedia

Christiaan Barnard – Der südafrikanische Chirurg (1922–2001), Sohn einer Predigerfamilie, verpflanzte 1967 in Kapstadt zum ersten Mal ein menschliches Herz. Der Patient, Louis Washkansky, überlebte die Operation 18 Tage. Ein zweiter Patient, Philip Blaiberg, der wenig später operiert wurde, lebte 18 Monate. Die spektakulären Eingriffe ließen Barnard zum umjubelten Medienstar und Liebling des damaligen Jetsets werden.

Ein Herz für Todkranke

Immer mehr Organe lassen sich verpflanzen – Spender aber gibt es viel zu wenige

Ob Lunge, Leber oder Dünndarm – bis zu 4000 Organe werden in Deutschland jährlich verpflanzt. Die Fortschritte in der Transplantationsmedizin sind enorm.

In Südafrika hat er kürzlich an einem 650 Kilometer langen Mountainbike-Rennen teilgenommen. Sieben Tage hat die Tortur bei 40 Grad im Schatten gedauert. „Wir saßen sieben Stunden im Sattel. Die Strecke war gespickt mit kurzen aggressiven Anstiegen in den Weinbergen“, erzählt Elmar Sprink dem staunenden Reporter der Fitness-Zeitschrift „Men's Health“.

Warum ihm das „aggressive“ Bergaufradeln besonders zu schaffen machte? Der Extremsportler: „Weil nicht alle Nerven zum neuen Herzen nachgewachsen sind, springt es nicht gleich auf die höhere Belastung an. Längere Auffahrten in den Alpen verträgt die Pumpe besser.“

Der 45-jährige Elmar Sprink „gilt als fittester herztransplantierter Sportler der Welt“, weiß das Sportmagazin „Laufen.de“. Er hat schon per Mountainbike die Alpen überquert und ist erfolgreich beim Ironman auf Hawai gestartet (4 Kilometer Schwimmen, 180 Kilometer Radfahren, 42 Kilometer Laufen). Sprinks Leistungen stehen nicht nur für den Überlebenswillen eines Menschen, der zwei Jahre mit dem Tod ringt, bis ihm 2012 ein Spenderherz eingesetzt wird, sie verdeutlichen auch die enormen Fortschritte der Transplantationsmedizin in den letzten Jahren.

Organverpflanzungen gehören zum Standard der modernen Medizin. Sie werden in Betracht gezogen, wenn ein lebenswichtiges Organ versagt und andere Behandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind. Jedes Jahr werden in deutschen Transplantationszentren zwischen 3000 und 4000 Organe übertragen. Der Empfängerkörper muss dabei allerdings mehr oder weniger massiv zu seinem Glück überredet werden. Abwehrreaktionen gegen das fremde Körperteil bilden das größte Risiko. Es gibt akute Abstoßungsprozesse, aber auch chronische Vorgänge, bei denen das fremde Organ nach und nach versagt. Aus diesem Grund sind Verwandte besonders geeignete Organspender, da es genetische Übereinstimmungen gibt. Die ersten erfolgreichen Transplantationen gelangen mit eineiigen Zwillingen.

Stammt das Organ von einem Fremden, müssen Medikamente das Immunsystem unterdrücken. Für die Ärzte eine Gratwanderung nach dem Prinzip: So viel wie nötig, so wenig wie möglich. Es gilt, die Abwehrfähigkeit des Organismus bestmöglich aufrechtzuerhalten, ansonsten wäre der Körper schutzlos allen Krankheitserregern ausgeliefert. Wie gut den Ärzten diese Feinabstimmung mittlerweile gelingt, zeigen Beispiele wie Elmar Sprink.

Neue Hände für Zion. Vier Ärzteteams operieren elf Stunden

Leber, Nieren, Herzen, Lungen, Bauchspeicheldrüsen, der Uterus und Teile des Dünndarmes funktionieren mittlerweile auch in einem fremden Körper. Gerade gelang es Ärzten im US-amerikanischen Philadelphia, einem achtjährigen Jungen zwei Hände zu transplantieren. Im Alter von zwei Jahren war Zion an einer Blutvergiftung erkrankt. Als Bakterien den Körper überschwemmten und im großen Ausmaß Gewebe absterben ließen, mussten die Ärzte amputieren. Sechs Jahre später fanden sich passende Spenderhände. Vier Ärzteteams operierten elf Stunden lang. Sechs Monate später spürte Zion leichte Berührungen an den Händen, konnte allein essen und mit einem Stift schreiben. „18 Monate nach dem Eingriff ist er in der Lage, alltägliche Verrichtungen auszuführen“, erklären die Ärzte. Der österreichische Polizist Theo Kelz ist mit zwei transplantierten Händen – die eigenen verlor er beim Entschärfen einer Bombe – auf einem Motorrad um die Welt gefahren. Mit den neuen Gliedmaßen hat er nach 5000 Stunden Therapie etwa 80 Prozent der normalen Funktionsfähigkeit erlangt. Sechs Monate nach der Transplantation, als er in einem Restaurant in Innsbruck nach einem Bierglas greift, spürt er zum ersten Mal wieder die Kälte an seinen Händen.

Kelz Fortschritte versetzten sogar die Ärzte in Erstaunen. Zuweilen scheint ihnen der rasche medizinische Fortschritt selbst schwer begreiflich zu sein. Er hat noch ein anderes schwerwiegendes, sogar tödliches Problem mit sich gebracht: Transplantationen können heutzutage so viele Leben retten, dass die nötigen Organe längst verzweifelt knapp geworden sind. Etwa 12 000 todkranke Menschen in Deutschland warten jedes Jahr auf ein passendes Spenderorgan. Jeden Tag sterben drei von ihnen, weil sich keines findet.

Frank Horns



Baby Marla mit neuem Herzen: Das sechs Monate alte Töchterchen von Mutter Darjana erhielt das Spenderorgan im Herzzentrum der Berliner Charité. Das Foto entstand einen Monat nach der Operation, kurz vor der Abfahrt in die Rehaklinik Bild: action press

Spendermangel: Helfen Organe von Tieren?

Eigentlich ist die Idee gar nicht so ungewöhnlich. In den Sagenwelten vieler Völker spielen menschliche Wesen mit tierischen Körperteilen eine Rolle. Es gibt fischschwänzige Meerjungfrauen, Pferdemenschen, also Zentauren, und Löwenmenschen, die Sphinxe. Tierische Organe gelten nun auch vielen Experten als Zukunft der Transplantationsmedizin. Xenotransplantationen, so das Fremdwort, könnten vor allem den Spendermangel beheben. Herzklappen von Schweinen oder Rindern werden schon heute verwendet. Vor Kurzem gelang es Ärzten, einen Diabetes-Patienten mit lebenden Schweinezellen zu kurieren.

Es gibt auch ethische Probleme

Geht es um Organtransplantationen, gilt das Schwein ohnehin als „bester Freund des Menschen.“ Sein Stoffwechsel ähnelt dem unseren. Das Herz ist – auch im Vergleich zu den näheren Verwandten, den Affen – besonders kräftig. Gleichzeitig passt es gut in den Brustraum des Menschen. Ein Schweineherz, das in einen Pavian verpflanzt wurde, schlug 945 Tage lang.

Die Frage, wie viel Schmerz und Leid der Affe dabei ertrug, wird in den medizinischen Fachartikel wohlweißlich meist ausgeklammert. Die Xenotransplantation wirft ethische Probleme auf. „Dürfen wir Tiere zu beliebig manipulierbaren Versuchsobjekten und Ersatzteillagern degradieren für einen vermeintlichen Nutzen beim Menschen?“, fragt zum Beispiel die Initiative Ärzte gegen Tierversuche. Gegner der Xenotransplantation weisen auch darauf hin, dass durch artfremde Organe tödliche Viren auf den Menschen übertragen werden könnten. Die Fortschritte halten sich zudem in den letzten Jahren in Grenzen, auch wenn die Befürworter immer wieder große Durchbrüche ankündigen. Der Schweizer Pharmariese Novartis prognostizierte im Jahr 1999, dass ab 2010 bis zu 300 000 Menschen jährlich Herz, Leber, Niere oder Bauchspeicheldrüse vom Tier erhalten könnten. Bis heute ist es nicht möglich, ein ganzes artfremdes Organ auf einen Menschen zu übertragen.

FH

Nur 412 Organspender

Der Skandal von 2011 hat viele Menschen misstrauisch gemacht

In Halle soll sogar eine spezielle Grünanlage helfen. 2008 wurde der „Park des Hoffens, des Erinnerns und des Dankens“ angelegt. Jedes Jahr wird er durch weitere neue Bäume erweitert. Er dient als Anlaufpunkt für Menschen, denen Organe transplantiert wurden. Er soll an jene erinnern, die bereit waren, nach ihrem Tod etwas von sich für andere herzugeben. Vor allem soll er gesunden Menschen die Idee der Organspende näher bringen.

In Deutschland sind es nur wenige, die den nötigen Ausweis bei sich tragen. Seit 2007 sinkt die Zahl der Organspender beinahe kontinuierlich. Im vergangenen Jahr waren es nur noch 857. Laut der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO) ist auch für dieses Jahr keine Trendwende erkennbar. Im ersten Halbjahr gab es lediglich 412 Organspender.

Schwierig ist zum einen, dass sowohl Empfänger als auch Spender immer älter werden. Stefan Schneeberger, Präsident der Europäischen Gesellschaft für Organtransplantationen (ESOT): „Früher lag das Durchschnittsalter für Spender bei 25 Jahren, heute ist es auf 55 Jahre angestiegen. Die Organqualität ist damit schlechter geworden.“

»Österreich ist das gelobte Land«

Katastrophale Auswirkungen auf die Bereitschaft, einen Spenderausweis bei sich zu tragen, hatte in Deutschland vor allem der Skandal um die gefälschten Daten in verschiedenen Transpantationszentren in den Jahren 2010 und 2011. In Göttingen, Leipzig München und Münster hatten Ärzte systematisch falsche Angaben gemacht, um eigenen Patienten aussichtsreiche Plätze auf den Wartelisten für Leberverpflanzungen zu sichern.

Seither sollen strengere Kontrollen, mehr Transparenz und das Sechs-Augen-Prinzip bei Transplantationsentscheidungen Missbrauch verhindern. Trotz Werbeausgaben der Krankenkassen in Höhe von rund 100 Millionen Euro konnte das Misstrauen der Bevölkerung nicht wesentlich abgebaut werden. Abhilfe könnte die sogenannte Widerspruchslösung bieten. Sie wird beispielsweise in Österreich praktiziert. Organspender ist automatisch jeder, der zu Lebzeiten nicht ausdrück-lich widersprochen hat. Der in Innsbruck praktizierende ESOT-Präsident Stefan Schneeberger: „Österreich ist so etwas wie ein gelobtes Land. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist extrem hoch.“

FH

Preußische Allgemeine Zeitung

Wochenzeitung für Deutschland
Das Ostpreussenblatt

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Ausgrenzung statt Debatte

Landtage: Gegenüber der AfD lassen etablierte Parteien demokratische Gepflogenheiten sausen



AfD-Opposition ausgegrenzt: Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) im Plenum des Brandenburgischen Landtags, Bild vom Dezember 2016

Bild: pa

Abgeordnete von SPD, FDP, Grünen und Linkspartei wollen dem AfD-Kandidaten Albrecht Glaser bei der Wahl zum Bundestagsvizepräsidenten ihre Stimme verweigern. Dies widerspricht zwar bisherigen Gepflogenheiten im Hohen Hause. Doch damit setzt sich im Bundestag nur fort, was in manchen Landtagen bereits Praxis ist.

Die AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag hat bereits zu spüren bekommen, wie weit verbriefte parlamentarische Rechte und die politische Realität im Extremfall auseinanderklaffen können. In einer jahrelangen Blockade ließen Abgeordnete der anderen Parteien nacheinander drei Kandidaten der AfD durchfallen, als es um die Besetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) ging. Das Gremium ist für die Kontrolle des Verfassungsschutzes in Brandenburg zuständig.

Die Opposition im Landtag hat per Gesetz das Anrecht, in diesem Aufsichtsgremium vertreten zu sein. So zumindest die Theorie. Tatsächlich führte eine Blockadehaltung im Landtag dazu, dass die AfD-Fraktion den ihr zustehenden Stuhl in der PKK lange Zeit nicht besetzen konnte. Die AfD nominierte nach ihrem Einzug ins Landesparlament im September 2014 zunächst ihren Fraktions-Vize Andreas Kalbitz für die Kommission. Diesen ließen Abgeordnete der Altparteien viermal abblitzen. Ohne Erfolg kandidierten ebenso der Abgeordnete Andreas Galau und danach Fraktionschef Alexander Gauland. Erst im März 2017 bekam Christina Schade, die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion, genug Stimmen für einen Sitz in der PKK.

Brandenburgs Landesverfassungsgericht war in der Angelegenheit nur bedingt hilfreich. Die Richter urteilten zwar, auch Kandidaten der AfD müssten die Möglichkeit erhalten, sich den anderen Fraktionen vorzustellen. Allerdings war das Gericht ebenso der Ansicht, kein Kandidat habe einen Anspruch darauf, gewählt zu werden.

> Anträge erst abgelehnt, dann als eigene eingebracht

Begleitet wurden diese Querelen von einem generellen Klima der Ausgrenzung. Der anfängliche Versuch von SPD, Linkspartei, CDU und Grünen, Anträge der AfD als Paket zusammenzufassen und fraktionsübergreifend ohne jegliche Diskussion abzulehnen, ließ sich nur sehr kurz durchhalten. Bis heute wird im Landtag allerdings grundsätzlich jeder Antrag der AfD abgelehnt.

Dies schließt nicht aus, dass Anträge der AfD aufgegriffen und in abgewandelter Form später als Vorhaben einer etablierten Partei eingebracht werden. Der agrarpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Sven Schröder, nennt gegenüber der *PAZ* ein Beispiel: „Wir haben zur Wolfsthematik im Januar 2017 einen Antrag eingebracht. Den hat die CDU weitgehend inhaltsidentisch noch einmal im Mai präsentiert.“

Bemerkenswert ist, dass die AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Erfahrungen machte, die zumindest etwas abweichen. Auch hier nutzen Parlamentarier der Altparteien die Chance, sich in der Öffentlichkeit demonstrativ von der neuen Fraktion abzugrenzen. Dies geht soweit, dass die AfD-Abgeordneten in Plenardebatten als „Nazis“ oder „Demokratiefeinde“ beschimpft werden.

Und wie in Potsdam werden Anträge der AfD auch in Berlin routinemäßig parteiübergreifend abgelehnt. Mehrmals wurde die AfD auch bei fraktionsübergreifenden Anträgen, etwa zur Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, ausgeschlossen.

Hinter den Kulissen, vor allem in der Arbeit der Ausschüsse, machen AfD-Fraktionsmitglieder indes auch positive Erfahrungen: Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen (SPD) besuchte beispielsweise neben den anderen Fraktionen im Abgeordnetenhaus vor einiger Zeit auch die AfD-Parlamentarier, um über seine Haushaltspolitik zu sprechen. AfD-Abgeordnete berichten zudem, dass sie in den Reihen der Berliner CDU zuweilen die Bereitschaft zu einem Umgang erkennen, wie er unter Parlamentariern allgemein üblich ist.

Wahrgenommen hat man in der AfD-Fraktion aber auch, dass die Parteispitze der Bundes-CDU energisch dazwischenfunkt, sobald sich in der Berliner Union auch nur das kleinste Zeichen einer Normalisierungsbereitschaft zeigt. Dass sich das Klima im Abgeordnetenhaus dennoch von dem im Potsdamer Landtag unterscheidet, liegt nicht zuletzt am „menschlichen Faktor“: Einige Akteure kennen sich mittlerweile seit Jahrzehnten aus der Berliner Politik. „Nur weil man nun ein anderes Parteibuch hat, geht man sich nicht aus dem Weg“, so die Einschätzung eines AfD-Fraktionsmitarbeiters.

Diese, zumindest im Vergleich zu den Potsdamer Verhältnissen, etwas entkrampftere Atmosphäre ermöglicht offenbar auch ein anderes Selbstverständnis in der parlamentarischen Arbeit. Die AfD-Fraktionsspitze in Berlin begreift sich ausdrücklich als konstruktive Opposition. Gegenüber der *PAZ* erklärte Fraktionschef Georg Pazderski, die Fraktion setze, trotz Berührungsängsten und Diffamierungsversuchen, auf eine „qualitativ hochwertige parlamentarische Arbeit“. Pazderski weiter: „Wir müssen stets besser sein als die anderen. So kommt dauerhaft niemand an uns vorbei.“

Norman Hanert

Gefährliche Gäste

Von Theo Maass

Stellen Sie sich vor, Sie haben sich Gäste eingeladen zu einem netten Wein-Abend oder zum Essen. Einer der Gäste fängt an zu pöbeln, beleidigt die Dame des Hauses und wird zum Schluss gewalttätig. Was machen Sie dann? Polizei rufen, den ungebetenen Gast hinauswerfen?

In Deutschland sitzen über eine Millionen Gäste herum. Eingeladen von der Bundeskanzlerin. Die wohnen jetzt aber nicht bei ihr im Kanzleramt, sondern wurden in der Nachbarschaft von denen, „die schon länger hier sind“, einquartiert. Bestenfalls kassieren die „Schutzsuchenden“ nur staatliche Transferleistungen, aber andere sind damit nicht zufrieden und nehmen sich das, wovon sie glauben, dass es ihnen zusteht. Das kann gefährlich werden.

Gestern sitze ich in der S-Bahn. Ein „südländischer Typ“ betritt den Wagen und regt sich darüber auf, dass er keinen Sitzplatz hat, weil der Wagen voll ist. Eine Frau mittleren Alters wird von dem Mann angegrapscht. Die steht auf und macht Platz. Aber damit nicht genug, pöbelt der „Südländer“ weiter: „Nazi Schlampe“, „Ungläubige“, „Hure“. Ich mische mich ein und frage, ob er sich nicht beruhigen will, weil er doch nun hat, was er wollte. Das bringt mir dessen aggressive Blicke und die Frage ein, ob ich Rassist bin. Ich schaue angestrengt in mein Buch und lese weiter. Zwei Stationen weiter am Bahnhof Neukölln steigt Merkels mutmaßlicher Gast aus.

Eine Kollegin berichtet mir von einem Vorfall in der Straßenbahn in Potsdam einige Tages zuvor gegen 24 Uhr. Dort sitzt ein Afrikaner und bedrängt ein vielleicht 17- oder 18-jähriges Mädchen. Er will ihre Telefonnummer und fragt, ob er bei ihr übernachten kann. Die Kollegin mischt sich ein. Blitzschnell entweicht das Mädchen in den vorderen Teil des Wagens, wo der Fahrer sitzt.

Inzwischen gibt es solche Fälle sogar schon in der brandenburgischen Provinz. In Wittenberg verteidigte ein 30-Jähriger seine 24-jährige Begleiterin gegen Übergriffe von Syrern am helllichten Tag in der Innenstadt. Der junge Mann bezahlte seine Zivilcourage mit dem Leben. Die Polizei behauptet, der Mann habe zuerst „eingewirkt“, also losgeschlagen. Eine Zeugin berichtete dem „Compact“-Magazin jedoch das Gegenteil, ein Syrer habe angefangen. Einerlei: Der Staatsanwalt hat den Beschuldigten „auf freien Fuß (gesetzt), weil er einen festen Wohnsitz hat und die Staatsanwaltschaft keine Fluchtgefahr sieht“.

Hätte uns auch passieren können, was dem jungen Wittenberger widerfuhr? Meine Kollegin und ich sind uns einig, dass wir derartige Zivilcourage im Interesse unserer eigenen körperlichen Unversehrtheit nicht mehr an den Tag legen.

Ich mache künftig einen ganz großen Bogen um Merkels Gäste, und wenn jemand in Not gerät, rufe ich allenfalls die Polizei – wenn der Gast es nicht sieht.

Kontrolle verloren

Warum Asylsucher in Brandenburg einfach verschwinden können

Brandenburgs Landesregierung kann keine Angaben darüber machen, ob sich unter den Asylbewerbern in der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt islamische Gefährder befinden. Dies geht aus der Antwort auf eine Anfrage der AfD-Fraktion im Landtag hervor. Auf eine weitere parlamentarische Anfrage der Fraktion räumte die Landesregierung zudem ein, ihr lägen auch keine Kenntnisse vor, ob Staats- und Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer Erstaufnahmeeinrichtungen in Brandenburg besucht hätten.

Der Verfassungsschutz des Landes beobachtet bereits seit einigen Jahren eine steigende Zahl extremistischer Moslems. Viele von ihnen sind Asylbewerber, die aus dem Nordkaukasus, meist aus Tschetschenien, stammen und über Polen nach Deutschland gelangt sind. Zwar gelingt es der Bundespolizei immer wieder, illegal eingereiste Tschetschenen aufzugreifen, in vielen Fällen können unerlaubte Grenzübertritte aber nicht verhindert werden.

Der Kreisvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in Frankfurt (Oder), Dietmar Mussmann, warnt vor einer „gefährlich geringen Kontrolldichte“ und fordert mehr Bundespolizisten an der Grenze. Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Landtag, Thomas Jung, sieht auch die Landesregierung in der Pflicht: „Wir brauchen sofort mehr Bundespolizisten an der Grenze. Ich kann nur hoffen, dass sich Innenminister Karl-Heinz Schröter dafür endlich auch auf der Innenministerkonferenz einsetzt. Er muss zudem mehr Brandenburger Schleierfahnder einsetzen, um so die illegale Einwanderung abgestimmt mit der Bundespolizei zu verhindern.“

> Landesregierung gibt erschreckende Kenntnislücken zu

Erst im September hatte die Bundespolizei auf der Autobahn A12 zwei mutmaßliche Schleuser und 51 Iraker aufgegriffen, die in einem Lastwagen illegal eingereist waren. Nach nur einem Tag waren 49 der aufgegriffenen Personen aus der Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt verschwunden. Laut der Ausländerbehörde besteht keine rechtliche Möglichkeit, Asylsucher in der Unterkunft festzuhalten. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) prüft bereits seit Monaten den Verbleib tausender Immigranten, die im Herbst 2015 nach Brandenburg gekommen sind. Zusätzlich zu ihrem übrigen Arbeitspensum haben die Staatsanwälte Daten von rund 18 000 Personen und über 8000 Akten ausgewertet. In 8,6 Prozent der Fälle ist der Verbleib der Immigranten unklar.

N.H.

Peinlicher Streik

Leiharbeiter bringen Senat in Bedrängnis

Angestellte der Firma Atos haben öffentlichkeitswirksam vor dem Eingang des Polizeiabschnitts 62 in Berlin-Biesdorf demonstriert und bringen damit den rot-rot-grünen Senat in Erklärungsnot. Die Atos-Mitarbeiter arbeiten für die Polizei. Sie scannen die Strafzettel für Falschparker ein. Das ist billiger, als wenn die Polizei dies mit eigenen Kräften bewerkstelligte.

Schon seit elf Jahren übernimmt der Dienstleister aus der freien Wirtschaft diese Aufgabe. Atos wiederum beschäftigt ihrerseits Leiharbeiter, die sie von der Zeitarbeitsfirma Randstad heranholt. Das ist dann noch einmal billiger.

Carola Kühn, Betriebsratsvorsitzende von Atos: „Für die Leihbeschäftigten ist das auch ein finanzieller Nachteil.“ Die Stammbelegschaft von Atos bekommt 18 Euro in der Stunde. Die Mitarbeiter von Randstad müssen sich mit gerade einmal 13 Euro zufrieden geben, was jetzt für Ärger sorgt.

Bereits im Mai haben sie daher demonstriert. Damals versprach Atos die Prüfung von Dauerarbeitsverhältnissen. Stattdessen will die Firma nun ihre Aufgaben für die Polizei „auslagern“. Der Grund dafür liegt bei einer neuen gesetzlichen Regelung, wonach Leiharbeitsverhältnisse nur noch 18 Monate dauern dürfen.

> Rot-Rot-Grün an seine Versprechen erinnert

Im Koalitionsvertrag hatte der rot-rot-grüne Senats noch versprochen, man wolle im Zuständigkeitsbereich des Landes Berlin keine schlecht bezahlten und unsicheren Stellen mehr dulden. Der Linkspartei-Bundestagsabgeordnete Pascal Meiser droht bereits: „Ich gehöre zwar nicht dem Senat an ... Aber ich werde tun, was ich kann, um Druck auf die Innenverwaltung auszuüben.“

H.L.

Bayram strikt gegen »Jamaika«

Canan Bayram, direkt gewählte Grünen-Bundestagsabgeordnete im früheren Wahlkreis von Parteifreund Hans-Christian Ströbele, will Angela Merkel bei der Kanzlerwahl in jedem Fall die Stimme verweigern. Die sonst vor allem als Asyl- und Immigranten-Lobbyistin in Erscheinung tretende, in der Türkei geborene Deutschkurdin ist strikt gegen eine schwarz-gelb-grüne Bundesregierung: „Ein Jamaika-Bündnis wäre ein Konjunkturprogramm für die AfD im Osten“, warnt Bayram. Sie hatte keinen aussichtsreichen Platz auf der Berliner Landesliste der Grünen bekommen und ist in der Partei eher eine Außenseiterin. Von einer Regierungsbeteiligung dürfte sie nicht profitieren. Schon einmal wechselte Bayram die Partei, von der SPD zu den Grünen. „Ich kann nicht sehen, welche Parallelen wir mit der CSU oder der FDP haben“, so die Parteilinke. Bayram warf Merkel vor zu polarisieren. Statt Jamaika will Bayram ein „überparteiliches Bündnis“.

H.L.

MELDUNGEN

Prominente für Region Elsass

Straßburg – Rund 100 einflussreiche Persönlichkeiten aus dem Elsass haben einen „Appell der Hundert für eine neue Region Elsass“ unterzeichnet. Mit ihrem Protest gegen die 2016 geschaffene Großregion „Grand Est“ wollen sie erreichen, dass das Elsass wieder eine einheitliche Region wird. Das sei unter anderem nötig, um seiner europäischen Dimension gerecht zu werden, heißt es in dem Appell. Die Unterzeichner fordern die elsässischen Politiker auf, sich für die Neugründung der Region Elsass einzusetzen. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CSA der Regionalistenpartei „Unser Land“ begrüßen 84 Prozent der 1,9 Millionen Elsässer dies. *J.H.*

Mallorca eifert Katalonien nach

Palma – Nach dem in Katalonien erfolgreich abgehaltenen Unabhängigkeitsreferendum gärt es auch auf Mallorca und den anderen Balearen-Inseln. Viele Menschen solidarisieren sich auf Kundgebungen mit den Katalanen und fordern ebenfalls die Unabhängigkeit von der Zentralmacht in Madrid. Getragen wird die sich langsam formierende Autonomiebewegung unter anderem von der regionalen Linkspartei Més. Ihr prominentes Gesicht ist Antoni Noguera Ortega, der Oberbürgermeister der Hauptstadt Palma. Er hat als Ziel die Gründung einer eigenen mallorquinischen Republik bis spätestens 2030 proklamiert. Die Unabhängigkeitsbefürworter wollen selbst über ihre politischen, sozialen und ökonomischen Angelegenheiten bestimmen. Sie kritisieren unter anderem, dass sie als Nettozahler immer höhere Steuern und Abgaben nach Madrid überweisen müssten, ohne über deren Verwendung mitbestimmen zu dürfen. Damit soll nun Schluss sein. *J.H.*

Facebook-Konten unter falscher Flagge

SPÖ-Berater gab sich im Internet als rechter Gegner sowie als Anhänger der ÖVP aus

Zwei Wochen vor der übermorgen stattfindenden 26. Nationalratswahl in Österreich sorgte die Silberstein-Affäre, eine sogenannte Schmutzkübelkampagne im Internet für einen Wahlkampfskandal.

Über zwei Facebook-Benutzerkonten hatte der israelische Berater der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) Tal Silberstein eine aggressive Kampagne gegen den Außenminister und Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) gefahren. Auf der Seite „Die Wahrheit über Sebastian Kurz“ wurden auch antisemitische und fremdenfeindliche Ressentiments gepflegt und in Umlauf gebracht. Diese Seite sollte den Eindruck erwecken, von rechtsextremen Kurz-Gegnern betrieben worden zu sein. „Wir für Sebastian Kurz“ hingegen gibt sich als Seite von Anhängern des ÖVP-Spitzenkandidaten aus. Mit diesen Seiten sollte der politische Gegner und frühere Koalitionspartner verleumdet und sabotiert werden.

Silberstein hatte den PR-Experten Peter Puller beauftragt, die Seiten zu organisieren. Vor wenigen Tagen gab Puller gegenüber österreichischen Medien an, dass ihm die ÖVP 100 000 Euro geboten haben soll, um Details der Kampagne zu verraten. Die ÖVP weist das jedoch entschieden zurück.

Pikante Details: Silberstein wurde im August wegen Korruptions- und Geldwäschevorwürfen gegen einen seiner Geschäftspartner in Israel vorübergehend festgenommen. Und auch nach dem Rauswurf von Silberstein, der sich über Honorarzahlung von mehr als einer halben Million Euro seitens der SPÖ erfreuen konnte, wurden die Facebook-Seiten in Abstimmung mit der SPÖ-Wahlkampfzentrale weiter betrieben. Erst nach den Medienberichten über die Hintergründe wurden sie vom Netz genommen.

Allerdings hat die Affäre bereits auch einen wichtigen SPÖ-Mitstreiter den Job gekostet. Nach anhaltenden, schweren Schmutzkampagnen-Vorwürfen trat SPÖ-Bundesgeschäftsführer und -Wahlkampfleiter Georg Niedermühlbichler zurück.

> SPÖ-Bundesgeschäftsführer und Wahlkampfleiter Georg Niedermühlbichler musste seinen Hut nehmen



Bei der Erklärung seines Rücktritts: Georg Niedermühlbichler Bild: mauritius

Auch parteiintern war der Druck zu groß geworden. „Man putzt sich nicht an Mitarbeitern ab“, erklärte Niedermühlbichler in einer eilig einberufenen Pressekonferenz, bei der keine Fragen zugelassen waren. Die „Gesamtverantwortung“ liege bei ihm, räumte Niedermühlbichler ein. Zugleich beteuerte er, von den Vorgängen in seiner Wahlkampfmannschaft nichts gewusst zu haben, was ihm heftige Kritik von ÖVP, der Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und der Grünen einbrachte.

Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) hat somit nur zwei Wochen vor der Nationalratswahl seinen wichtigsten Mitarbeiter verloren und ging sogleich für mehrere Tage auf Tauchstation. Kern hatte im Januar den Vorwurf der ÖVP gegenüber Silberstein, dieser würde für die SPÖ Vergangenheit und Privatleben von ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz durchleuchten, als „an den Haaren herbeigezogenen Unfug“ abgetan.

In der ÖVP, aber auch in den anderen wahlwerbenden Parteien war die Aufregung groß. „Hier wurde ganz klar eine rote Linie überschritten, auch weil offenbar bewusst mit antisemitischen Codes und rassistischen Untertönen gearbeitet wurde. Das ist nicht bloß Dirty oder Negative Campaigning, sondern schlichtweg Wählertäuschung“, kritisierte Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (ÖVP).

Herbert Kickl, Generalsekretär der FPÖ, will die Rolle der beiden Parteichefs Kern (SPÖ) und Kurz (ÖVP) in der Affäre Silberstein näher beleuchtet haben und prüft nun Klagen gegen seine politischen Kontrahenten. Kickl sieht einen Widerspruch in den Aussagen Silbersteins, Kern habe nichts von den Schmutzkampagnen-Aktivitäten gewusst, aber eine enge Vertraute Silbersteins sei nach wie vor in Kerns Kabinett beschäftigt.

Die beiden aufgeflogenen Seiten unter falscher Flagge waren nur ein Teil des diesjährigen Schmutz-Wahlkampfes im sozialen Netzwerk mit rund 3,7 Millionen österreichischen Benutzern. Weitere fragwürdige Seiten in diesem Facebook-Wahlkampf sind nach wie vor aktiv. Auf der anonymen Facebook-Seite „Freunde der Wahrheit“ mit über 6000 Fans etwa wird auch eine Kampagne gegen Kurz gefahren.

Die „Liste Sebastian Kurz – Die neue Volkspartei“ tritt bei der Nationalratswahl für die Österreichische Volkspartei an, deren Kürzel ÖVP auf ihren Werbeträgern unter den Fotos von Kurz nur in kleiner Schrift aufscheint. Kurz hatte am 1. Juli, wenige Tage nach der Annahme des Neuwahlantrags der Opposition, das Amt des ÖVP-Vorsitzenden übernommen.

Insgesamt treten 16 Parteien bei der Nationalratswahl an, sechs davon nur in einzelnen Bundesländern. Erstmals bei Nationalratswahlen kandidiert die Liste Peter Pilz. Der ehemalige Abgeordnete gleichen Namens, der sich als Aufdecker von Skandalen über viele Jahre einen Namen gemacht hatte, hat nach internen Querelen im Juni die Grünen verlassen und kurz darauf seine eigene Partei gegründet. *Michael Link*

Macron macht Tempo

Mit ihrem Widerstand kommen die Gewerkschaften kaum mit

In Frankreich ist es alte Tradition seit der Revolution, dass umstrittene Gesetze eher auf der Straße als in der Nationalversammlung gemacht werden. Beim jetzt anstehenden Arbeitsmarktreformgesetz war es offenbar anders. Die Gewerkschaften hatten Probleme, ihre Leute auf die Straße zu bringen. Sie wurden vom Tempo des Staatspräsidenten Emmanuel Macron überrumpelt, der eine gewisse Mobilisierungsmüdigkeit nach vier Wahlgängen in nur zwei Monaten ausnutzte, um die Gewerkschaften auszuspielen. So fiel der vermeintlich heiße Herbst bisher ziemlich lauwarm aus. Blockaden und Massenaufmärsche gegen die Reform der Arbeitszeiten kamen kaum zustande. Der französische Präsident hat mit seiner satten Mehrheit im Parlament keine schlechten Chancen, die ersten Reformen ohne große Zugeständnisse umsetzen zu können. Dies ist bislang noch keinem Präsidenten vor Macron in so kurzer Zeit gelungen.

Der Hausherr im Elysée-Palast hält sich bisher eng an sein Wahlprogramm, auch ein Umfragetief hat offenbar daran wenig geändert. Die Linke wirft ihm vor, Politik für die Reichen zu machen. Die Vermögensteuer für die Wohlhabenden soll künftig wegfallen, und auch die Besteuerung des Kapitals soll drastisch sinken, beides Geschenke an die Besserverdienenden wirft die Linke dem ehemaligen Investmentbanker an der Staatspitze vor. Macron steht jedoch auf dem Standpunkt, dass Wohlstand erst einmal erarbeitet werden muss, bevor er umverteilt werden kann. Dass das starre Arbeitsrecht in Frankreich ein Jobkiller ist, dass die meisten Rentner gegenüber der arbeitenden Bevölkerung bevorteilt werden, weiß Macron. Deshalb will er neben der Arbeitsrechtsreform die Staatsausgaben senken, tut dies jedoch nur zögerlich. Die Beamtenschaft schont er, Immobilienbesitzer belastet er weiterhin. Seine Europa- und internationale Politik trägt auch protektionistische Züge. Macron steht erst am Anfang eines langen Reformmarathons.

> Auch in der Euro-Zone hat der Präsident viel vor

Wie gering die Kapitaldecke einiger französischer Großunternehmen ist, haben gerade zwei spektakuläre Übernahmen von französischen Großunternehmen gezeigt. So wurde Alstom mangels Kapitalausstattung vom größten Konkurrenten, dem deutschen Unternehmen Siemens, übernommen. Erstmals scheinen in Frankreich die nationalen Scheuklappen zu fallen, denn es wurde zugelassen, dass ein Unternehmen, das immerhin für das nationale Projekt TGV im Schienenbereich steht, unter ausländische Mitbestimmung gelangt. Im Gegenzug musste allerdings einem Franzosen die operative Führung des neuen Gesamtunternehmens überlassen und es mussten Standortgarantien über mehrere Jahre gegeben werden.

Der junge Präsident, der in einem knappen Jahr die französische Parteienlandschaft komplett durchgewirbelt hat, macht sich daran, nicht nur Frankreich zu verändern. In seiner Rede in der altehrwürdigen Sorbonne wollte er ganz Europa einen neuen Impuls geben und forderte eine „Neugründung“ Europas. Dafür hat er einen bis 2024 reichenden Fahrplan präsentiert. Unter anderem will er ein europäisches Asylrecht sowie einen Haushalt und einen Finanzminister für die Euro-Zone. Auch einen neuen Élysée-Vertrag mit Deutschland möchte Macron abschließen, um aus den beiden Ländern den Motor Europas zu machen. Er ließ allerdings offen wie das gehen soll. *Bodo Bost*

Frauen am Steuer

Saudi-Arabien lockert das Fahrverbot für Bürgerinnen des Landes

Per Dekret, das zur besten Sendezeit im Fernsehen verlesen wurde, wies König Salman von Saudi-Arabien das Innenministerium an, bis zum 24. Juni 2018 dafür zu sorgen, dass sich Frauen Führerscheine ausstellen lassen und Autos anmelden können. Saudi-Arabien war weltweit das letzte Land, in dem ein solch diskriminierendes Verbot galt.

Viele Aktivisten, die seit Jahrzehnten auf diese Verletzung der Menschenrechte hingewiesen haben, feierten den Durchbruch als großen Erfolg. Dagegen erinnerten Menschenrechtsgruppen wie Amnesty International daran, dass es bis zur rechtlichen Gleichstellung der saudischen Frauen noch ein langer Weg sei. Hintergrund der neuerlichen Öffnung dürften wirtschaftliche Probleme infolge des Ölpreisverfalls sein, denn Frauen, die nicht Auto fahren dürfen, können kaum einer Arbeit nachgehen und falls doch, mussten sie bislang einen Chauffeur einstellen, was sich natürlich nur wenige leisten konnten.

In der Vergangenheit waren mehrfach Frauen festgenommen worden, die gegen das Fahrverbot verstießen und aus Protest Videos von sich am Steuer ins Internet stellten. Erst kürzlich war eine junge Frau von der Polizei in Gewahrsam genommen worden, weil sie in einem Internet-Video im Minirock zu sehen war. Auf sie wartet die Prügelstrafe.

Die saudische Politik und Gesellschaft sind vom Wahhabismus dominiert, einer besonders strengen Auslegung des Islams. Einige religiöse Gelehrte hatten sich immer wieder gegen eine Lockerung des Fahrverbotes ausgesprochen. Hanebüchenes Begründungen, wie etwa, dass Autofahren schlecht sei für die Eierstöcke der Frau, waren deswegen von Religionsgelehrten aus dem Koran gefiltert worden. Noch vor wenigen Wochen hatte ein bekannter Religionsgelehrter sogar behauptet, dass Frauen nur ein Viertel des Gehirns eines Mannes hatten, woraufhin er strafversetzt wurde.

> Trotzdem noch weit von Gleichstellung entfernt

Deshalb hieß es auch jetzt aus den saudischen Regierungskreisen, dass die neu auszuarbeitenden Regularien selbstverständlich im Einklang mit dem islamischen Recht stehen müssten. Um diese Regularien zu implementieren, gibt es bereits jetzt ein Heer von zigtausenden staatlicher Kontrolleuren für die Züchtigkeit der saudischen Frauen, die auch in Zukunft nicht wegfallen werden, im Gegenteil.

Bis zum Beginn der Gültigkeit der neuen Freiheit muss der Staat jetzt erst einmal eine ganz neue Polizeieinheit von weiblichen Verkehrspolizisten heranbilden, die dann in Zukunft die weiblichen Chauffeure kontrollieren dürfen und sollen. Denn die Geschlechtertrennung gilt in Saudi-Arabien, wo es ganze Städte nur für Frauen gibt, in allen Bereichen. Die zukünftigen weiblichen Chauffeure dürfen dann nicht von Männern kontrolliert werden, das verbietet das saudische Religionsgesetz, sondern nur von weiblichen Verkehrspolizisten, die jetzt erst einmal im Schnellverfahren herangebildet werden müssen.

Trotz zukünftiger Fahrerlaubnis sind saudische Frauen von einer Gleichstellung noch immer Lichtjahre entfernt. Ob als nächstes auch die strengen Vollverschleierungsvorschriften für die fahrenden Frauen gelockert werden, ist eine andere Frage, denn die bisherigen Schleiervorschriften engen das Blickfeld der fahrenden Frauen in beträchtlicher Weise ein, und damit die Sicherheit des Verkehrs. *B.B.*

Überschuldet und unrentabel

Ein Großteil der US-amerikanischen Wirtschaft scheint einer Rezession nicht gewachsen zu sein

Große US-Konzerne wie Apple, Google, Hewlett-Packard und Amazon erwirtschaften gewaltige Gewinne. Auf der anderen Seite haben sich aber viele andere US-amerikanische Unternehmen exzessiv verschuldet. Im Falle einer Rezession droht dieser Schuldenberg fatale Folgen zu haben.

Albert Edwards, ein Marktstratege bei der französischen Großbank Société Générale, warnte vor Kurzem sogar vor einem „Endspiel an den Finanzmärkten“ im Zusammenhang mit dem Schuldenberg von US-Firmen. Edwards, der seine Laufbahn bei der Bank of England begann, geht davon aus, dass sich in den USA früher oder später eine wirtschaftliche Rezession einstellen wird. Der Analyst befürchtet im Lauf einer Rezession das Zustandekommen eines fatalen Mix, der sogar zum „Endspiel an den Finanzmärkten“ führen könne. Sorgen bereitet Edwards, dass bei einer Rezession bei vielen Unternehmen die Gewinne einbrechen, auf der anderen Seite aber feststehenden Finanzierungskosten und hohen Schulden stehen.

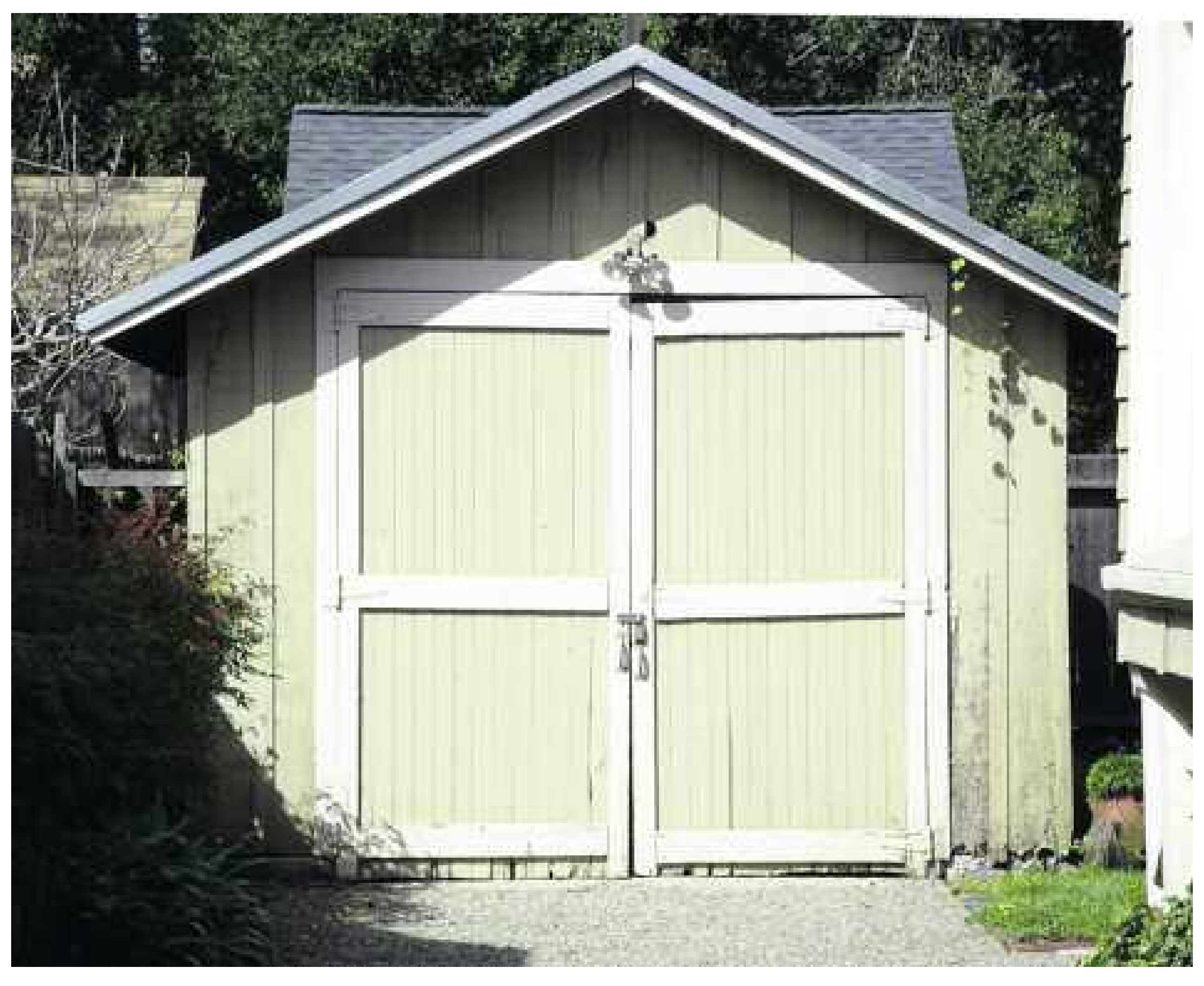
Was Gegenwart und jüngste Vergangenheit angeht, ist in den letzten Jahren ein Auseinanderdriften in der US-amerikanischen Wirtschaft festzustellen, das erst jetzt langsam zur Kenntnis genommen wird. Da sind zum einen große Unternehmen wie Apple und Google, die hohe Gewinne einfahren und mittlerweile über gigantische Barreserven verfügen. Aktuell ist in der EU eine Diskussion darüber entbrannt, wie sich die Internetriesen besser besteuern lassen. Mit Hilfe von ausgefeilten Steuersparmodellen und Niedrigsteuerplätzen wie Luxemburg und Irland rechnen viele US-Konzerne zum Beispiel ihre Steuerlast klein – trotz hoher Milliardengewinne. Deutschland, Frankreich und einige andere EU-Länder fordern deshalb, künftig nicht mehr den Gewinn, sondern den Umsatz der Internetunternehmen als Berechnungsgrundlage für die Besteuerung heranzuziehen.

Zum anderen ist aber bei vielen anderen US-amerikanischen Unternehmen die Verschuldung drastisch gestiegen. Bereits im Jahr 2016 wurde gemeldet, dass die Firmen des Landes insgesamt ausstehende Anleihen im Volumen von 8,45 Billionen US-Dollar hätten und jeden Monat für 139,5 Milliarden Dollar neue Anleihen dazukämen. Es wird erwartet, dass bei anhaltendem Verschuldungstempo binnen drei Jahren die Grenze von zehn Billionen überschritten wird.

Mit Blick auf diesen Schuldenberg warnte schon im Oktober 2016 der Finanzmarktanalyst Clemens Schmale: „Das ist eine horrende Zahl und eine Frage bleibt bisher unbeantwortet: Werden die Unternehmen die Schulden überhaupt jemals zurückzahlen können?“ Vor Kurzem hat nun auch Robeco vor steigenden Risiken für Unternehmensanleihen gewarnt. Die Experten der Fondsgesellschaft nennen als Risiken zum einen, dass die Zeit der Anleihekäufe der Notenbanken allmählich zu Ende gehe. Sie verweisen aber auch auf die hohe Verschuldung der Unternehmen in den USA.

> Einmannbetriebe machen 80 Prozent aller US-Firmen aus, arbeiten aber nur zu 35 Prozent rentabel

Experten halten die sogenannte Shareholder-Value-Maximierung für eine wichtige Triebkraft der angestiegenen Verschuldung. US-Unternehmen kaufen mit Blick auf die Aktionäre häufig eigene Aktien zurück, was tendenziell den Aktienkurs steigen lässt, oder schütten hohe Dividenden aus. Beides erfreut gewöhnlich das Aktionärsherz. Fehlen für derartige Aktionen aber die nötigen Unternehmensgewinne, dann müssen Schulden aufgenommen werden. Im aktuellen Niedrig-Zinsumfeld ist dies scheinbar kein Problem. Steigen die Zinsen allerdings oder brechen die Gewinne ein, sieht dies anders aus.



Nicht jedes der für die US-Wirtschaft so typischen Kleinstunternehmen hat das Zeug zum Megakonzern: Die HP-Garage, in der William Hewlett und David Packard Hewlett-Packard gründeten Bild: CF

Abseits der Erfolgsgeschichten um Google, Ebay & Co. sieht die Lage vieler US-Firmen schon jetzt nicht besonders rosig aus. Prekär ist insbesondere die Lage im Einzelhandel. Große Internethändler wie Amanzon setzen bereits seit einigen Jahren die klassischen Kaufhausketten immer stärker unter Druck. Jüngstes Opfer des „Amazon“-Effekts“ ist der Spielwarenhändler „Toys ‚R‘ Us“, der im September einen Antrag auf Gläubigerschutz stellte. Seit Jahresbeginn haben bereits mehr als ein Dutzend Einzelhandelsketten Insolvenz anmelden müssen. Die Entwicklung gilt auch als politisch brisant. Am Einzelhandel hängen nämlich zahlreiche Jobs. Laut der Branchenvertretung National Retail Federation hängt in den USA jeder vierte Arbeitsplatz indirekt vom Einzelhandel ab. Zudem bietet die Branche bislang auch vielen Geringqualifizierten eine Beschäftigung.

Auch bei vielen mittelgroßen Betrieben ist die Lage schwierig. Laut der „Neuen Zürcher Zeitung“ hat sich zum Beispiel die Nettoverschuldung der im Russell-2000-Index vertretenen kleineren und mittelgroßen US-Gesellschaften seit Ende 2009 fast verfünffacht. Viele Kleinunternehmen stecken sogar in massiven Schwierigkeiten. In den USA sind acht von zehn Firmen Einmannbetriebe. Nur 35 Prozent dieser Kleinstunternehmen würden profitabel arbeiten, die weit überwiegende Mehrheit, so US-Finanzexperten Simon Black, arbeite dagegen mit Verlust. Nach Berechnungen Blacks sind damit „72 Prozent aller amerikanischen Unternehmen nicht profitabel.“

Norman Hanert

MELDUNGEN

Benzin abends am günstigsten

München – Zehn Änderungen des Benzinpreises an einem Tag sind mittlerweile nichts ungewöhnliches mehr. Wer günstig tanken will, sollte das am Abend zwischen 20 und 22 Uhr tun, denn dann ist der Kraftstoff am billigsten. Das geht aus der aktuellen ADAC-Preisuntersuchung an bundesweit 14 000 Tankstellen hervor. Demnach haben die Mineralölgesellschaften ihr Verhalten bei der Preisgestaltung geändert. Anders als früher setzen sie den Kraftstoffpreis jetzt auch mittags und am späten Nachmittag herauf. Die größte Erhöhung mit im Schnitt mehr als zehn Cent gibt es dann in der Nacht zwischen 22 und 6 Uhr. *J.H.*

Bündnis von Öl und Wasser

Bischek – Nach jahrzehntelanger Eiszeit hat sich das Verhältnis Kirgistans zu Usbekistan verbessert. Beim ersten Besuch eines usbekischen Präsidenten im Nachbarland seit fast 20 Jahren vereinbarten beide Staaten die Zusammenarbeit beim Bau der neuen Großtalsperre Kambar-Ata. Die Wasserregulierung zwischen den energiehungrigen Gebirgs- und den ölhungrigen Steppenstaaten Innerasiens ist seit jeher ein Konfliktherd. *T.W.W.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.977.891.243.244 €
Vorwoche: 1.977.851.084.453 €

Verschuldung pro Kopf:
24.042 €
Vorwoche: 24.041 €

(Dienstag, 10. Oktober 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Nun auch Monarch

Nach Alitalia und Air Berlin schon wieder eine Insolvenz

Starke Konkurrenz und Kostendruck lassen in diesem Jahr bereits die dritte europäische Fluggesellschaft scheitern. Nach Alitalia und Air Berlin hat vor Kurzem auch die britische Fluggesellschaft Monarch Airlines Insolvenz angemeldet. Von der Einstellung des Flugbetriebs durch die Fluglinie waren insgesamt etwa 860 000 Passagiere betroffen. Über 100 000 Kunden von Monarch wurden von der Insolvenz des Unternehmens im Ausland überrascht, sodass nach Angaben der britischen Regierung die größte Rückholaktion in Friedenszeiten organisiert werden musste.

Bemerkenswert sind die Umstände der Insolvenz. Laut Monarch-Chef Andrew Swaffield hat die Fluggesellschaft in diesem Jahr 14 Prozent mehr Passagiere befördert, dabei allerdings 100 Millionen Britische Pfund weniger verdient. Aus Sicht der Insolvenzverwalter von der Unternehmensberatung KPMG sind ein Preisdruck auf Kurzstreckenflügen und steigende Treibstoff- und Flughafengebühren als Folge des schwächeren Pfundkurses die Ursachen für den Zusammenbruch. Monarch-Chef Swaffield nennt als einen weiteren Faktor auch die Auswirkungen von Terroranschlägen in wichtigen Urlaubszielen wie etwa in Tunesien oder Ägypten.

Die Pleite von Monarch dürfte den Konzentrationsprozess in Europas Luftfahrtbranche hin zu einigen wenigen großen Unternehmen nochmals beschleunigen. Der Erfolg von Billigfliegern wie Ryanair und EasyJet hat zu einem enormen Konkurrenzdruck geführt. Gerechnet wird inzwischen damit, dass auf längere Sicht in Europa nur einige wenige große

> Trend zur Konzentration in der Luftfahrtbranche

Anbieter übrigbleiben werden. Die deutsche Lufthansa hat gute Chancen, mit zu dieser Gewinnergruppe zu gehören.

Profitieren wird Deutschlands größte Fluglinie auch von der Pleite von Air Berlin. Deren Gläubiger haben sich entschlossen, mit der Lufthansa und dem Billigflieger Easyjet über eine Aufteilung des insolventen Unternehmens zu verhandeln. Mit in den Bieterwettbewerb um Air Berlin waren auch der Unternehmer Hans Rudolf Wöhrl und der irische Billigflieger Ryanair eingestiegen. Wöhrl kritisierte die Zerschlagung von Air Berlin: „Der Bund hat völlig falsche Weichenstellungen vorgenommen“, so der Mode- und Luftfahrtunternehmer. Aus Sicht Wöhrls stellt die Zerschlagung Air Berlins und der Zuschlag an die Lufthansa sogar einen großen „Wirtschaftskrimi“ dar.

Das erfolglose Gebot für Air Berlin ist derzeit nicht der einzige Rückschlag für Ryanair. Die Fluglinie muss wegen Pannen bei der Urlaubsplanung für Piloten tausende Flüge streichen. Zudem wächst auch die Kritik an den Arbeitsbedingungen bei Europas größter Fluglinie. Ryanair ist in der Branche Vorreiter bei dem Trend, Piloten nur noch als Subunternehmer anzustellen. Die Piloten lässt sich das Unternehmen von Personaldienstleistern vermitteln. Die Pilotenvereinigung der American Airlines Group (APA) hat unterdessen Ryanair-Besatzungen angeboten, sie bei der Gründung einer oder dem Anschluss an eine bereits vorhandene Gewerkschaft zu unterstützen. „Wir haben das Ryanair-Modell beobachtet und wir wollen nicht, dass so etwas in den USA Schule macht“, erklärte der Präsident der US-Pilotenvereinigung, Daniel Carey. *N.H.*

1000 neue Mitarbeiter

Propagandafurcht: Spezialisten prüfen bei Facebook die Anzeigen

Der US-Internetgigant Facebook geht davon aus, dass russische Drahtzieher im US-Wahlkampf Anzeigen für rund 100 000 US-Dollar gekauft haben, um sich in die US-Innenpolitik einzubringen. Nun will der Konzern 1000 neue Mitarbeiter einstellen, die so etwas in Zukunft verhindern sollen. Sie sollten Anzeigen in dem weltgrößten sozialen Netz prüfen und sicherzustellen, dass die Geschäftsbedingungen eingehalten würden, erklärte der Konzern. Facebook hatte bereits im April erklärt, dass das Online-Netzwerk für politische Einflussnahme missbraucht worden sei und nun den Hinweis auf Drahtzieher in Russland verstärkt.

Wie die Deutsche Presse-Agentur berichtet, entfielen von den 3000 Anzeigen, die zwischen dem Juni 2015 und dem Mai 2017 platziert worden sind, 44 Prozent auf den Zeitraum vor der Präsidentenwahl am 8. November vergangenen Jahres. Etwa ein Viertel der Anzeigen sei niemandem angezeigt worden, weil der Relevanz-Algorithmus sie ausgesiebt habe. Für die Hälfte hätten die Auftraggeber weniger als drei Dollar pro Anzeige ausgegeben und nur für ein Prozent hätten sie 1000 Dollar oder mehr bezahlt.

Außer in Personal soll auch stärker in Software investiert werden, um Anzeigen automatisch zu entfernen. Die Prüfung von Anzeigen betreffe nicht nur den Inhalt, sondern auch den Kontext und die gewünschte Zielgruppe. Facebook geht davon aus, dass die Anzeigen geschaltet wurden, um die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zu beeinflussen. Dabei sei es unter anderem um das Anheizen von Spannungen zwischen ethnischen und sozialen Gruppen gegangen.

> Moskaus Einfluss auf die US-Amerikaner soll verringert werden

Nach Einschätzung der US-Geheimdienste beeinflusste die russische Regierung die Präsidentschaftswahl im vergangenen Jahr. Die Regierung in Moskau hat dies stets zurückgewiesen. US-Präsident Donald Trump hat erklärt, es habe keine Kooperation zwischen seiner Wahlkampfmannschaft und Russland gegeben.

Facebookgründer Mark Zukkerberg versprach kürzlich, das soziale Netzwerk besser vor politischen Manipulationsversuchen bei Wahlen zu schützen. Politisch motivierte Werbung werde besser kenntlich gemacht, sagte Zukkerberg in einer Videobotschaft. Der US-Konzern werde politische Botschaften genauer prüfen und weltweit die Zusammenarbeit mit Wahlkommissionen vertiefen.

Es gibt noch einen weiteren Punkt, der die Facebook-Manager umtreibt. Ein russischer Geheimdienst soll versucht haben, Frankreichs Präsidenten auszuspionieren. Die Agenten sollen sich als Vertraute Emmanuel Macrons ausgegeben und über insgesamt rund zwei Dutzend gefälschte Facebook-Konten versucht haben, persönliche Informationen über Mitarbeiter des Wahlkampfteams zu erhalten und deren Verhalten zu überwachen. Facebook erklärte, es habe Spionage-Konten in Frankreich entdeckt und deaktiviert. Dies sei durch verbesserte automatisierte Erkennungssoftware und den Einsatz von mehr Spezialisten für die Aufspürung sehr ausgeklügelter Hackerangriffe gelungen. Zuckerberg erklärte, diesen Weg werde man durch die Neuanstellungen weitergehen. Es gehe nicht nur um Werbe- sondern auch um Spionageabwehr.

Peter Entinger

Marginalisierung

Von Gernot Facius

Das ist eine Zäsur, und das so oft strapazierte Wort hat hier seine Berechtigung: Bernd Fabritius (CSU), Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), ist nicht mehr im Bundestag, der bisherige Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk (CSU), nicht mehr angetreten, und Klaus Brähmig, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU-Fraktion,verpasste in seinem sächsischen Wahlkreis den Wiedereinzug ins Hohe Haus – gescheitert an Frauke Petry. Auch der Russlanddeutsche Heinrich Zertik (CDU) aus Nordrhein-Westfalen erhielt keine neue Fahrkarte nach Berlin. Wenigstens Stephan Mayer (CSU), BdV-Vizepräsident, hat seinen Wahlkreis erfolgreich verteidigt. Doch der Oberbayer mit sudetendeutschen Wurzeln ist in erster Linie Innen- und Rechtspolitiker. Den Sprung ins Parlament schaffte zudem der ehemalige BdV-Vizechef und Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg (AfD).

Der enttäuschte CSU-Mann Fabritius, dem ein eigener Wahlkreis versagt geblieben war, sprach von einem „absoluten Kahlschlag“ und meinte damit die Vertretung der Vertriebenen im neuen Bundestag. Er möchte, wie er dem „Münchner Merkur“ sagte, auch ohne Parlamentsmandat sein Präsidentenamt „mit voller Kraft“ fortführen. So einfach wird das nicht sein. Dass viele aus dem Vertriebenenmilieu die AfD gewählt hätten, ist für ihn „ein deutliches Signal dafür, dass wir kämpfen müssen“. Mit „wir“ sind die Kräfte im BdV und den Landsmannschaften gemeint, die eher sozial- und kulturpolitischen Themen den Vorrang vor den genuin heimatpolitischen Forderungen einräumen. Dass der Siebenbürger Sachse Fabritius so offen seine verbandsinternen Gegner benennt, von denen er viele im Umfeld der AfD vermutet, für die seine Amtsvorgängerin Erika Steinbach (ehemals CDU) im Wahlkampf geworben hat, wird seine Position nicht gerade stärken. Zumal da sein CSU-Parteivorsitzender Horst Seehofer an Sympathien bei den Vertriebenen, nicht nur bei den Sudetendeutschen, dem „vierten Stamm“ in Bayern, verloren hat.

Freimütig gibt Fabritius zu, dass für ihn jetzt einiges auf dem Spiele steht: „Natürlich habe ich Bedenken, dass sich andere Strömungen durchsetzen, wenn ich den proeuropäischen Kurs nicht halten kann.“ Vorgänger von Fabritius an der Spitze des BdV waren Georg Baron Manteuffel-Zöge, Linus Kather, Hans Krüger, Wenzel Jaksch, Reinhold Rehs, Herbert Czaja, Fritz Wittmann und zuletzt Erika Steinbach. Keine dieser so unterschiedlichen Persönlichkeiten blieb während ihrer Amtszeit unangefochten. Doch fast alle konnten sich auf ein dichtes Netzwerk stützen, das sie schützte – im Gegensatz zu Bernd Fabritius., der als Vorsitzender der relativ kleinen Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen vor vier Jahren – mehr oder weniger zufällig – in den Deutschen Bundestag einzog.

Es lässt sich nicht anders deuten: Die politische Marginalisierung der deutschen Heimatvertriebenen geht voran – ausgerechnet in dem Jahr, in dem ihr Dachverband BdV seiner Gründung vor 60 Jahren gedenkt.

So geht es nicht

Von Hans Heckel

Mit aufeinander zurasenden Zügen vergleichen Kommentatoren in ganz Europa das Verhalten der spanischen Zentralgewalt in Madrid und von Kataloniens Regionalregierung in Barcelona. Keine Seite ist wirklich kompromissbereit, verbissen verteidigte Maximalforderungen drohen mit voller Wucht gegeneinander zu prallen.

David trägt im Ringen mit Goliath seit alters her die höheren Sympathiewerte davon. Daher fühlen viele Europäer mit jenen Katalanen, die ihren eigenen Staat fordern. Der verstorbene Peter Scholl-Latour hätte ihnen da allerdings wohl widersprochen.

Schon mit Blick auf die Anerkennung eines souveränen Kosovo warnte die Journalisten-Legende: „Ja, wollen wir denn nur noch Fetzen haben in Europa?“ Die Aufteilung unseres Kontinents in immer kleinere Staaten bereitete Scholl-Latour Sorge, weil sie Europa international schwäche.

Juristisch hat Madrid recht. Spanien ist, wie Deutschland, ein Bundesstaat, kein Staatenbund. Dieser Unterschied ist entscheidend: In einem Bundesstaat liegt die Souveränität über das komplette Staatsgebiet in den Händen des gesamten Staatsvolks. Er funktioniert gleichsam wie die Eigentümergemeinschaft in einem Mehrfamilienhaus. Jeder Eigentümer besitzt zwar einen bestimmten prozentualen Anteil am „Gemeinschaftseigentum“, etwa dem gemeinsamen Garten. Trotz dieses Eigentumsrechts ist es jedoch keinem Eigentümer gestattet, seinen Anteil am gemeinsamen Garten ohne Zustimmung aller anderen auszugliedern.

> Madrid hat formal recht – macht aber gravierende Fehler

So verhält es sich auch in Bundesstaaten. Staatsrechtlich betrachtet sind die Schleswig-Holsteiner wie alle Deutschen ebenso Eigentümer des Elbsandsteingebirges wie die Sachsen, derweil die Sachsen das gleiche Recht an der Insel Sylt besitzen wie die Schleswig-Holsteiner. Sollte sich eines der Länder auf eigene Faust aus dem deutschen Bundesstaat lösen, wäre dies also ein Eingriff in die Rechte aller anderen Deutschen und damit unzulässig.

Anders verhielt es sich bei Jugoslawien oder der Sowjetunion. Beide waren verfassungsrechtlich Staatenbünde formal souveräner Staaten. Theoretisch konnte jeder Mitgliedstaat seine Unabhängigkeit erklären. Im Kommunismus war dies praktisch unwirksam. Mit der Demokratisierung aber wurde aus dem formalen Recht ein real durchsetzbares – mit den bekannten Folgen. Das Kosovo indes war bloß eine Autonome Region innerhalb Serbiens, weshalb es formal kein Recht zur Abspaltung besaß.

Diese klare Rechtslage entlässt die Regierung in Madrid nicht aus der Pflicht, den Dialog mit unzufriedenen Bürgern zu suchen, statt nur zu drohen. Mit seiner Sturheit hat Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy maßgeblich zur Eskalation beigetragen. Wohin solche Arroganz der Macht führen kann, sollten sich Europas Politiker genau ansehen – und lernen.



Wollen Spanier bleiben: Vergangenen Sonntag gingen in Barcelona 350 000 Menschen für die Einheit Spaniens auf die Straße

Bild: Imago

Frei gedacht



»Die AfD muss weg, egal, wie«

Von Eva Herman

Unsere Nachbarin sagt, dass „die da oben“ Schmuh gemacht hätten bei der Bundestagswahl. Also nicht „die da ganz oben“, sondern die weiter unten, nämlich bei der AfD. Die müssten, wie unsere Nachbarin meint, wohl Wahlfälschung betrieben haben. „Oder woher kriegen die sonst über zwölf Prozent?“ Wahrscheinlich steckten die Russen dahinter, sagt sie. Oder irgendwelche Geheimdienste. Aber normal sei das nicht. Hhmm, hatte ich entgegenzusetzen versucht, da seien doch eine ganze Menge der Wähler inzwischen ziemlich unzufrieden mit der Bundeskanzlerin, alleine schon wegen der massiven Einwanderung seit 2015. Da wurde sie aber richtig politisch, unsere Nachbarin. Zum ersten sei die Bundeskanzlerin wiedergewählt worden, was absolut die richtige Entscheidung für Deutschland sei. Außerdem wies sie mich darauf hin, dass es sich doch wohl ganz genau nur und ausschließlich um Flüchtlinge handele, die aus dem inzwischen völlig verdorrten Afrika und Arabien zu uns kämen, und nicht etwa um Einwanderer, und dass wir diesen armen Menschen nun auch helfen müssten.

Helfen, ja, versuchte ich sie zu beruhigen, aber ein echter Flüchtling sei zum Beispiel derjenige, dem bei Abschiebung schwerwiegende Gefahren wegen seiner politischen Überzeugung oder Religion drohen, wie Verletzungen grundlegender Menschenrechte, wie Folter und Verfolgung. Denen sollten wir auf jeden Fall helfen, fügte ich hinzu, doch unsere Nachbarin wurde ganz hitzig: Ob ich denn jeden einzelnen Fall so genau untersucht hätte? Na also, meinte sie schnell, so pauschal könne man mit dem Thema nicht umgehen. Schließlich gehe das verdorrte Afrika ja wohl eindeutig auf unsere Kappe. So pauschal, hatte ich ihr dann geantwortet, könne man aber das jetzt auch nicht einfach behaupten. Gewiss sei durch die zahlreichen Kolonialkriege der Vergangenheit und Gegenwart, die von den globalisierenden Multikonzernen bis zum heutigen Tag betrieben werden, alles dort aus dem ökologischen und ökonomischen Gleichgewicht geraten, und, ja, die westliche Welt trage einen Großteil der Verantwortung. Warum aber, so wollte ich dann von ihr wissen, müssten fast alle Wirtschafts-Migranten jetzt in das kleine Deutschland gelenkt werden?

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Au weh, da wurde unsere Nachbarin aber dann wirklich sauer. Ja, ob ich denn die deutsche Geschichte vergessen hätte, und die schwere Schuld, die auf dem deutschen Volk liege immer noch, und bis in alle Ewigkeit? Das sei doch niemals wieder gutzumachen. Sie hatte dann gleich einen schweren Hustenanfall erlitten, unsere Nachbarin, weil sie offensichtlich wirklich wütend auf mich geworden war. Es sei auf jeden Fall richtig, dass es sich hierbei um das düsterste Kapitel unserer Geschichte handelt und gar nichts daran schön zu reden sei, hatte ich geantwortet. Doch wie es denn vergleichsweise mit Nord- und Südamerika sei, wo vor 200, 300 Jahren Hunderte Millionen Eingeborene, Indianer, Natives von europäischen Einwanderern umgebracht worden seien. Warum spreche man heute darüber nicht auch? Da wurde sie aber auf der Stelle ganz merkwürdig, die Nachbarin, und warf den Kopf in den Nacken. Das könne man überhaupt nicht vergleichen, und das sollte bloß auch keiner mal versuchen. Die deutsche Schuld sei einmalig! Basta!

Tja, da musste ich ihr dann wirklich recht geben, das scheine wirklich absolut einmalig auf der Welt zu sein, sagte ich, denn auch in Australien, in Afrika und Asien, also praktisch auf allen Kontinenten, seien ja über Jahrhunderte lang Aborigines und Indigene millionenfach ausgerottet worden. Einmalig, tatsächlich. Unsere Nachbarin war aber inzwischen wieder bei der AfD, für die sie ganz offensichtlich keinerlei Sympathien zu hegen scheint. Da seien die allermeisten Nazis, bretterte sie los, und so was dürfte hier eben nie mehr zugelassen werden. Stopp, meinte ich darauf. So einfach sei die Sache wirklich nicht. Ich sprach von berechtigten Kernpunkten des AfD-Programms, die man nur unterschreiben könnte, wenn man am Überleben des eigenen Landes interessiert ist. Die AfD versuche wenigstens, Kultur und Tradition der Nationalstaaten, explizit Deutschlands, zu bewahren, die aufgrund der nicht endenden Masseneinwanderung nun erheblich gefährdet seien.

Da wurde die Nachbarin ganz dünnlippig, ihre Augen verengten sich auf einmal zu Schlitzen, und sie musterte mich fast feindselig. Ja, ob ich denn die AfD auch gewählt hätte, wollte sie leise wissen. Ich verneinte und erläuterte, dass ich grundsätzlich Nichtwähler sei, also seit Jahrzehnten bereits dem gesamten Parteiensystem keine Energie gebe, da ich dieses Modell für unbrauchbar halte, um eine gesunde Gesellschaft zu ermöglichen. Doch gab ich ihr zu verstehen, dass ich in puncto Merkelscher Einwanderungspolitik die kritischen Gegenargumente der AfD durchaus nachvollziehen könne. Ich fügte dann an, dass gerade wieder ein AfD-Politiker mit seiner Familie angegriffen, sein Auto in Brand gesteckt und das Haus mit Naziparolen beschmiert worden sei. Ob sie es denn für eine gesunde Demokratie halte, wenn mit Andersdenkenden derartig umgegangen wird, wollte ich wissen. Da war sie für einen Augenblick sprachlos, die Frau Nachbarin. Und während sie mich weiterhin fest in ihrem verengten Schlitzblick hielt, mich dabei plötzlich viel interessierter musterte, dennoch einen Schritt Abstand von mir nahm, flüsterte sie schon beinahe: „Ja, wie soll man denn dieses Pack sonst noch erziehen?“ Ihr Zeigefinger deutete mehrfach heftig in meine Richtung: „Vernichten sollte man das Geschwerl!“

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Es geschieht selten, dass mir keine Antwort einfällt, doch hier war es jetzt so. Wahrscheinlich hatte ich sie ungläubig angestarrt, während mir durch den Kopf ging, dass es doch genau diese üblen Mechanismen gewesen waren, die das dunkle Kapitel Deutschlands einst überhaupt erst möglich gemacht hatten. Doch das würde sie wahrscheinlich nicht verstehen. Die Nachbarin aber redete schon weiter, offenbar felsenfest davon überzeugt, das einzig Richtige zu wollen. Sie hätte gerade in der Zeitung gelesen, dass der Intendant des Friedrichstadt-Palastes in Berlin keine AfD-Wähler mehr in sein Theater lassen wolle, berichtete sie mit erhitzten Wangen. Dabei lächelte sie hintersinnig: „Welch eine schlaue Methode, um denen mal zu zeigen, wo der Hammer hängt!“ Wo er denn hängen würde, der Hammer, wollte ich von ihr wissen. „Da, wo die Gerechtigkeit ist!“ Wieder vermochte ich kurz nichts darauf zu sagen, ihr Engagement duldete kaum Widerspruch. Dennoch wandte ich nach einem Ausatmer ein, dass ein Theaterchef für ein Kulturprogramm verantwortlich ist, aber nicht für politische Agitation. Doch das sah meine Nachbarin ganz anders. Dieser Mann trage die Verantwortung für unsere Zukunft, wie wir alle verantwortlich seien. Weswegen jetzt eben alle zusammenhalten müssten gegen die Nazi-AfD. „Die AfD muss weg, egal, wie!“ Wer AfD wähle, wisse, dass er auch Nazis in den Bundestag wählt. Und das Eine sei ja wohl klar: Nur wer aus Sorge um die deutsche Kultur die AfD wähle oder gar dort mitmache, sei „ein Brandstifter, ein Mittäter«. Dafür gebe es keine Entschuldigung! Das hätten wir doch alles schon mal gehabt. Unser Gespräch war dann übrigens schnell beendet.

Die lauernde Bestie

Zeiten der Unsicherheit und Angst – Schauspielerin Anja Kling über ihre Rolle als Stalking-Opfer

„Stalking“ – Das ist das obsessive Belästigen und Verfolgen einer Person durch einen krankhaft in Liebe oder auch Rachsucht verfallenen Menschen. Und es ist Thema eines Films, in dem Anja Kling als Opfer zur Höchstform aufläuft. Anlässlich der Premiere traf sich die *PAZ* mit der Darstellerin.

In den USA hat fast jeder Prominente seinen Stalker. Nahezu im Wochentakt gibt es Gerichtsurteile, wonach sich manche Personen nur auf eine bestimmte Entfernung einem Star annähern dürfen. Frei nach dem Motto, ohne einen besessenen Fan, der dich auf Schritt und Tritt verfolgt, bist du nichts, brüsten sich Zyniker sogar damit, gestalkt zu werden – gilt es doch als Ausweis eigener sozialer Bedeutsamkeit. Welche Perfidie das erreichen kann, konnte man an der TV-Serie „Two and a Half Men“ erkennen, wo der Komponist Charlie seine Nachbarin und Stalkerin Rose als Teil seines Hausinventars hegte und pflegte.

Schauspielerin Anja Kling hat die schwere Aufgabe übernommen, jetzt selbst in einem TV-Streifen ein Stalkingopfer zu spielen. Eigene Erfahrungen damit hat sie im Privaten glücklicherweise noch nicht machen müssen. Das ist aber auch für sie kein Grund, das Thema auf die leichte Schulter zu ziehen oder gar zu verharmlosen, nur um damit ihren eigenen Promi-Status zu untermauern. Wer aber einen Freund hat, der über eine gewisse Zeit gestalkt wurde, der weiß, wie sehr der Gestalkte darunter leidet. Das klingt nämlich nach außen hin immer sehr viel harmloser, als es in Wirklichkeit ist.

Wie ernst vor allem die psychische Belastung auf dem Opfer lastet, das von einem Fremden andauernd beobachtet und bedrängt wird, zeigt der Film „Angst – Der Feind in meinem Haus“, der am 16. Oktober um 20.15 Uhr mit Kling in der Hauptrolle im ZDF ausgestrahlt wird. In dem Drama geht es um ein Paar namens Tiefenthaler (Kling und Heino Ferch), das eine Stadtvilla aus der Gründerzeit erwirbt und mit seinen beiden Kindern darin einzieht. Einzige Bedingung für den Kauf war, dass der von Udo Samel gespielte Herr Tiberius weiterhin im Souterrain des Hauses wohnen bleiben darf. Doch in dem netten Nachbarn schlummert eine Bestie, der die neuen Mitbewohner nicht nur belästigt, sondern auch üble Gerüchte über sie in die Welt setzt.

Letztlich enthüllt der Film, der auf einen Roman des derzeitigen stellvertretenden „Spiegel“-Chefredakteurs Dirk Kurbjuweit beruht, die Hilflosigkeit von Stalking-Opfern und die Ohnmacht des Staates: Wie soll man sich gegen diesen Terror wehren, wenn man keine Beweise vorlegen kann?

Anja Kling kann selbst nicht behaupten, dass die Gesetze gegen Stalking zu lasch seien, auch wenn das in der Romanvorlage wie im Film behauptet wird. Es sei auch wirklich schwierig für den Staat und für die Justiz, sich anders zu verhalten, denn behauptet ist ja wirklich schnell mal was. Jedes Opfer muss leider die Zeit mitbringen, die es braucht, um zu prüfen, ob jemand wirklich ein Stalker oder nur neugierig, ob jemand bedrohlich ist oder nicht.

Um des Problems Herr werden zu können, komme erschwerend hinzu, dass jeder auch die Psyche des Täters verstehen muss. Ist es ein Hilferuf der Einsamkeit oder das Ergebnis eines Nachbarschaftskrieges, an dem man vielleicht selbst mit Schuld trägt? Im Film wird auch erzählt, dass die Methoden des Stalkers ein Hilfeschrei sind, ein Sich-Wehren gegen Vorwürfe. Und die gestalkte Familie wird ja auch nicht nur als Opferfamilie hingestellt.



Die Angst ins Gesicht geschrieben: Anja Kling mit Heino Ferch (hinten) in „Angst“ Bild: ZDF/Stefan Erhard

Im Film ist der gebürtigen Potsdamerin die Angst förmlich ins Gesicht geschrieben. Dabei fühlt sie sich in komischen Rollen wohler. Im Kino hat sie gerade mit ihrer Sprechrolle in dem Animationsfilm „Emoji“ ihr Können als Smiler (Lächler) bewiesen. Kinofans bleibt sie in Erinnerung als Königin Metapha in Bully Herbigs „Enterprise“-Parodie „(T)Raumschiff Surprise“ von 2004. Sie selbst habe tausende Filmideen mit urkomischen Themen, nur verfilmen wolle die keiner.

Dafür bekommt sie genug TV-Angebote mit ernsten Rollen. Pro Jahr dreht sie rund vier Filme, demnächst ist sie auch in einem „Tatort“ zu sehen, der ebenso wie ihr Stalking-Film „Angst“ kürzlich auf dem Hamburger Filmfest vorgestellt wurde.

Sie hofft, noch lange so gut im Geschäft zu sein, denn mit ihren 47 Jahren nähert sie sich der magischen 50er-Marke, die laut einer Studie, die unlängst ihre Kollegin Maria Furtwängler vorgelegt hat, für TV-Darstellerinnen einen dramatischen Karriereknick bedeutet. Ab Mitte 40 kommen auf drei männliche eine weibliche Hauptrolle. Und das wird vielleicht auch einmal auf Kling zukommen.

Die Diskussion, die Furtwängler über die Unterpräsentation älterer Schauspielerinnen im Fernsehen angeregt hat, findet Kling daher richtig. Tatsächlich würden Schauspielerinnen über 50 Jahre weitgehend unsichtbar. Man falle als Liebhaberin oder als junge Mutter weg, und man ist auch nicht mehr die Tochter. Man hat dann höchstens noch die Nebenrolle als Polizistin, Anwältin oder Putzfrau.

Oder als Flüchtling: 1989 floh Kling wenige Tage vor dem Mauerfall über die Tschechoslowakei in den Westen. Inzwischen lebt sie wie auch ihre fünf Jahre ältere Schwester Gerit, die es ebenfalls als Schauspielerin nach ganz oben geschafft hat, in der Nähe von Potsdam. Brandenburg-Preußen ist ihre Heimat. Aber zu Hause fühlt sie sich überall da, wo ihre Familie ist. *Harald Tews*

MELDUNGEN

Die Krone vom Schwarzen Meer

Berlin – Die Krone von Kertsch, ein mit roten Edelsteinen besetztes Diadem aus der Völkerwanderzeit, steht im Mittelpunkt der Ausstellung „Schätze aus Europas Frühzeit“, die vom 19. Oktober an im Neuen Museum auf der Berliner Museumsinsel läuft. Gezeigt werden kostbare Preziosen vom Schwarzen Meer aus der Sammlung des Freiherrn von Diergardt, die bis 1934 als Dauerleihgabe dem Museum zur Verfügung standen. Info: www.smb.museum *tws*

Französisches Licht auf Italien

Hamburg – Einer, der die Landschaftsmalerei des 17. Jahrhunderts maßgeblich mitgeprägt hat, ist der französische Maler Claude Lorrain. In der Hamburger Kunsthalle steht vom 13. Oktober in der Ausstellung „Das Licht der Campagna“ das grafische Werk des die meiste Zeit seines Lebens in Italien lebenden Künstlers im Fokus. Bis zum 14. Januar 2018 werden über 100 Arbeiten auf Papier gezeigt, davon 90 Feder- und Pinselzeichnungen aus dem British Museum in London. Infos: www.hamburger-kunsthalle.de *tws*

Gartenkünstler in Pommern

Stettin – Die Schau „Meisterhaft wie selten einer …“ über die Gärten Peter Joseph Lennés zwischen Schlesien und Pommern ist nach Stettin in die Pommersche Bibliothek weitergezogen (bis 29.12.). Sie wurde zuvor auf Schloss Caputh bei Potsdam gezeigt. *tws*

Ein Walzer für den Deichgrafen

Mit Theodor Storm auf Tour – Pfiffige »Schimmelreiter«-Lesung des Sängers Stefan Gwildis

Keiner kommt am „Schimmelreiter“ vorbei, wenn man von Theodor Storm spricht. Die Erzählung vom Deichgrafen Hauke Haien gehört zum festen Repertoire der Mythen und Sagen des Nordens. Und weil die Husumer im September den 200. Geburtstag des aus ihrer Nordseestadt stammenden Autors feierten (die *PAZ* berichtete), nimmt der Hamburger Sänger Stefan Gwildis das Jubiläum zum Anlass, mit dem „Schimmelreiter“ lesend durch Norddeutschland zu ziehen.

„Storm ist jemand, der gerade hier im Norden etwas gilt“, sagt Gwildis, „als Norddeutscher und Nordsee-Fan lag die Verbindung zu Storms ‚Schimmelreiter‘ nahe und daher war dieses Projekt eine Herzensangelegenheit.“ Wie unzählige andere Schüler hat auch Gwildis mit einem gewissen Deichgrafen, der auf seinem dem Tode entrissenen Pferd an der herben Küste des deutschen Nordens entlang ritt, gelitten.

„Schon als Schüler fand ich den Zossen zwar anstrengend, aber auf der anderen Seite hat mich die Figur des Hauke Haien auch interessiert“, erzählt er, „ich habe die Novelle zum ersten Mal in einer Zeit gelesen, als es mit 17 Jahren um die eigene Positionierung im Leben ging. Da spielte Hauke Haien eine ganz wichtige Rolle für mich, weil er so ein Querdenker und seiner Zeit weit voraus ist. Einer, der nicht mit dem Strom schwimmt, sondern sein eigenes Universum hat. Das fand ich cool an dem Burschen. Insofern hat mich die Geschichte bis heute nicht losgelassen.“

Storms karge, kantige Worte sind nicht jedermanns Sache. Trotzdem sind die Produzenten der Lesungsreihe des Hörbuchs „Stefan Gwildis liest Storm“ dicht am Original geblieben und ringen dem Werk gleichzeitig weitere unbekannte Facetten ab. „Wir haben den Kern der Geschichte herausgearbeitet, sodass nur das übrig geblieben ist, was für uns wichtig war: nämlich die Geschichte von Hauke Haien. Die ganze schachtelartige Einführung, in der mehrere Erzähler zu Wort kommen, haben wir gestrichen,“ so Gwildis.



Lese-Kür eines Schimmelreiters: Stefan Gwildis Bild: Sandra Ludewig

Weil der Humor seit über drei Jahrzehnten ein wichtiger Bestandteil von Gwildis' Bühnenauftritten ist, hat er sich auch bei Storms Werk auf die Suche nach Humor begeben. Und siehe da: Gwildis wurde fündig. Ohne der eher unheimlichen Atmosphäre des Originals zu entsagen, ohne dessen literarischem Anspruch den nötigen Respekt zu versagen, ringt Gwildis der Geschichte durch das nordische Naturell seiner Art zu reden, zu fabulieren und dem Alltag knurrig zu begegnen, komische Facetten ab.

„Ich glaube, Hauke Haien wäre heute ein Visionär, der sich uneigennützig für die Gesellschaft aufreibt“, erklärt Gwildis, „so wie er damals Land für die Gemeinschaft gewonnen hat. Mit seinen Visionen durch das Studium des Euklid hatte er ein ganz eigenes Ding am Laufen. Das wäre auch mein Rat an die heutige Jugend: Haltet den Ball mal flach, lasst das Handy und den Fernseher aus, legt euch einfach mal auf die Wiese und kratzt euch am Arsch. Dann guckt, was ihr für Ideen habt – das ist interessant.“

Umrahmt wird der Text durch Intermezzi von Tobias Neumann am Klavier und dem Cellisten Hagen Kuhr. Dafür hat Gwildis eigens „Haukes Walzer“ komponiert. „Ich fand die Frage entscheidend, welche Musik den Text unterstützen kann. Es musste etwas sein, das immer wiederkehrt wie Ebbe und Flut und die Jahreszeiten“, erklärt er.

Ein Walzer für eine Schauergeschichte? Es gehe, erläutert Gwildis, um den Rhythmus der Natur, jenen ewigen Rundtanz. Daher musste es ein Walzerthema sein, das diese bildhafte Sprache filmisch untermalt – mal dramatisch, mal romantisch, je nach Stimmung. Hagen Kuhr und Tobias Neumann haben das gekonnt für Cello und Klavier arrangiert. Dadurch bekommt die Lesung einen sehr konzertanten Charakter. *Andreas Guballa*

Lesungen finden jeweils um 19 Uhr statt im Landgasthof zur Post in Wacken (13.10.), im Plöner Schloss (14.10.), im Schleswiger „Heimat – Raum für Unterhaltung“ (15.10.), im Messe-Center Husum (21.10.), im Forum von Norderstedt (26.10.), im Güterbahnhof Kiel (27.10.), im Alten Stahlwerk von Neumünster (10.11.), in der Stadthalle Eckernförde (16.11.) sowie um 20 Uhr im Colosseum Wilster (18.11.). Die CD zur Tour ist bei Fortunator (ISBN: 4893223190513) erschienen.

In fremder Haut

Paulo Coelho versetzt sich in Mata Hari

Neben James Bond ist Mata Hari der weltweit berühmteste Spion. Bloß mit dem Unterschied, dass dieser weibliche 007 keine fiktive Figur ist, sondern eine ganz reale Person war. Am 15. Oktober, also vor 100 Jahren, wurde sie wegen Hochverrats von einem französischen Standgericht exekutiert, obwohl bis heute unklar ist, ob die Tänzerin, Femme fatale und Muse tatsächlich als Doppelspionin für Frankreich und Deutschland aktiv war (siehe *PAZ* vom 6.10.2017).

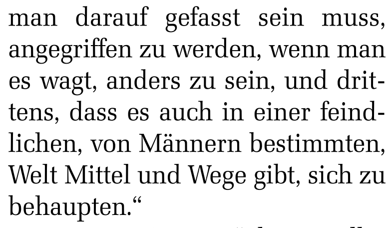


Alchemist der Sprache: Paulo Coelho Bild: Christian Alminana

Das Schicksal der Mata Hari, die von sich behauptete, „mein einziges Verbrechen war, eine selbstbestimmte Frau zu sein“, wurde in unzähligen Filmen und literarischen Werken erzählt. Der jüngste Roman über diesen schillernden Mythos stammt von dem brasilianischen Schriftsteller Paulo Coelho, der mit dem 1988 erschienenen Roman „Der Alchimist“ zum Weltstar wurde.

In seinem neuen Buch „Die Spionin“, das in der Übersetzung von Maralde Meyer-Minnemann bei Diogenes erschienen ist (192 Seiten, 19,90 Euro), lässt Coelho den Erzähler in die Haut der Mata Hari schlüpfen. In einem fiktiven, allerletzten Brief aus dem Gefängnis erzählt sie ihr außergewöhnliches Leben selbst: vom Mädchen Margarethe Zelle aus der holländischen Provinz zur exotischen Tänzerin, die nach ihren eigenen Vorstellungen lebte und liebte und so gleichsam zu einer der ersten Feministinnen wurde. Doch als der Erste Weltkrieg ausbricht, lässt sie sich – erotisch wie politisch – auf ein gefährliches Doppelspiel ein.

Auch 100 Jahre nach ihrem Tod ist Coelho davon überzeugt, das man von dieser Frau, die es schaffte, mit Lügenmärchen berühmt zu werden, noch mindestens drei Dinge lernen kann: „Erstens, dass die Verwirklichung eines Traums ihren Preis fordert; zweitens, dass man darauf gefasst sein muss, angegriffen zu werden, wenn man es wagt, anders zu sein, und drittens, dass es auch in einer feindlichen, von Männern bestimmten, Welt Mittel und Wege gibt, sich zu behaupten.“



Mit „Die Spionin“ hat Coelho einen Briefroman geschrieben, der dem Leser die Mata Hari ganz nahe bringt. Die Beweggründe ihres waghalsigen Handelns lassen sich so einfühlsam nachvollziehen. *H. Tews*

Heimstatt der verdienten Deutschen

Vor 175 Jahren eröffnete König Ludwig I. von Bayern die Walhalla

„Ein Gebäude, dem Andenken großer Deutschen bestimmt". So lautete die Überschrift der Ausschreibung für die Walhalla. Politisch hoch symbolisch erfolgte die Grundsteinlegung am 17. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig und die Eröffnung genau ein Dutzend Jahre später.

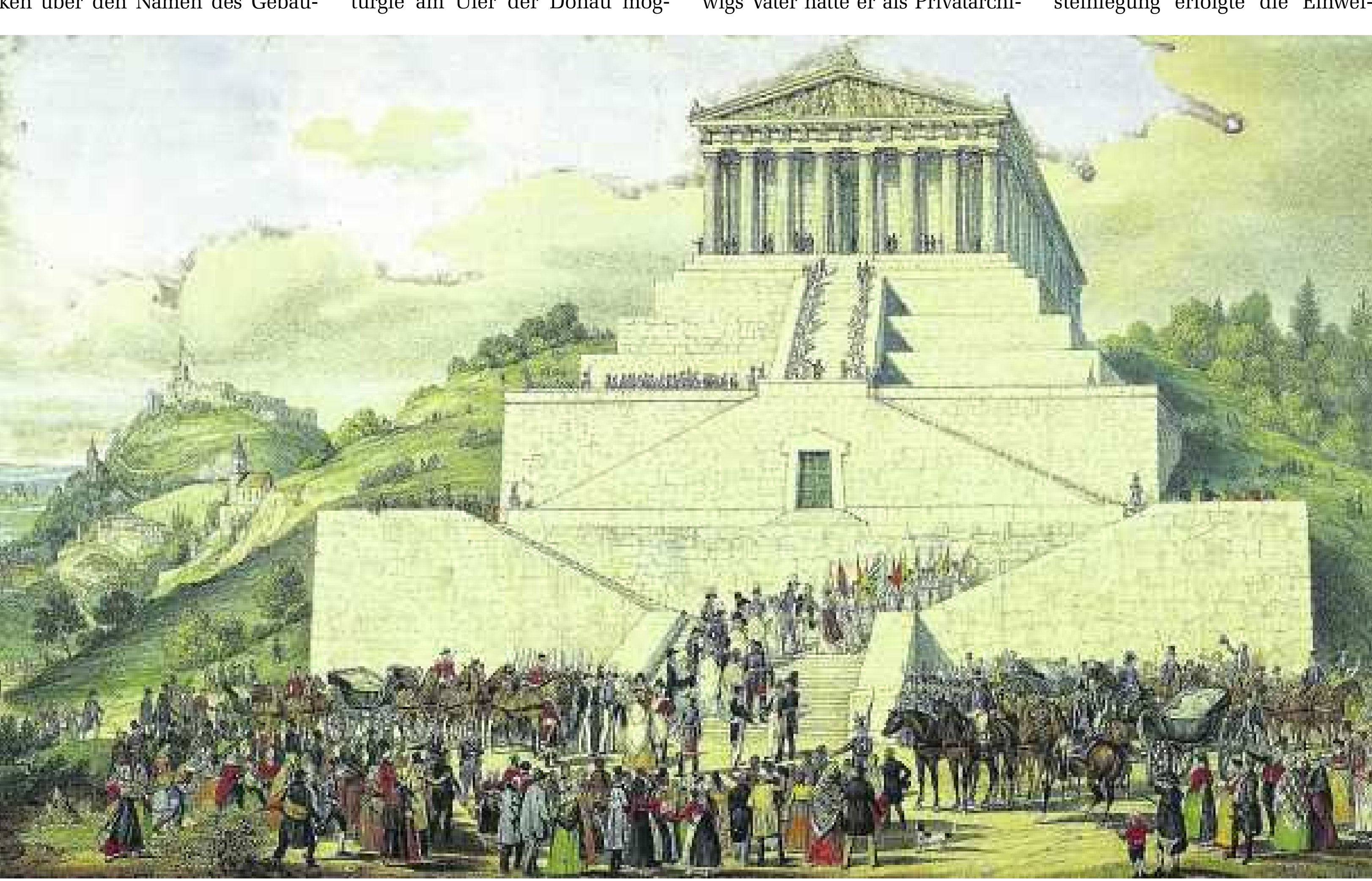
Von den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland ist es traditionell das bayerische, das am stärksten seine Eigenständigkeit betont. Nichtsdestoweniger haben die Bayern mit Ludwig I. einen der größten deutschen Patrioten hervorgebracht, die je auf einem deutschen Thron gesessen haben. Dieser Patriotismus ist umso beachtenswerter und achtenswerter, als der Staat, dessen Kronprinz und späterer König Ludwig war, von der Kollaboration mit dem französischen Fremdherrscher Napoleon profitierte. Der Staat wurde vom Kurfürstentum zum Königreich aufgewertet und sein Territorium erweitert. Nichtsdestotrotz empfand Ludwig „Teutschlands tiefste Schmach". Offiziell im Januar 1807 fasste er den Beschluss, die „rühmlich ausgezeichneten Teutschen" beziehungsweise deren Bildnisse und/oder Namen in einem Ehrentempel zu vereinen.

Noch war Ludwig nur Kronprinz und seine finanziellen Mittel waren entsprechend beschränkt. Mit der Erstellung einer Liste, welche Personen „teutscher Zunge" in einem solchen Ehrentempel des Vaterlandes vertreten sein müssten, konnte er jedoch bereits beginnen. Dabei ließ er sich von dem Historiker Johannes von Müller beraten.

Mit Müller kam er auch auf den Namen „Walhalla" für die Heimstätte der deutschen toten Helden. Gemäß der nordischen Mythologie war Valhöll, Walhall, Valhall, Walhalla, Valhallaer die Wohnung der Gefallenen, der Ruheort der ehrenvoll Gefallenen, das Kriegerparadies. Doch nicht nur Männer konnten sogenannte Walhallagenossen werden. „Kein Stand nicht, auch das weibliche Geschlecht nicht, ist ausgeschlossen. Gleichheit besteht in der Walhalla; hebt doch der Tod jeden irdischen Unterschied auf", meinte Ludwig hochmodern.

Der Kronprinz machte sich jedoch nicht nur mit Müller Gedanken über den Namen des Gebäudes und den Kreis der zu Ehrenden, sondern gab auch schon die Fertigung entsprechender Büsten in Auftrag. Große Deutsche, für deren Büsten es keine Vorlagen gab, deren Aussehen also unbekannt war, sollten durch Inschrifttafeln geehrt werden.

Als Standort des Tempels hatte Ludwig ursprünglich an den Englischen Garten in München gedacht. Erst später entschied er sich für einen Berg an der Donau. Die Wahl fiel auf den Bräuberg bei Donaustauf im Oberpfälzer Landkreis Regensburg. Dort war der Tempel zwar für das Volk nicht so gut erreichbar wie in der Residenzstadt, aber dafür war eine ungemein beeindruckende Dramaturgie am Ufer der Donau möglich, der man sich schwerlich entziehen kann.



„Die Eröffnung der Walhalla": Lithografie von Gustav Kraus aus dem Jahre 1842 Bild: CF

1825 bestieg Ludwig als Nachfolger seines in jenem Jahr verstorbenen Vaters den bayerischen Thron. Nun hatte er ganz andere materielle Möglichkeiten. 60 Büsten waren bereits in seiner Kronprinzenzeit entstanden. Jetzt konnte er sich auch an die Realisierung des Gebäudes machen. Am 17. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, dem 18. Oktober 1830, wurde der Grundstein gelegt. Mit dem Bau beauftragte Ludwig Leo von Klenze, den man als den bayerischen Karl Friedrich Schinkel ansprechen kann, gilt er doch neben dem Preußen als bedeutendster Architekt des Klassizismus. Schon Ludwigs Vater hatte er als Privatarchitekt gedient, und das Stadtbild der bayerischen Hauptstadt ist noch heute von seinen Bauten geprägt. Es war die Zeit des Philhellenismus, der Begeisterung für den Befreiungskampf der Griechen von der osmanischen Herrschaft. Einer der bekanntesten Philhellenen war Ludwig I. Nicht von ungefähr ersetzte er bereits in seinem ersten Regierungsjahr im Staatsnamen, der bis dahin „Baiern" lautete, das profane „i" durch das „griechische ypsilon", und wählten die Griechen seinen Sohn Otto zu ihrem ersten König. So bekam das germanisch-nordische Kriegerparadies ein griechisch-antikes Aussehen.

Zwölf Jahre nach der Grundsteinlegung erfolgte die Einweihung der Walhalla. Ludwig war es vergönnt, die Eröffnung seines mit Baukosten von vier Millionen Gulden teuersten Projektes nicht nur mitzuerleben, sondern selber vorzunehmen. Er eröffnete den Bau mit den auf einem Stein vor dem Gebäude nachzulesenden Worten: „Möchte Walhalla förderlich sein der Erstarkung und der Vermehrung deutschen Sinnes! Möchten alle Deutschen, welchen Stammes sie auch seien, immer fühlen, dass sie ein gemeinsames Vaterland haben, ein Vaterland auf das sie stolz sein können, und jeder trage bei, soviel er vermag, zu dessen Verherrlichung."

Bei der Eröffnung lagen bereits 96 Büsten und 64 Inschrifttafeln vor. Ludwig wollte jedoch kein statistisches historisches Denkmal, das nur die vor dem 18. Oktober 1842 gestorbenen großen Deutschen ehrt. Es war vielmehr die bis in die Gegenwart stattfindende Ergänzung durch nach der Eröffnung verstorbene große Deutsche vorgesehen. Umso wichtiger war die Frage, wem die Walhalla und damit auch das Ergänzungsrecht nach dem Tode des Bauherren zufallen soll. Auch hier war Ludwig wieder ganz deutscher Patriot. Nicht Bayern, sondern „Deutschland, seinem großen Vaterlande" vermachte er 1859 die Walhalla. Damals gab es noch den 1815 auf dem Wiener Kongress gegründeten Deutschen Bund. Nur noch sieben Jahre sollte er da noch vor sich haben, aber bereits vier Jahre vor seiner Auflösung wurde in einem Zusatz des Testamentes für diesen Falle vorgesorgt. Dann sollte der bayerische Staat Eigentümer werden – aber nur solange bis wieder ein Bund Deutschland vereinigt.

Nun gibt es bereits seit 1949 die Bundesrepublik Deutschland, die seit 1990 neben West- auch Mitteldeutschland umfasst, aber die Walhalla ist heute nicht in ihrem Besitz, sondern in dem des Freistaates Bayern. Seit 1962 macht das Bundesland auch von dem mit dem Eigentum verbundenen Recht der Ergänzung Gebrauch. Die Auswahl nimmt der bayerische Ministerrat auf Empfehlung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften vor. Im Abstand von etwa einem halben Jahrzehnt werden neue Büsten aufgenommen von verdienten Deutschen beziehungsweise Menschen, die als solche gelten. *Manuel Ruoff*

»Glamorous Glennis« durchbricht die Schallmauer

Vor 70 Jahren flog das US-amerikanische Experimental- und Raketenflugzeug Bell X-1 erstmals schneller als Mach 1

Im Oktober 1947 gelang dem US-amerikanischen Testpiloten Charles „Chuck" Yeager am Steuer eines Raketenflugzeugs vom Typ Bell X-1 der erste Überschallflug der Luftfahrtgeschichte. Die Bell X-1 war schon während des Zweiten Weltkrieges speziell für Versuchsflüge bei hohen Geschwindigkeiten und zum Durchbrechen der Schallmauer entwikkelt worden.

Der Erstflug hatte bereits am 25. Januar 1946 stattgefunden, allerdings im reinen Gleitflug ohne Antrieb. Darauf folgten weitere Testflüge mit Raketenantrieb. Die X-1 startete normalerweise nicht von einer Piste, sondern wurde von einem umgerüsteten Bomber des Typs Boeing B-29 „Superfortress" in die Höhe getragen und dort ausgeklinkt.

Am 14. Oktober 1949 startete eine B-29 mit der untergehängten Bell X-1 an Bord vom Muroc Dry Lake, einem ausgetrockneten Salzsee in der Wüste des US-Bundesstaates Utah. Die B-29 trug das kleine Raketenflugzeug in große Höhe, wo der historische Flug stattfinden sollte. Dort oben liegt die Schallgeschwindigkeit wegen des geringen Luftdrucks niedriger als in Bodennähe. Während des Krieges hatte die US-Luftwaffe auf beziehungsweise an dem Muroc Dry Lake einen Testflugplatz gebaut. Der Flugplatz besteht als Edwards Air Force Base bis heute und beherbergt das Versuchs- und Erprobungszentrum der US-Streitkräfte. Auch die NASA nutzt das weitläufige Areal für ihre Versuchsflüge.

Im Cockpit der Bell X-1 saß Captain Charles „Chuck" Yeager, ein kriegserfahrener Jagdflieger, dessen fliegerisches Können ihm den Weg in die Erprobungsfliegerei geebnet hatte. Seinem Flugzeug hatte er den Namen „Glamorous Glennis" nach seiner Frau Glennis gegeben. Yeager war eigentlich nicht flugtauglich, denn er hatte sich zwei Tage vor seinem Flug bei einem Reitunfall zwei Rippen gebrochen. Aber weil er für diesen historischen Flugversuch schon eingeteilt gewesen war, hatte er sich vor dem Besuch beim Fliegerarzt gedrückt.

Beim Einsteigen an Bord der B-29 hatte er Schwierigkeiten. Er konnte zwar in die im Bombenschacht aufgehängte X-1 klettern, aber die Verletzung verhinderte, dass er die seitliche Cockpitluke schließen konnte. Einer der Mechaniker hatte ihm deswegen einen nach Maß abgesägten Besenstiel mitgegeben, mit dessen Hilfe Yeager die Luke hinter sich zuziehen konnte.

Der Flug der B-29 verlief unspektakulär und ohne besondere Vorkommnisse. Als Yeager sicher in seinem engen Cockpit saß, klinkte ihn die B-29 aus. Yeager ließ die X-1 kurz durchsacken, dann zündete er das Raketentriebwerk und beschleunigte. Als die Maschine in den hohen Unterschallbereich vorstieß, setzten die für diese Flugphase typischen Vibrationen ein. Sie entstehen, weil das Flugzeug um sich herum die Luft extrem verdichtet und so Stoßwellen verursacht. Die Steuerung blockierte, und Yeager konnte das Raketenflugzeug nur durch das Höhenruder stabil halten. Als die X-1 Mach 1 erreichte und schneller wurde, hörten diese Vibrationen wieder auf und die Ruder kamen frei.



Bild: Glenn Research Center/CF

In Begleitung einer North American F-86A „Sabre" (l.o.): Eine Bell X-1

Yeager flog an diesem Tag 1125 Kilometer in der Stunde schnell, was Mach 1,06 entspricht. Er erreichte eine Höhe von 13 100 Metern. Wegen der Temperatur- und Luftdruckbedingungen liegt Mach 1 in dieser Höhe bei 1060 Kilometern pro Stunde, nicht bei 1200 wie in geringeren Höhen. Yeager hielt seine Geschwindigkeit für 20 Sekunden, dann nahm er die Triebwerksleistung zurück und landete wenig später. „Als würde man in Pudding stechen", sagte er später über sein Fluggerlebnis. Die Ergebnisse des historischen Fluges wurden bis Juni 1948 geheim gehalten.

„Glamorous Glennis" war eine von insgesamt sechs gebauten Bell X-1. Die Raketenflugzeuge wurden bis Mitte der 1950er Jahre bei verschiedenen Testkampagnen der US-amerikanischen Luftwaffe und der NACA (National Advisory Committee for Aeronautics), der Vorgängerorganisation der heutigen NASA, eingesetzt. Entgegen der Regel, dass die X-1 von einem Trägerflugzeug aus startete, weil der Treibstoff an Bord des Raketenflugzeugs für nur knapp zweieinhalb Minuten reichte, startete am 7. Januar 1949 eine X-1 ausnahmsweise ganz normal von einer Piste. Sie hob nach 700 Metern ab und stieg innerhalb von 100 Sekunden auf 7015 Meter Höhe. Am 12. Dezember 1953 erreichte eine modifizierte Bell X-1A dann Mach 2,435, also mehr als die doppelte Schallgeschwindigkeit.

Die ersten Vorarbeiten für die spätere Bell X-1 hatten bereits Mitte 1944 begonnen. Bell und McDonnell Aircraft reichten Entwürfe ein. Den Auftrag zum Bau des Raketenflugzeuges erhielt Bell im März 1945, nachdem das Unternehmen bereits vorher mit der Bell P-59 „Airacomet" den ersten US-amerikanischen Düsenjäger gebaut hatte. Die X-1 hatte insgesamt vier Raketentriebwerke, gerade, aber extrem dünne Flügel und Leitwerksflächen. Die Rumpfform entsprach einem MG-Geschoss vom Kaliber 12,7 Millimeter, von dem die Aerodynamiker wussten, dass es bei hohen Geschwindigkeiten stabil geradeaus flog. Von den gebauten Maschinen ging eine bei einem Flugunfall verloren. Die anderen stehen in US-amerikanischen Museen. So ist die „Glamorous Glennis" im National Air and Space Museum in der US-Hauptstadt Washington zu sehen. *Friedrich List*

Feuer und Flamme für die Freiheit

200 Jahre Wartburgfest: Selbst Minister Wolfgang von Goethe begeisterte sich für die Ziele der Burschenschaft

Sie hatten vorgegeben, ein Fest zum 300. Jahrestag des Thesenanschlages von Martin Luther und zum vierten Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig feiern zu wollen. 500 Studenten kamen am 18. Oktober 1817 auf der Wartburg zusammen. Die Feier war ein Vorwand, es ging vor 200 Jahren um viel mehr, um nationale Einheit und Freiheitsrechte.

Es ging um all die Themen, die 1815 zur Gründung der Burschenschaft geführt hatten: ein vereintes, demokratisches Deutschland, Gleichstellung aller vor dem Gesetz, Abschaffung der Geburtsvorrechte und der Leibeigenschaft, Rede- und Pressefreiheit. Alles Forderungen, die der Obrigkeit zuwider waren. Eine derartige Demonstration hätten sie niemals zugelassen. Da war das Gedenken an den Thesenanschlag ein geschickter Vorwand.

Statt Büchern ging Altpapier in Flammen auf

Anfangs gab es auch nichts, was die Fürsten hätte beunruhigen können. Die Studenten, und mit ihnen etliche Professoren, feierten, tranken, sangen und hörten patriotische Reden. Der Student Ludwig Roediger heizte die Situation an: „Wer bluten darf für das Vaterland, der darf auch davon reden, wie er ihm am besten diene im Frieden ... Denn die Zeit ist gottlob gekommen, wo sich der Deutsche nicht mehr fürchten soll vor den Schlangenzungen der Lauscher und dem Henkerbeil der Tyrannen ...“

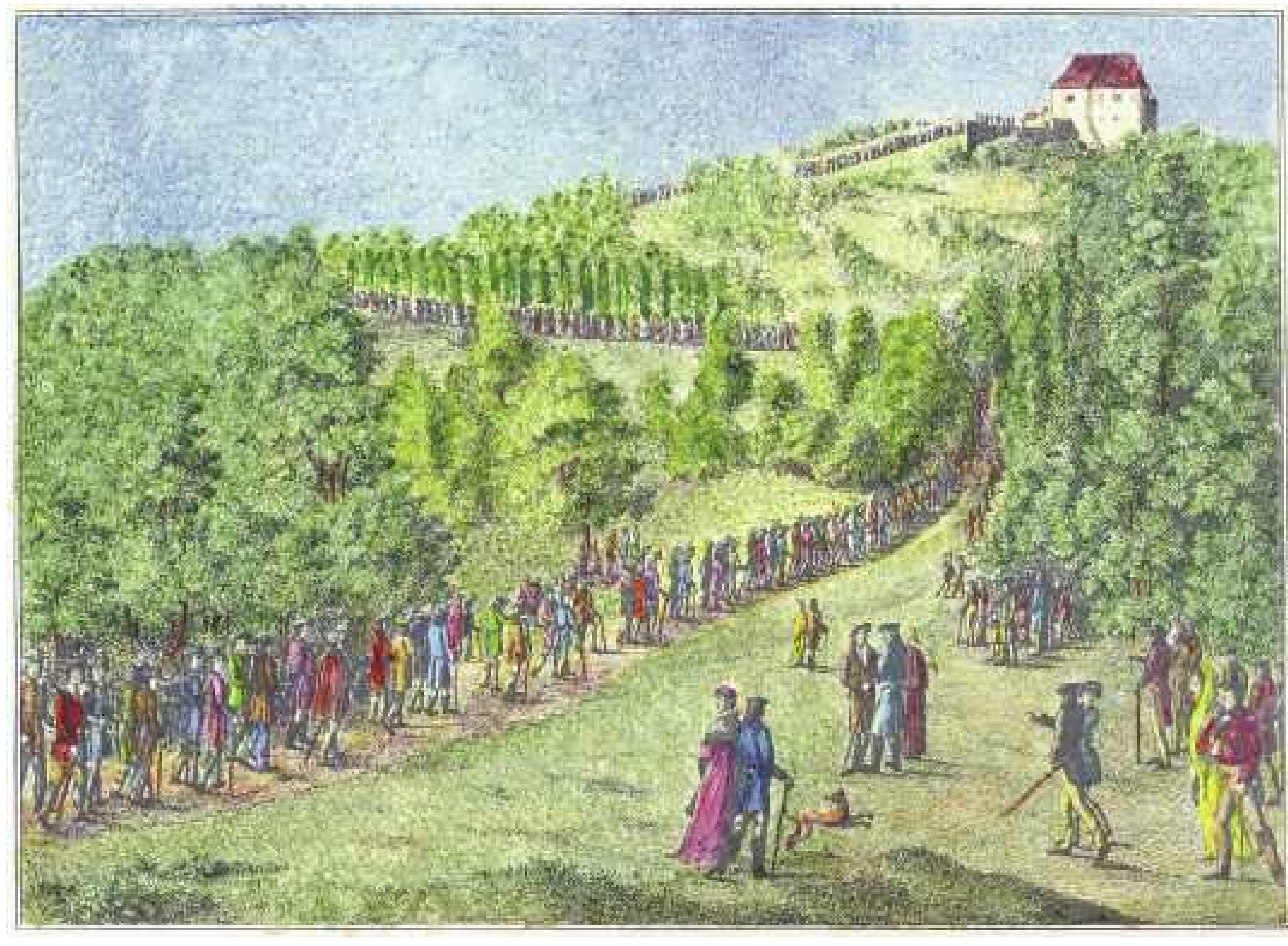
Ludwig Roediger wurde zum vielfach zitierten Mann, seine Ansprache wurde gedruckt unter dem Titel „Ein deutsches Wort an Deutschland's Burschen gesprochen vor dem Feuer auf dem Wartenberg bei Eisenach“. Roediger brachte das ein Stipendium ein.

Abschließend sang man den Choral „Nun danket alle Gott“, die preußische Hymne seit der Schlacht von Leuthen.

Wahrscheinlich wäre das Wartburgfest inzwischen kaum mehr als eine historische Fußnote, hätte es mit dem Choral geendet. Es war empfindlich kühl an diesem Abend, nach dem Choral sollte endgültig Schluss sein. Viele Studenten verließen das Fest. Die Feier war eigentlich schon beendet, als die Studenten nach dem Festessen unter Fackeln zum Wartenberg zogen.

Der Weimarer Großherzog Carl August hatte den Studenten Holz für ein Siegesfeuer zum Gedenken an die Völkerschlacht spendiert. An diesem Feuer geriet die Sache außer Kontrolle. Der Eisenacher Landsturm hatte einige Feuer zwischen Buden, Verkaufsständen und Lauben entzündet. Es war ein allgemeines Gedränge mit Spiel, Tanz, Feuerwerk und Gesang. Die Studenten mischten sich unter die Leute. Sie machten das fröhlich-harmlose Fest zu ihrer Sache.

Mitglieder der Bewegung des Turnvaters Jahn schleppten einen Korb voller Fehldrucke ans Feuer. Ein Buchhändler hatte das Altpapier zur Verfügung gestellt. Die Studenten hatten die Makulaturpakete mit ihnen missliebigen Buchtiteln beschriftet. Wie Luther 1520 die Päpstliche Bulle „Exsurge Domine“ und Schriften des kanonischen Rechts verbrannte, so wollten sie die schändlichen Schriften ins Feuer werfen. Es war ein symbolischer Akt, was da in Flammen aufging, war Altpapier. Die Studenten verbrannten vorgeblich Schriften von Autoren, die sie als antinational empfanden. Das war ebenso sinnbildlich wie das Verbrennen von Zeichen der Unterdrückung. Dazu gehörte der Schnürleib eines preußischen Ulanen, der unter allgemeiner Empörung in die Flammen geworfen wurde: „Es hat der Held und Kraft-Ulan sich einen Schnürleib umgetan, damit das Herz dem braven Mann nicht in die Hose fallen kann.“ Auch ein hessischer Soldatenzopf und ein österreichischer Korporalstock gingen in Flammen auf. Mit einer Heugabel warfen die Studenten die Papierballen ins Feuer, rufend: „So wollen auch wir durch die Flamme verzehren lassen das Angedenken derer, so das Vaterland geschändet haben, durch ihre Rede und That, und die Freiheit geknechtet und die Wahrheit und Tugend verleugnet haben ...“



„Die Burschenfahrt auf die Wartburg am 18ten Octobr. 1817“: neukolorierte zeitgenössische Radierung Bild: akg images

Zu den nach Ankündigung angeblich verbrannten Schriften gehörte auch das Buch „Geschichte des deutschen Reiches“ von August von Kotzebue, jenem später, im März 1819, von einem Burschenschaftler erstochenen russischen Generalkonsul und Schriftsteller, dem Verrat an Deutschland vorgeworfen wurde.

Die Reaktion auf die wilden Reden war erstaunlich. Deutlichen Beifall spendete Staatsminister Johann Wolfgang von Goethe. Er habe, sagte Goethe später, bei einer Begegnung mit Roediger sich zügeln müssen, „dem lieben Jungen nicht um den Hals zu fallen“. Auch mit der symbolischen Verbrennung der Bücher hatte Goethe offenbar kein Problem. Auf die Verbrennung der Schrift seines Konkurrenten Kotzebue reagierte er mit einem gar nicht politisch korrekten Spottgedicht: „Daß du dein eignes Volk gescholten. / Die Jugend hat es dir vergolten: / Aller End' her kamen sie zusammen, / Dich haufenweise zu verdammen; / St. Peter freut sich deiner Flammen.“

Das war gehässig und stand dem Dichterfürsten nicht gut an. Wohl unter politischem Druck schrieb er später von dem „garstigem Wartburger Feuersgestank, den ganz Deutschland übel empfindet“. Dennoch stand er mit seiner wohlwollenden Beurteilung nicht allein. Der Staatsminister von Sachsen-Eisenach nannte die Verbrennung unliebsamer Schriften einen „Seitensprung“, sein Kollege Christian Gottlob von Voigt bescheinigte, es sei „alles ernstlich zugegangen, vielleicht die Späße bei dem Feuer auf dem Berge ausgenommen“, letztere seien ein Ausrutscher durch „Studentenlustigkeit“.

Der Student Hans Ferdinand Maßmann, der sich bei der Verbrennung der Bücher besonders hervorgetan hatte, wurde zu einer Karzerhaft von acht Tagen verurteilt. Er verteidigte sich: „Wir wollten verbrennen ... die Grundsätze und Irrlehren der Zwingherrschaft, Knechtschaft, Unfreiheit, Unmännlichkeit und Unjugendlichkeit, der Geheimniskrämerei und Blindschleicherei, des Kastengeistes und der Drillerei, die Machwerke des Schergen-, Hof-, Zopf-, Schnür- und Perückenteufels ...“

2017, im sogenannten Lutherjahr, ist man auf der Wartburg ganz weit weg von diesen Ereignissen einer erwachenden Nation. Im Veranstaltungsprogramm der Wartburg finden sich zeitnah zur 500-Jahrfeier Luthers Veranstaltungen wie „Lutherisches Jubelgeschrey“ oder das Duo Camillo mit „Luther bei die Fische“. *Klaus J. Groth*

Tragischer Tod eines grünen Politikerpaares

Vor 25 Jahren wurden die Leichen von Petra Kelly und Gert Bastian in ihrem gemeinsamen Reihenhaus entdeckt

Vor 25 Jahren vermeldeten die Medien nur wenige Tage nach dem Ableben des vormaligen Bundeskanzlers und SPD-Vorsitzenden Willy Brandt (siehe Nr. 39) den Tod zweier weiterer bekannter Politiker der Bundesrepublik. Diesmal handelte es sich um die Grünen Petra Kelly und Gert Bastian. Mit ihnen verlor die Ökopartei ein charismatisches Duo, in dessen Fußstapfen bis heute niemand zu treten vermochte.

Die beiden Bewohner des schlichten Reihenhauses in der Swinemünder Straße Nr. 6 im kleinbürgerlichen Bonner Stadtteil Tannenbusch trafen am späten Abend des 30. September 1992 aus Berlin kommend wieder in ihrem Zuhause ein. Danach wurden sie nicht mehr gesichtet – ebenso blieben Telefonanrufe erfolglos. Deshalb alarmierte eine besorgte Verwandte schließlich die Nachbarin Rosemarie Lötters, die sich am 19. Oktober gegen 22 Uhr in Begleitung ihrer Söhne vermittels Zweitschlüssel Zugang zu dem Haus verschaffte. Hierbei stießen die Drei auf die Leichen von Generalmajor a. D. Gert Bastian, einem entschiedenen Gegner des NATO-Doppelbeschlusses zur Stationierung von nuklearen Mittelstreckenraketen in Westeuropa, und seiner Lebensgefährtin Petra Kelly, der überaus prominenten Mitbegründerin der Partei Die Grünen.

Der friedensbewegte Panzersoldat und die fast 25 Jahre jüngere Galionsfigur der Umwelt- und Friedensbewegung bildeten seit 1980 ein Paar, dessen Beziehung nun mit dem erweiterten Suizid Bastians ihr Ende gefunden hatte. Das jedenfalls erklärte Hartmut Otto, der Leiter der Bonner Mordkommission, zwei Tage nach dem Auffinden der Toten. Im Einzelnen ergab die Rekonstruktion der Ereignisse folgenden hypothetischen Ablauf: Aller Wahrscheinlichkeit nach am späten Vormittag des 1. Oktober 1992 begann Bastian mit der täglichen Korrespondenz, brach diese aber plötzlich mitten im Wort ab und ging ins Schlafzimmer. Was der Ex-General dann getan haben soll, schilderte die Staatsanwaltschaft so: „Mit seiner Pistole Derringer, die er seit 1963 besaß, tötete er die im Bett liegende Petra Kelly mit einem aufgesetzten Schuss in die Schläfe. Anschließend nahm er sich selbst mit einem am Scheitel aufgesetzten Kopfschuss das Leben.“

Irgendwelche Indizien für die Beteiligung weiterer Personen sah Oberstaatsanwalt Peter Iwand nicht. Deshalb beharren die Ermittlungsbehörden bis heute auf ihrer Version von der Verantwortlichkeit Bastians. Das ist auch durchaus plausibel, wenn man die Verhältnisse vor Ort und die Obduktionsberichte berücksichtigt. Trotzdem aber kursierten schon vor der Bestattung der beiden Grünen-Politiker zahllose Gerüchte, die in den Jahren danach nicht wieder verstummten. So hieß es unter anderem, der sowjetische Geheimdienst KGB oder chinesische Auftragskiller hätten das Paar exekutiert – letzteres wegen dessen Einsatzes für Tibet. Andere „Experten“ wiederum klagten die „Atommafia“ oder „Neonazis“ des Doppelmordes an, ohne dafür jedoch irgendwelche Belege vorweisen zu können. Dahingegen gibt es zahlreiche Hinweise darauf, dass Bastian sowohl die Beziehung der beiden als auch ihre politische Karriere als gescheitert ansah, was eine Kurzschlussreaktion nahelegt. Zumal der Gesundheitszustand des 69-Jährigen sehr zu wünschen übrig ließ. Immerhin konnte er sich seit einem Unfall im März 1992 nur noch an Krücken fortbewegen und litt außerdem unter potenziell tödlichen Verengungen der Herzkranzgefäße (Angina pectoris).



Ein halbes Jahrzehnt vor ihrem Tod: Kelly und Bastian Bild: Imago

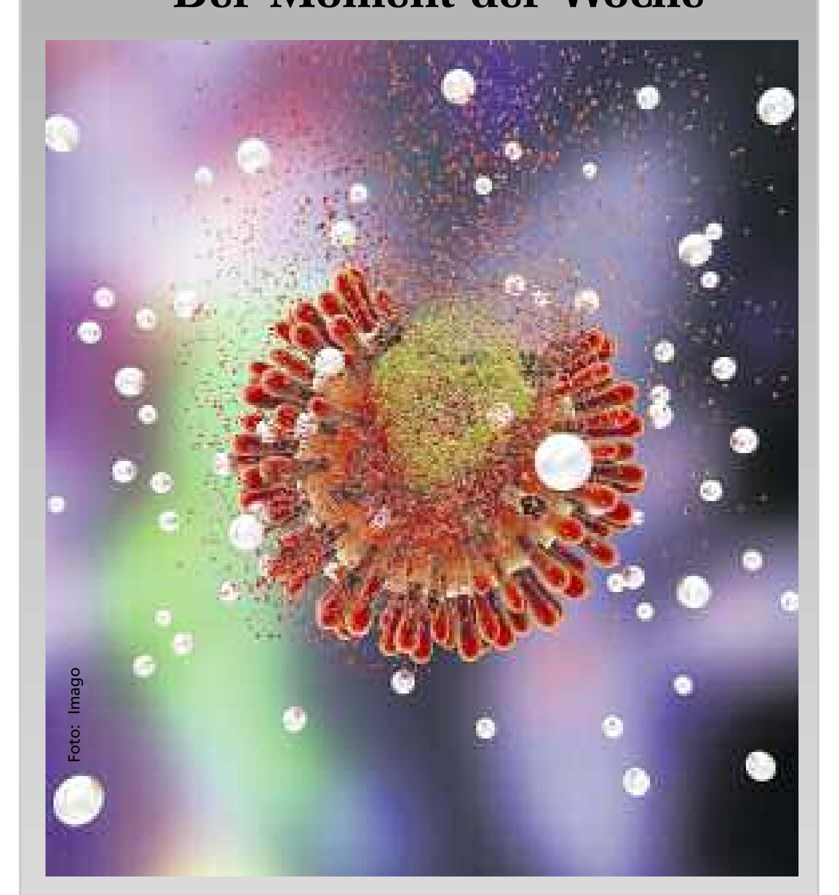
Vor diesem Hintergrund war es für Bastian sicher besonders schwer zu ertragen, wie sehr die Grünen ihn und Kelly ins Abseits gedrängt hatten. Letzteres resultierte nicht nur aus den fortwährenden Flügelkämpfen innerhalb der jungen Partei, die 1990 eine krachende Wahlniederlage erlitt und aus dem Bundestag flog. Vielmehr provozierte das Paar auch durch seine Starallüren wie Forderungen nach Ausnahmen vom Rotationsprinzip bei der Bekleidung politischer Ämter, die in starkem Kontrast zu Kellys sonst so rigorosem Moralismus standen. Infolgedessen verweigerte die Partei ihrer Mitbegründerin 1991 die Gefolgschaft, als diese erneut für das Amt der Bundesvorstandssprecherin kandidierte.

Wenig rosig sah darüber hinaus die finanzielle Situation der beiden aus, deren politisches Wirken viel Geld verschlang, während die Einnahmen zuletzt nur noch tröpfelten. Dazu kamen die Vorwürfe, Bastian habe für die DDR-Staatssicherheit gearbeitet, die bis heute ungeklärt im Raum stehen. Die Oberstleutnante des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) Manfred Müller und Manfred Lasczk von der Hauptverwaltung Aufklärung haben zu Protokoll gegeben, dass Bastian genau wie die Organisation „Generäle für den Frieden“, zu deren Gründungsmitgliedern er zählte, von der Stasi gesteuert, mit Reden versorgt und finanziert worden sei. Aufgrund der MfS-Aktenvernichtung ist eine zweifelsfreie Verifizierung anhand eindeutiger dokumentarischer Belege nicht möglich.

Andererseits dürfte das größte Problem Bastians aber wohl Petra Kelly gewesen sein. Die suchte seit ihrem siebenten Lebensjahr und der elterlichen Trennung nach einer starken, fürsorglichen Vaterfigur. Deshalb band sie sich privat immer wieder an deutlich ältere Männer: Sicco Mansholt, Präsident der Europäischen Kommission und 39 Jahre älter, John Carroll, irischer Gewerkschaftsführer und 20 Jahre älter, sowie dann eben Bastian. Diese quasi kindliche Abhängigkeit ging ab 1983 mit Panikattacken, Phobien und Verfolgungs- beziehungsweise Verlassensängsten einher, die Kelly im Alltag enorm einschränkten und Bastian physisch wie psychisch auslaugten. Deshalb könnte sein Sohn Till durchaus richtig liegen, wenn er meint, der gesundheitlich schwer angeschlagene Ex-Soldat habe – vielleicht angesichts plötzlich auftretender Herzinfarkt-Vorzeichen während der Schreibtischarbeit am 1. Oktober 1992 – Kelly in einem spontanen Akt von „gewalttätiger Fürsorge“ getötet, weil sie nach Bastians Ableben völlig hilflos gewesen wäre.

Auf jeden Fall warfen die Begleitumstände des Sterbens der beiden Spitzen-Grünen ein bezeichnendes Licht auf die Partei, die doch erklärtermaßen angetreten war, „Politik menschlicher zu gestalten“. Zumindest gegenüber den eigenen Leuten galt dieses hehre Prinzip offenkundig nicht. Der Wunsch, die Partei von dem Vorwurf zu entlasten, Bastian in Verzweiflung und Selbstmord getrieben zu haben, die Erkenntnis, wie sehr der einsame, tragische Tod von Kelly und Bastian dem Image ihrer „realpolitisch“ agierenden Weggefährten schadete, erklärt auch den Hang zu wilden Verschwörungstheorien, wie sie unter anderem vom früheren Geschäftsführer der Bundestagsfraktion der Grünen, Lukas Beckmann, geäußert wurden. *Wolfgang Kaufmann*

Der Moment der Woche


Foto: Imago

Ein Bild voller Schönheit – zumindest für jene Menschen, die den AIDS-Erreger in sich tragen. Die Computeranimation zeigt die Zerstörung eines HI-Virus. Mit einem Medikamenten-Cocktail, der sogenannten Antiretroviralen Kombinationstherapie, wird die Krankheit bekämpft. Wer die Medikamente regelmäßig nimmt, hat beinahe eine genauso hohe Lebenserwartung wie gesunde Menschen. Heilbar ist die HIV-Infektion dennoch nicht. Wird die Therapie unterbrochen, kehrt das Virus zurück und führt fast immer zur tödlichen Immunschwächekrankheit AIDS.

In Deutschland diagnostizierten Ärzte im vergangenen Jahr 3699 Neuansteckungen mit HIV, gab die Deutsche AIDS-Hilfe gerade bekannt. Das sind acht Prozent weniger Fälle als 2015. *FH*

Polithasen aus der Grauzone

Gestern Wale retten, heute die AfD harpunieren: die dubiosen Aktionen der Avaaz-Aktivisten

Der Text war naiv, klingelte mit jedem Modewort aus dem Wörterbuch des Weltverbesserers und hätte im Tagebuch eines 14-jährigen Mädchens stehen können. Dort stand er aber nicht. Er stand im Internet und lautete: „Sehr geehrte AfD, wir sind die 87 Prozent, die euch nicht gewählt haben. ... Wir sind Menschen jedes Geschlechts, jedes Alters, jeder Herkunft, jeder Religion, jeder Hautfarbe, jeder sexuellen Orientierung, jeder politischen Richtung. Wir sind die, die unser Land zu dem machen, was es ist. Und wir stehen auf gegen euren Rassismus. Wir stehen für ein weltoffenes, soziales, liberales, vielfältiges Deutschland, in dem kein Platz ist für Fremdenfeindlichkeit. Wo ihr Mauern ziehen wollt, bauen wir Brücken. Wo ihr Hass verbreiten wollt, reagieren wir mit Zusammenhalt. Das hier ist unser aller Land, und ihr, holt es euch nicht zurück.“

Das kann man auf einer Internetseite unterschreiben, denn es handelt sich um eine Petition, die sich zum Ziel gesetzt hat, 500 000 Stimmen zu bekommen (Stand am 4. Oktober: 490 612). Hinter der Kampagne, deren populistische Sprüche wohl eher Brücken zerstören, statt sie zu bauen, steckt „Avaaz“, was auf Hindi und Urdu „Stimme“ bedeutet. Dieses Aktivistennetzwerk, das die ganze Welt umspannt, gründete 2007 der Unternehmer Ricken Patel (Vater Inder, Mutter Engländerin) in den USA. Patel hatte auch schon mit den – vorwiegend links ausgerichteten Mitmach-Plattformen „Move on“ und „res.publica“ – gezeigt, wie man Leute im Internet mobilisiert. Die Finanzierung von Avaaz ist undurchsichtig, 2008 nannte der damalige kanadische Außenminister John Baird das Ganze eine „ausländische Schattenorganisation“ mit Verbindungen zu dem Milliardär George Soros, der dafür bekannt ist, alles zu finanzieren, was die aktuellen Staatsordnungen des Westens untergräbt.

> »Eine ausländische Schattenorganisation«

Die Gestaltung der Seiten von Avaaz ist so professionell, dass man auf den ersten Blick beeindruckt erstarrt. Auf den zweiten Blick beginnt das Kopfschütteln. Wale retten, Meere retten, Klima retten, Weltfrieden – es sind die klassischen Teenager-Themen der Generation Greenpeace, die Avaaz zu ihren Kampagnen macht. Dazu noch „Flüchtlinge aufnehmen“ und etwas „Freiheit für Palästina“. Schon ist man mitten im sich träge dahinwälzenden Fahrwasser des ewigen ich-wünsche-mir-nur-Gutes-und-will-die-Welt-verbessern-Urstromtals. Orchestriert wird das Ganze von erfahrenen Polithasen aus der Grauzone erprobter linker Lobbygruppen. Avaaz ist die Fortsetzung von Greenpeace, Robin Wood und Sea Shepard im Internet.

Um eine Unterschriften-Kampagne zu starten, kann jedermann in jedem Land der Welt bei Avaaz Vorschläge einreichen. Je mehr Unterschriften sich das Team erhofft, desto wahrscheinlicher ist es, dass eine Petition in Gang kommt. So mischte sich Avaaz in die amerikanische Präsidentenwahl 2016 ein, indem sie mit dem Slogan „Donald Trump besiegen“ Stimmung machte.

Dazu hat Avaaz in jedem Land Kampagnenleiter, in der Regel junge, linksgerichtete und technikaffine Leute, die bereits Erfahrung als „Aktivisten“ haben. In Deutschland ist das Christoph Schott (Selbstbezeichnung „Avaaz Global Campaigner“). Er dachte sich auch den Brief an die AfD aus. Schott, der an der Stuttgarter „Hochschule der Medien“ lernte, wie man das Internet für Kampagnen nutzt und sich als Dauerpraktikant bei diversen Unternehmen von der Schweiz bis nach Australien hangelte, kann die AfD nicht leiden. Ebenfalls via Avaaz mobilisierte er vor dem AfD-Parteitag in Köln im April Gegendemonstranten – er mittendrin–, die kindisches Theater aufführten: Eingehüllt in Klamotten, die Wehrmachtsuniformen darstellen sollten, darüber ein abgegrabbelter weißer Woll-Overall, mimten sie die „Wölfe im Schafspelz“, die sie in der AfD wittern. Vor die Gesichter hielten sie sich dabei die Bilder der führenden Köpfe der AfD.

Die Idee zu dem aktuellen Brief an die AfD, so Schott, sei ihm am Sonntag nach Verkündung des Wahlergebnisses gekommen. „Die Parteien sollen sehen, dass die große Mehrheit der Deutschen sich weiterhin für ein vielfältiges Deutschland einsetzt.“

Nun ja. Ob das „die Parteien“ beeindruckt? Die bekamen nämlich schon mal eine Prise Avaaz, wieder orchestriert von Schott: Es nannte sich „Kampagne im Käfig – Merkel soll Schwule in Tschetschenien schützen“. Dazu hockten Ende April ein paar Leute zwei Tage lang in einem Käfig vor dem Kanzleramt. Damit Merkel beim Treffen mit Putin am 2. Mai in Sotschi auch ja für die Rechte der Homosexuellen in Tschetschenien eintritt.

Putin wird sich vor Lachen fast verschluckt haben. Und die AfD kann die Avaaz-Kampagne lächelnd aussitzen.

Ulrike Dobberthien

»Lieber Wolf, ... Dein Tölpel und Finsterling«

Im »Spiegel« beschimpft Wolf Biermann die Menschen der Ex-DDR als hasserfüllte Feiglinge. Angelika Barbe widerspricht

„Zum Kotzen“ findet es Wolf Biermann (80), dass so viele in den Neuen Bundesländern für die AfD gestimmt haben. Der prominente Liedermacher, Dichter und DDR-Regimekriker beleidigt in einem „Spiegel“-Interview Millionen Wähler als hassgetrieben, feige und zurückgeblieben. Derlei Anschuldigungen brauchen eine Erwiderung. Angelika Barbe (65) hat es in einem offenen Brief getan. Die DDR-Bürgerrechtlerin und ehemalige Bundestagsabgeordnete weiß wie wenige andere um die Befindlichkeiten, Sorgen und Einstellungen der Menschen in Dresden, Leipzig oder Frankfurt an der Oder. Die *PAZ* veröffentlicht den Brief in einer gekürzten Version.


Biermann im „Spiegel“: „Die Menschen, die jetzt geschrien haben, Merkel muss weg, hau ab – das sind die stummen Untertanen von damals. Sie waren zu feige, weil die lähmende Angst sie hatte.“ Bild: pa

Lieber Wolf, seit dem gemeinsamen Hungerstreik mit Bärbel Bohley und anderen Bürgerrechtlern in der Ostberliner Stasizentrale 1990 kennen wir uns persönlich. Vorher verehrte ich Dich bereits Deiner Lieder wegen, die ich abtippte und heimlich verteilte. Ich war damals die einzige aus der SPD, die sich dem Streik um die Öffnung der Stasiakten anschloss und dafür von Thierse diffamiert wurde. Du weißt, dass ich kein Feigling bin. Die Mehrheit der Ostdeutschen ist es auch nicht.

Schade, dass du keine Gelegenheit hattest, mit den vielen Bürgern zu sprechen, die ich in Dresden in den letzten Jahren kennenlernen durfte. Von über 500 Briefen, die wir in der Sächsischen Landeszentrale von Bürgern bekamen, klagten mehr als 90 Prozent darüber, dass sie weder von Bürgermeistern, Abgeordneten, Landräten noch anderen Vertretern des Establishments eine Antwort auf Petitionen, Briefe und Anfragen erhielten. Sie fühlten sich nicht akzeptiert, kamen sich verhöhnt vor und wurden dann noch als Rassisten beschimpft.

Merkel landet mit dem Hubschrauber in Heidenau, entschwebt nach einer Stunde und löst damit kein einziges Problem. Zahlreiche „Lückenmedien“ (Norbert Bolz) beschwichtigen uns, Hunderttausende, nicht registrierte illegale Migranten seien trotz zahlreicher islamischer Terror-, Messer- und Lkw-Angriffe ungefährlich. Die Regierung beschweigt den Kontrollverlust. Schließlich ist sie nicht betroffen. Aber „Merkelsperren“ werden aufgestellt, wenn die Herrschenden sich selbst gefährdet sehen – wie am 3. Oktober 2016 in Dresden. Dort lauerten sogar schwer bewaffnete Scharfschützen auf den Dächern. Die Opfer islamischer Terrorangriffe werden verschwiegen, getreu dem SED-Motto: Wo keine Opfer, da keine Täter!

Auch mein Großvater war Kommunist, kämpfte im Untergrund gegen die Nationalsozialisten. Er war einfacher Werkzeugmacher und trat später der neugegründeten SED bei. Das änderte sich nach dem 17. Juni 1953. Damals warf er seinen Genossen das Parteibuch vor die Füße. Er habe nicht gegen die Nazis Zivilcourage gezeigt und seine Familie in Gefahr gebracht, um jetzt seine Kameraden in Gefängnissen wiederzufinden. Rot lackierte Faschisten wollte er nicht unterstützen. Fortan galt er als Verräter. Ich habe Widerstand gegen die zweite deutsche – die kommunistische – Diktatur geleistet, bin dafür als „feindlich-negativ“ diffamiert, mit Bespitzelung und Berufsboykott bestraft worden. Ich musste kommunistische Sippenhaft und mit drei Kindern Armut in der DDR erleben. Ich möchte keine dritte Diktatur – erst recht keine islamische – ertragen müssen.

Von politischer Kultur hierzulande kann überhaupt keine Rede sein. Ich vermisse die offene Auseinandersetzung über strittige Themen, ich vermisse die Achtung des Andersdenkenden. Eine selbsternannte Kaste elitärer „Meinungsmacher“ verwendet Begriffe wie Toleranz, deren Bedeutung sie dann ins Gegenteil verkehrt. Wer den IS mit friedlichen Pegida-Demos vergleicht, muss Andersdenkende hassen.

Wie soll ein Bürger eigentlich seine Unzufriedenheit zum Ausdruck bringen? Auf die Straße zu gehen, sei nicht in Ordnung, wird von Lückenmedien und Kartellparteien (Begriff von Richard S. Katz und Peter Mair) behauptet. Jetzt gehen viele wählen, die früher die Wahlurne mieden. Nun werden sie für dumm erklärt, weil sie nicht die „Richtigen“ ankreuzten. Aber die ostdeutschen „Tölpel“ (Sergej Lochthofen) machten weder Altmeier noch etlichen Kirchenfürsten die Freude und verzichteten darauf, sondern „griffen lieber zur AfD“. Denn Nichtwähler stärken automatisch die stärkste Partei. Derart demokratiefeindliche Aufrufe wie Altmeiers „Lieber nicht zu wählen als die AFD“ zu verbreiten, zeugt von totalitärer Gesinnung.

Lieber Wolf, als Christin und Havel-Verehrerin „will ich in der Wahrheit leben“. Ich blende die Wirklichkeit nicht aus, nur weil das den Kartellparteien in den Kram passt. Ich bin CDU-Mitglied und halte mich an das CDU-Programm von 2002, das jetzt von der AfD vertreten wird. Wenn eine gehen muss, dann sicherlich nicht ich – sondern Merkel.

Nach 1990 habe ich Hunderte von Lebensläufen verfolgter SED-Opfer mit Trauer und Wut angehört, versucht, ihnen im Bürgerbüro und im Verein zu helfen, Zeitzeugengespräche zu organisieren, Rehabilitierungen zu erwirken, bin dafür von den SED-Rechtsnachfolgern übel verleumdet worden. Denn wo keine Opfer sind, kann es auch keine Täter geben – mit dieser Devise hoffen sie, die Verbrechen zu vertuschen und unbedarfte Zeitgenossen zu täuschen. Bis heute weigern sich die SED-Rechtsnachfolger, die Opfer aus ihrem unrechtmäßig erworbenen Vermögen zu entschädigen. Gemeinsam mit Siegmar Faust und anderen Mitkämpfern stritten wir für eine Opferrente – zur Würdigung des widerständigen Verhaltens der mehr als 250 000 unschuldig inhaftierten SED-Häftlinge. Herausgekommen ist eine kümmerliche Summe von 300 Euro, die vor Renteneintritt nur bei Bedürftigkeit gezahlt wird.

> »Du weißt, dass ich kein Feigling bin«

Ich verstehe die Trauer, die Wut, die Hoffnungslosigkeit, die Ohnmacht vieler meiner ostdeutschen Mitbürger angesichts ihrer politischen, rechtlichen und sozialen Entmündigung und ich verstehe ihre Wahlentscheidung, die auch meine war. Wenn in einem Staat das Recht auf zweierlei Weise ausgeübt wird, zerfällt die Gesellschaft. Denn Recht muss für alle gleich sein, sonst ist es Unrecht.

Wer den Rechtsstaat schätzen gelernt hat, wie der im Unrechtsstaat eingesperrte DDR-Bürger, will ihn verteidigen und nicht wieder hergeben – schon gar nicht zugunsten einer Unterwerfungsideologie wie dem Islam. Bei jeder Pegida-Demo wird in Dresden ein Transparent hochgehalten: „Weil wir die Knechtschaft kennen, ist uns die Freiheit heilig!“

In der DDR hieß es: Wer nicht für uns ist, ist gegen den Weltfrieden. Heute heißt es: Wer AfD wählt, ist ein Nazi. Eine schlimmere Diffamierung gibt es nicht. Wer das aushält, hat Mut zum Widerspruch. Nein, wir sind keine Feiglinge. Wer es wagt, sich Pegida anzuschließen, muss damit rechnen, von gewaltbereiten Linksextremisten körperlich angegriffen, wer sich zur AfD bekennt, muss damit rechnen, persönlich und beruflich drangsaliert zu werden. Ist Dir bekannt, dass Altbundespräsident Gauck folgende Überzeugung zum Besten gab? „Die Eliten sind gar nicht das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.“ Gibt es einen besseren Beweis für die Arroganz der Macht und den Mut der Bürger, dieser Arroganz zu trotzen?

Mit herzlichen Grüßen und der Hoffnung, dass Du meine Argumente ernst nimmst.

Angelika Barbe,
Dein abgehängter, islamophober, der „enthemmten Mitte“ entstammender, AfD-wählender, „veränderungsmüder“ Tölpel und Finsterling aus Dunkeldeutschland (auch als Gabriels „Pack“ bekannt)

Zur Person: Angelika Barbe

Die DDR-Oberen ließen sie die ganze Härte ihres Unrechtsstaates spüren: Als Oppositionelle erlebte sie Bespitzelung, Sippenhaft und Armut. Einschüchtern ließ sich die 1951 in Brandenburg geborene Angelika Barbe nicht. Kurz vor Ende des Regimes war sie Mitbegründerin der Sozialdemokratischen Partei der DDR. Nach der „Wende“ saß sie vier Jahre für die SPD im Bundestag. Seit 1996 ist sie CDU-Mitglied. Bevor sie im Mai in den Ruhestand ging, arbeitete sie als Referentin zum Thema „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Ehrenamtlich engagiert sich die Berlinerin in der „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“.

Angelika Barbe ist verheiratet und hat drei Kinder.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 41 – 13. Oktober 2017

MELDUNGEN

Draisinenbetrieb in Gefahr

Mensguth – Auf der stillgelegten Eisenbahnstrecke zwischen Ortelsburg und Bischofsburg liegen zwischen Mensguth und Pfaffendorf noch acht Kilometer Gleise. Diese gehören der polnischen Staatsbahn (PKP). Ein privater Verein aus Ruttkau betreibt auf dieser Strecke einen Draisinen-Betrieb, wie es heißt, von europäischer Bedeutung. Nun will die polnische Staatsbahn die Gleise der Gemeinde Mensguth übertragen. Die Bürgermeisterin von Mensguth, Marianna Szydlik, lehnt das ab. Ein Weiterbetrieb der Draisinen ist aber davon abhängig, dass die Gemeinde Mensguth die Gleise übernimmt. *PAZ*

Lewandowski errichtet Lokal

Lötzen – Der 1988 im Warschau geborene Stürmer Robert Lewandowski, seit 2014 Kapitän der polnischen Fußballnationalmannschaft und seit der Saison 2014/15 beim Bundesligisten FC Bayern München unter Vertrag, beabsichtigt, in Lötzen ein Restaurant zu bauen. Das Lokal wird im Fußgängerbereich am städtischen Freibad in der Nähe des Löwentinsees oder Lötzener Sees entstehen. Der Fußballer, der Miteigentümer der Gesellschaft „Nowe Mazury“ (Neues Masuren) ist, erhielt bereits die Baugenehmigung. Die Zustimmung zum Bau des Restaurants wurde in einer außerordentlichen Sitzung des Stadtrates am 4. Oktober erteilt. Nun sollen die Planungsunterlagen entsprechend den Vorschriften der Woiwodschaftsverwaltung erstellt werden. Die städtischen Beamten versichern, dass die Investition der Entwicklung von Lötzen dienlich sein werde. Der berühmte Name werde Investoren und Touristen anziehen. *PAZ*

Kopfsteinplaster ist etwas für Experten

Arbeiten vor dem Königsberger Südbahnhof stocken – Bürgermeister Jaroschuk ist für Neuausschreibung

Das Verlegen von Pflastersteinen gehört in Expertenhand. Zu diesem Schluss kam Königsbergs Bürgermeister Alexander Jaroschuk, nachdem er die Bauarbeiten am Südbahnhof inspiziert hatte. Der Auftrag wird nun neu ausgeschrieben.



Völlig verzweifelt: Usbekische Bauarbeiter versuchen, das Mosaikpflaster vor dem Königsberger Südbahnhof zu verlegen Bild: J.T.

Vor dem Eingang zum Südbahnhof gehen die Arbeiten an der Zufahrt und dem Gehweg nur schleppend voran. Kopfschüttelnd beobachten Passanten, wie sich Arbeiter aus Usbekistan seit Monaten mit dem Verlegen der Steine abmühen und keinen Schritt vorankommen. Der Grund dafür sind die Pflastersteine der Vorkriegszeit, die beim Beginn der Modernisierungsarbeiten des Bahnhofs zunächst aufgehoben wurden, um anschließend wieder ordentlich verlegt zu werden.

Die Situation hat sich nun derart verschärft, dass Bürgermeister Alexander Jaroschuk beschloss, sich persönlich vor Ort ein Bild vom Fortschritt der Arbeiten zumachen. Er hatte sich vorgenommen, den Auftragnehmer wegen der Nichterfüllung des Zeitplans zu tadeln. Was er zu sehen bekam, öffnete ihm die Augen.

Bei den Pflastersteinen handelt es sich um ziemlich kleine Basaltwürfel, deren Verlegung Kenntnis und handwerkliches Geschick erfordern. Die damit beauftragten Gastarbeiter waren völlig überfordert und verzweifelten an der Aufgabe. Mühsam setzten sie Reihe um Reihe, doch das Ergebnis sah stets schlimmer aus als vorher. Passanten machten spöttische Bemerkungen, was die Arbeiter nur noch mehr aufbrachte: „Das ist eine Strafarbeit! Wir schaffen nur, anderthalb bis zwei Meter am Tag zu verlegen. Und doch liegen sie nicht gleichmäßig.“ Mit dem Brustton der Überzeugung sagte ein usbekischer Arbeiter: „Diese Deutschen waren einfach nur Teufel. Wir können sie einfach nicht wie sie setzen. Ich würde lieber den ganzen Platz mit Platten auslegen.“

Nachdem Jaroschuk gesehen hatte, welche Tortur diese Aufgabe für die Arbeiter aus Zentralasien ist, kam er zu dem Schluss, dass es so nicht weitergehen könne: „Es gibt nur eine Lösung: Ich habe einen Menschen, der buchstäblich mit den Steinen spricht. Ich bitte ihn zu kommen, sich das Ganze anzusehen und Ratschläge zu erteilen. Wir haben hier schon alles ausprobiert, wer mit diesen Granitstückchen arbeiten kann. Es ist fast ein Mosaik, das wieder herzustellen sich als sehr schwierig herausstellt.“ Bei der Auftragserteilung hatte die Stadt einen Preis für die Pflasterung von umgerechnet fünf Euro pro Quadratmeter ausgehandelt. Für einen Quadratmeter benötigt man 620 bis 650 dieser kleinen Steine. Die Vertreter des Stadtausschusses der Königsberger Verwaltung mussten erkennen, dass es heute keine Steinsetzer mehr gibt wie früher, deren Hände an diese Arbeit gewöhnt waren.

Für fünf Euro findet sich niemand

Bisher waren sechs Arbeiter mit der Verlegung des Kopfsteinpflasters beschäftigt, doch sie können die Aufgabe nicht bewältigen. Kein erfahrener Spezialist würde für diesen Preis einen solchen Auftrag übernehmen wollen. Bei der Ausschreibung der Stadt war man für die Verlegung des Basaltmosaiks vom gleichen Preis ausgegangen wie für die von einfachem Kopfsteinpflaster.

Der Stadtausschuss für kommunale Wirtschaft wird nun versuchen, eine angemessene Preisgestaltung für diese Arbeit zu erstellen, um jemanden zu finden, der in der Lage ist, die Pflastersteine in guter Qualität zu verlegen.

Bis dahin hat Jaroschuk die weitere Verlegung der Basaltsteine einstellen lassen, da die Arbeiter völlig hinter dem Zeitplan liege und gar nicht fähig sind, die Fläche wiederherzustellen. Es wurde beschlossen, nur die stark beschädigten Pflastersteine auszutauschen und einen Teil des Pflasters durch Platten zu ersetzen, obwohl ursprünglich beabsichtigt war, 1500 Quadratmeter zu pflastern. Und so geht der Kampf mit dem Kopfsteinpflaster weiter.

Jurij Tschernyschew

Minister erteilt Königsberger »Offshore-Zone« Abfuhr

Auf der Lomse sollen neue Unternhemen ansiedeln – Aktuelle Regierungspläne für die Sonderwirtschaftszone sind umstritten

Auf dem Fernöstlichen Wirtschaftsforum in Wladiwostok regte Ruslands Erster Vize-Premierminister Igor Schuwalow die Deklarierung des Königsberger Gebietes sowie der vor der Tagungsstadt gelegenen Insel Russkij als „Offshore-Zonen“ an. Damit würden für den unlängst zur „einzigen Exklave Russlands“ erklärten Teil Ostpreußens die wirtschaftsrechtlichen Bestimmungen des russischen Mutterlandes nicht mehr gelten, wodurch insbesondere an niedrigeren Steuern und einem ungehinderten Kapitalverkehr interessierte Unternehmen zur Ansiedlung bewegt werden sollen.

Unmittelbar vor seiner Wahl zum Gouverneur des Königsberger Gebietes hatte der damals noch übergangsweise amtierende Hoffnungsträger des Kremls, Anton Alichanow, das Projekt klar befürwortet. Es habe während eines Besuchs Präsident Wladimir Putins in Königsberg Gespräche unter Einschluss des Moskauer Wirtschafts- und Finanzministeriums gegeben, bei denen verschiedene rechtliche Möglichkeiten erörtert worden seien, die ab dem Jahr 2019 umgesetzt werden sollten.

Alichanows Vize-Premier Alexander Schenderjuk-Schidkow schlug zur Ansiedlung der umzugswilligen Unternehmen denn auch bereits die Lomse zwischen Altem und Neuem Pregel vor, auf der zurzeit ohnehin ein großer Sportkomplex für die Fußballweltmeisterschaft 2018 errichtet wird.

Ein ähnlicher Offshore-Plan allein für die Finanzbranche war Anfang des neuen Jahrtausends noch auf Ablehnung in Moskau gestoßen, da man die Banken damals lieber in den russischen Metropolen halten wollte.



In Opposition zu Gouverneur Alichanow: Moskaus junger Wirtschaftsminister Maxim Oreschkin Bild: CF

Der frühere Leiter des Königsberger Wirtschaftsamtes Witalij Schdanow gab denn auch angesichts solcher Erfahrungen zu bedenken, dass man weniger russische denn ausländische Unternehmen als primäre Zielgruppe ins Auge fassen müsse. Voraussetzung hierfür wäre aber zunächst eine Verbesserung der Flugverbindungen nach Königsberg und eine Vereinfachung des viel zu umständlichen Visaverfahrens – was dem Gebiet ohnehin nicht schaden würde.

Der Moskauer Wirtschaftsminister Maxim Oreschkin, der 2016 den wegen Korruptionsverdachts in Ungnade gefallnen Alexaj Uljukajew ablöste, erteilte diesen Überlegungen nun bei einem Besuch in Königsberg eine deutliche Abfuhr. Bereits das Wort „Offshore“ sei schlecht, und außerdem arbeite sein Ministerium bereits an einem Plan zur Ansiedlung „innovativer Unternehmen“ in Königsberg. Mit ihm werde es daher kein ostpreußisches Offshore-Projekt geben.

Freilich ist sein angeblicher Alternativplan ebenso abgedroschen wie nichtssagend, und es erscheint fraglich, ob man einem gerade einmal 35-jährigen Jungminister, der sich möglicherweise in Konkurrenz zu Alichanow bei der Verteilung künftiger Aufgaben sieht, ein solches eigenmächtiges Vorpreschen einfach so durchgehen lässt. Das letzte Wort in der Offshore-Frage wurde daher sicher noch nicht gesprochen.

Steht Oreschkin in Konkurrenz zu Putin-Liebling Alichanow?

Thomas W. Wyrwoll



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

gerade hatte ich von unserem russischen Familienfreund **Dr. Valery Sevastianow** berichtet, der noch immer nach seiner wahren Herkunft sucht, die zweifellos auf eine ostpreußische Familie hinweist und dessen Traum es ist, die Segel zu einer Weltreise setzen zu können – da meldet sich einer, der für sich diesen Traum wahr gemacht hat. Unsere langjährigen Leser werden sich sicher noch an ihn erinnern, denn mit seiner Liebe zu Ostpreußen, die er mit Bild und Wort dokumentierte, hat er oft unsere Kolumne bereichert: Es ist der „Spandauer Wurstmaxe“ **Manfred Stahl**, ein waschechter Berliner, der in seiner direkten Art frischen Wind in unsere Kolumne brachte. Immer wieder zog es ihn nach Ostpreußen, vor allem auf die Kurische Nehrung, ein Nomade unserer Zeit, dessen einziger Festpunkt seine Wurstbude am Spandauer Bahnhof war, mit der er sein Brot verdiente. Und dann gab er auch die auf, denn eines Tages teilte er uns mit, dass er nun Abschied von Berlin und Bude nehme, denn er ginge auf Weltreise. Vielleicht hat ihn auf seinen Nehrungsfahrten die Ostsee dazu angeregt, vielleicht war es auch ein schon lange gehegtes Fernweh, weniger Abenteurerlust, denn er nahm seine beiden Hunde mit auf die Fahrt nach Irgendwo. Lange gab es kein Lebenszeichen von ihm, obgleich er versprochen hatte, sich bei unserer Ostpreußischen Familie zu melden. Vielleicht war seine Weltreise doch nicht so verlaufen, wie er gedacht – weniger geplant – hatte. Aber dann kam vor einigen Wochen eine Karte mit Grüßen an die Ostpreußische Familie – aus Spanien. Sehr weit war unser Wurstmaxe also noch nicht gekommen, und seine Grüße klangen auch nicht mehr so herzlich-herzhaft wie früher. Aber nun erhielt ich wieder eine Ansichtskarte, diesmal aus Kroatien, und die liest sich schon anders: „Einen letzten Sommergruß sendet Ihnen von ganzem Herzen Ihr Spandauer Wurstmaxe Manfred Stahl. Nachdem ich den ganzen Sommer über mit meinen Hunden Karlchen und Paulchen in Spanien und Portugal unterwegs war, finde ich hier in Kroatien etwas Ruhe und entspanne mich angenehm“. In Rovigno ist er gelandet, einem verschachtelten Städtchen auf einem Felseneiland – na wollen mal sehen, wie lange es der unruhige Geist dort aushält. Unser Dank für die Grüße wird ihn mit Sicherheit nicht erreichen, aber wir wollen ihn trotzdem sagen, denn er hat uns nicht vergessen, und die Familie ihn auch nicht.

Und die besten Grüße und Wünsche für eine baldige Genesung wollen wir auch einem unserer treuesten und emsigsten Mithelfer sagen, ohne dessen Beiträge wir nicht so viel über die stillen Ecken Ostpreußens wissen würden: **Bernd Dauskardt**. Sein Sohn Martin teilte uns schon Ende August mit, dass sich sein Vater nach einer Hüftoperation noch mindestens bis Mitte Oktober in stationärer Behandlung befinden würde. So werden ihn unsere Grüße in der Klinik oder in der Reha erreichen, vielleicht auch schon daheim, wo auch immer: Sie sind herzlich und voller Hoffnung, dass Bernd Dauskardt bald wieder auf Heimatreise gehen und neue Winkel für uns entdekken kann. Aber vorsorglich, wie er ist, hat er seinem Sohn einige Veröffentlichungen aus seiner Feder mitgegeben, die er mir übermitteln soll, denn er ist sich sicher, dass ich daraus eine schöne Geschichte für die Ostpreußische Familie mache. Das will ich gerne tun, denn diesmal ist es eine ganz besondere Begegnung, die er schildert und im Bild festgehalten hat. Die mehr als ein Jahrhundert auszulöschen scheint, denn hier ist die Zeit stehen geblieben in der ehemaligen Kolonie Bismarck und ihrem letzten Bewohner aus jener so fern erscheinenden Zeit, in der Hermann Sudermanns Litauische Geschichten spielen. Und auf einmal ist sie so nah, als könnten wir jeden Augenblick „Jons und Erdme“ begegnen, diesem im Moor siedelnden Paar, das so schwer „wurrachen“ muss und trotzdem die Freude am Leben nicht verliert. Einen Nachkommen solcher Moorsiedler traf Bernd Dauskard auf seinem Weg durch die weite Landschaft am Rußstrom, den fast 80-jährigen **Walter Wallenschus**, der mit seinen Ziegen und Schafen die Einsamkeit teilt. Fast archaisch mutet dieses Anwesen in der Abgeschiedenheit der Moorlandschaft an, und die Vergleiche mit einer Arche Noah sind gegeben, wenn man das Holzhaus betrachtet, das in jedem Frühjahr, wenn der Schacktarp kommt, mehr oder weniger hoch überschwemmt wird. Da fällt einem unweigerlich der von Sudermann in seiner Novelle „Jons und Erdme“ geschilderte Sträfling ein, dem hier als Moorsiedler ein Weiterleben in Freiheit ermöglicht wird und der sich mit einer die ganze Kate umschließenden Wand abschottet. Was sich hinter dieser verbirgt stellt sich dann bei dem großen, alles überflutenden Hochwasser heraus: Das Haus ruhte nicht auf festem Untergrund, es war als großer Kahn gebaut, mit dem der Alte nun die vom Wasser eingeschlossenen Moorleute retten kann. Gelebte Literatur also, wenn man den Kahn sieht, der angebunden vor dem Holzhaus von Walter Wallenschus liegt und der ihn schon bei manchem Hochwasser vor dem Eingeschlossen sein bewahrt hat. Das Foto zeigt den rüstigen Alten beim Füttern seiner Ziegen – mit der Flasche.



Moorbauer Walter Wallenschus füttert seine Ziegen Bild: Dauskardt

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ein uriges Leben, das Bernd Dauskardt da eingefangen hat, das trotz Krieg, Vertreibung und wechselnder Grenzziehungen sich immer treu geblieben ist.

Bleiben wir mit unserer heutigen Suchfrage gleich im nördlichen Ostpreußen, denn die vielen Familiennamen, die in einem Schreiben von Herrn **Theodor Ebeling** aus Hannover genannt werden, weisen schon beim ersten Blick darauf hin. Beginnen wir mit seinen einleitenden Worten, die an die Ostpreußische Familie gerichtet sind: „Heute wende ich mich an Sie im Namen meines Vaters Theodor Ebeling, der im Juli 1944 auf dem Rückzug in Ragnit meine Mutter **Ursula Schneider** kennengelernt und sich sofort in sie verliebt hat. Nach vielen Wirren und Umständen konnten sie endlich im Oktober 1948 in Hannover heiraten und dort über 60 Jahre gemeinsam verleben. Mein Vater ist nun im 95. Lebensjahr und fast blind, verfolgt jedoch noch immer mit großem Interesse die Nachrichten der Ostpreußischen Familie, auch nach dem Tod meiner Mutter 2009. Schon vor Jahren hat er begonnen, nicht nur seine Vorfahren, sondern auch die meiner Mutter in Ostpreußen und besonders im Memelland zu erforschen. In den Verfilmungen der noch vorhandenen Bestände an Kirchenbüchern, die bei den Mormonen einzusehen sind, hat er auch einiges herausgefunden.“

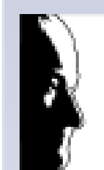
Aber es bleiben doch noch einige Fragen offen wie die nach der Familie seiner Urgroßmutter mütterlicherseits. Der Urgroßvater hieß **Mikkelis Pleikys/Pleikis**, *1831 in Barsdehnen, Kreis Heydekrug, +nach 1905 in Jugnaten. Er heiratete **Barbe Kasokikke**, * etwa 1832, +09.06. in Barsdehnen. Die Heirat erfolgte vermutlich um 1856/57, denn das erste Kind wurde im November 1857 geboren. Die Beurkundung der Heirat und somit ein Verweis auf die Eltern von Urgroßmutter Barbe sind nicht zu finden, da der Ort unbekannt ist. Er muss außerhalb des Kirchspiels Schakuhnen-Karkeln liegen, aber dort hat Herr Ebeling nur die Eintragung des Todes von Barbe Kasokikke, Ehefrau des Mikkelis Pleikys, gefunden. Darum seine Frage: „Gibt es in der Ostpreußischen Familie Personen, denen der Name Kasoks (Kasokikke, Kasokene, Kasokaitis, Kasokaite) bekannt ist und kann diesen Familiennamen einem Ort oder Kirchspiel im Memelland zuordnen?“ Herr Ebeling nennt sogar noch eine andere Variante, weil sich in den alten Urkunden in Sütterlinschrift das s und das h sehr ähnlich sind: Kahoks/Kahokikke – also auch unter diesen Namen kann gesucht werden. Das Gleiche gilt auch für die männlichen Angehörigen der Linie Pleikys. Sie heirateten Frauen mit den Namen Laukants (Laukandt, Laukantikke), sowie Kalweit (Kalweitis, Kalwaitikke) und Kubok, – hier fehlen aber die Geburts- bzw. Heiratsorte im Memelland, die einen Hinweis auf deren Eltern oder mögliche Geschwister bringen könnten.

Für Nichtostpreußen dürften diese Namensnennungen reichlich verwirrend sein, aber nicht für unsere Leserinnen und Leser aus dem nördlichen Ostpreußen. Und das gilt auch für die Fragen von Herrn Ebeling, die seine Mutter betreffen. Es handelt sich um den Geburtsort von **Ursula Schneider**, Prusgirren, das spätere Preußwalde, wo sie am 04.04.1924 zur Welt kam. Getauft wurde sie am 20.04.1924 in Budwethen, später Altenkirch. Als Vierjährige kam sie mit Eltern und Geschwistern nach Ragnit, wo die Familie bis zur Flucht im November 1944 wohnte. Die Stadt ihrer Kindheit und Jugendjahre hat Ursula zusammen mit ihrem Mann 1992 besucht, sie waren auch in Budwethen und konnten dort die Taufkirche finden, die von den Russen als Kino benutzt wurde. Ihren Geburtsort hat Ursula Ebeling aber nicht gefunden, von Preußwalde keine Spur mehr. Nun fand Theodor Ebeling kürzlich auf der Gratulationsseite der *PAZ* diesen Ortsnamen, für ihn ein Beweis, dass es noch ehemalige Bewohner gibt, die etwas über den Geburtsort seiner verstorbenen Frau sagen könnten. Er ist an allem interessiert, was in Wort und Bild das alte Prusgirren/Preußwalde dokumentiert wie Fotos und Familiengeschichten. Das ist also das Fragenbündel von Vater und Sohn Ebeling, dem wir eine rege Resonanz aus unserem Leserkreis wünschen. (Theodor Ebeling, Am Mittelfelde 102 in 30519 Hannover, Telefon: 0511/87807608.)

Familienforschung ist ja eines der Hauptthemen unserer Ostpreußischen Familie – dazu verpflichtet geradezu ihr Name. Ein Beispiel dafür, wie akribisch diese betrieben wird, gibt uns Herr **Werner Czinczel** aus Gaggenau. Er übersandte uns die Nachfahrentafel seines Urgroßvaters **Theodor Willemsohn** aus Woszellen bei Lyck, die er uns für entsprechende Recherchen überlässt. Für diejenigen, die glauben, ihre Wurzeln in Woszellen zu haben und den 1852 geborenen, 1932 verstorbenen Kaufmann Theodor Willemsohn unter seinen Vorfahren vermutet, könnte ein Einblick in diese Genealogische Übersicht schon nützlich sein.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Heimat, Identität und Glaube«

750 Jahre deutsche evangelisch-lutherische St. Chistophori-Kirche in Breslau

Die einzige deutschsprachige ev. Kirche in Polen feiert den 750. Geburtstag ihres Kirchenbaus. Bereits 1958 durften die heimatverbliebenen evangelischen Deutschen in Polen Gottesdienste in ihrer Muttersprache feiern; die katholischen Oberschlesier mussten darauf noch 25 Jahre länger warten.

1267 wurde an der Stelle der heutigen evangelischen Christophorikirche eine der Maria von Ägypten geweihte katholische Friedhofskapelle, die Magdalenenkirche, errichtet. Ab 1343 feierte hier die Breslauer Zunft der Kürschner ihre Gottesdienste. Um 1410 wurde die Kapelle im gotischen Stil vom Architekten Heinrich Frankenstein zu einer Kirche ausgebaut. 1461 wurde ein Turm mit einem pyramidenförmigen Helmdach errichtet. Im Zuge der Reformation wurde die Kirche 1523 evangelisch. Allerdings anders als in den sonstigen evangelischen Kirchen Niederschlesiens, wurde ab 1619 in St. Christophori der lutherische Katechismus auf Polnisch gelehrt, für die evangelischen, polnischsprachigen Handelsleute Breslaus wurde sogar ein Gesangbuch in polnischer Sprache veröffentlicht. Erst seit dem 18. Jahrhundert wurden in der Kirche auch deutsche Gottesdienste abgehalten. Ab 1829 waren es nur noch deutsche Gottesdienste. Das Gotteshaus brannte in der Breslauer Feuersbrunst vom Mai 1945 vollständig aus und wurde zu 75 Prozent zerstört.

Anders als fast alle anderen evangelischen Kirchen im mehrheitlich evangelischen deutschen Niederschlesien wurden nach der Vertreibung der Deutschen die Christophorikirche nicht der katholischen Kirche übergeben. Warum sie verschont wurde, können sich die Gemeindeglieder bis heute nicht erklären, wahrscheinlich war es ihre Funktion als ehemalige polnische Minderheitenkirche in deutschen Zeiten, die ihr verhalf, den Status einer deutschen Minderheitenkirche zu bekommen. Die mehrheitlich katholischen heimatverbliebenen Oberschlesier durften dagegen deutschsprachige Gottesdienste bis in die 1980er Jahre nicht feiern. Für diese spielte der ehemalige Erzbischof von Oppeln, der heute 85-jährige Alfons Nossol die Vorreiterrolle. Die Christophorikirche blieb neben der evangelisch-reformierten Hofkirche, die auch Sitz der evangelischen Diözese Breslau ist, das einzig evangelisch verbliebene Gotteshaus in Breslau. Nachdem die Kirche in den Jahren 1947 bis 1949 wiederaufgebaut worden war, überließ 1958 die evangelische Gemeinde in Breslau die Christophorikirche den nach der Vertreibung zurückgebliebenen evangelischen Breslauer Deutschen, aber ohne eigene Gemeindeinstitutionen.

1993 wurde in der Christophorikirche erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg wieder eine deutschsprachige evangelische Kirchengemeinde gegründet. Dies war das große Verdienst von Pfarrer Ryszard Borski, damals Seelsorger der Minderheit, der in der Folge deren erster Propst und später auch Bischof wurde. Von diesem Zeitpunkt an konnte sich die Gemeinde stabilisieren und entwickeln. Im Jahr 1996 erhielt sie den Gebäudekomplex der Gustav-Adolf-Gedächtniskirche zurück, wo sich bis heute das Pfarrhaus mit Gemeindebüro und -saal befinden. Pfarrer der Gemeinde ist heute der aus Teschen stammende Andrzej Fober. Filialgemeinden, die ein- bis zweimal monatlich deutschsprachige Gottesdienste in den Kirchen der jeweiligen polnischen evangelischen Gemeinden feiern, befinden sich in Hirschberg-Bad Warmbrunn, Liegnitz, Lauban, Schweidnitz und Waldenburg. Die meisten Gottesdienstbesucher sind inzwischen nicht mehr die heimatverbliebenen Schlesier sondern Deutsche, die nach 1990 nach Breslau zugezogen sind.

Ein wichtiges Projekt der Kirchengemeinde ist der Bau der neuen Gerhard-Zeggert Gedächtnis-Orgel. Die einstige Praetorius-Orgel wurde während der Festung Breslau ein Opfer der Flammen. Der Heilige Christophorus steht symbolisch für die Gemeinde. Bereits im Jahr ihrer offiziellen Gründung wurde eine Sozialstation des Johanniterordens für ambulante medizinische Hilfe und eine Suppen Küche aufgebaut, Werke, die bis heute den Dienst am Nächsten erfüllen.

„Heimat, Identität und Glaube. Diese drei Töne ergänzen sich gegenseitig fruchtbar und bilden damit einen harmonischen Dreiklang. Fehlt auch nur einer, so klingen die Laute nicht mehr harmonisch zusammen“, sagte der Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk (CSU), Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, in seiner Festansprache, zu der er auch Alt-Erzbischof Nossol und den deutschsprachigen katholischen Seelsorger für Niederschlesien, den Franziskanerpater Bernhard Maria Arndt, begrüßte. Auch die St. Christopherus-Gemeinde aus Schwabach-Wolkersdorf war mit einer Delegation zum Jubiläum der Schwestergemeinde nach Breslau gekommen. Die Gemeinde selbst hat das Jubiläumjahr mit dem Gedächtnisjahr des Reformationsjubiläums verbunden. *Bodo Bost*



ZUM 105. GEBURTSTAG

Naß, Elfriede, geb. **Kraska**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober
Czwikla, Erika, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 18. Oktober

ZUM 104. GEBURTSTAG

Buxa, Gertrud, geb. **Sdunkowski**, aus Mulden, Kreis Mulden, am 18. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Göbel, Betty, geb. **Lagies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Schweins, Gertraud, geb. **Bürgel**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, 18. Oktober
Wietoska, Otto, aus Lyck, am 17. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kühne, Hedwig, geb. **Stannehl**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Marohn, Eva, geb. **Moeck**, aus Rosenberg, Kreis Heiligenbeil, am 12. Oktober
Metzdorf, Gerda, geb. **Borbe**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 16. Oktober
Pawelzik, Hildegard, geb. **Brzoska**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 19. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Graner, Gretel, geb. **Steinke**, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Meinert, Hildegard, aus **Lyck**, Bismarckstraße 47, am 14. Oktober
Rutkowski, Erna, geb. **Hoffmann**, aus Quehnen, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Oktober
Schuster, Meta, geb. **Porschel**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 16. Oktober
Schwemer, Herta, geb. **Buczilowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Bargmann, Gertrud, geb. **Lundschien**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Barth, Helene, geb. **Dombrowski**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Heidbrede, Eva, geb. **Grigat**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 13. Oktober
Krüger, Eva, geb. **Schakat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Neufeind, Eva, geb. **Karwonski**, aus Lyck, Blücherstraße 18, am 14. Oktober
Petz, Gertrud, geb. **Seemund**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober
Specht, Adeline, geb. **Lewohn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Wedler, Betty, geb. **Rosenwald**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Zschommler, Gertrud, geb. **Tillwikat**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gemballa, Walter, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 17. Oktober
Ketterkat, Kurt, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Kunst, Gertrud, geb. **Braczko**, aus Kölmerdorf, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Lühr, Gerda, geb. **Makowski**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 19. Oktober
Menger, Frieda, geb. **Krause**, aus Osterode, Kreis Neidenburg, am 15. Oktober
Nienierza, Anna, geb. **Wizenti**, aus Ortelsburg, am 14. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dibowski, Walter, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Floßdorf, Herta, aus **Lenzendorf**, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Fritz, Gertrud, geb. **Pellenat**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Grabosch, Liebgard, aus Ortelsburg, am 14. Oktober
Lichtleitner, Hedwig, geb. **Weidemann**, aus Ortelsburg, am 15. Oktober
Maserowski, Elfriede, aus Millau, Kreis Lack, am 17. Oktober
Müller, Jutta, geb. **Beroleit**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Sambraus, Lieselotte, geb. **Neumann**, aus Köllmisch Damerau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Seutter, Gerda, geb. **Kahlau**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Thiel, Lieselotte, geb. **Noll**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Wieden, Ruth, geb. **Fidorra**, aus Neu Werder, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Häring, Wilhelm, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Lehmann, Elli, geb. **Domurath**, aus Neidenburg, am 17. Oktober
Lehrer, Lucie, geb. **Semmling**, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Schacht, Grete, geb. **Kutzborski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Skrotzki, Gertrut, geb. **Neumann**, aus Goldap, am 18. Oktober
Witzke, Elly, geb. **Krüger**, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, am 13. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barsch, Marie, geb. **Mahnke**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober
Böhlke, Anneliese, geb. **Welke**, aus Klingsporn, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. Oktober
Broberg, Inge, geb. **Augustin**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Oktober
Goy, Hildegard, geb. **Kudritzki**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Hofer, Manfred, aus Weidenfließ bei Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. Oktober
Neumann, Ewald, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. Oktober
Sassadeck, Helmut, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Schenk, Christel, geb. **Hamers**, aus Wehlau, am 17. Oktober
Schnepel, Hanna, geb. **Perle**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 15. Oktober
Timmler, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barthel, Hildegard, geb. **Sbresny**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 15. Oktober
Behrendt, Kurt, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 14. Oktober
Benten, Erna, geb. **Birk**, aus Groß Karnitten, Kreis Mohrungen, am 19. Oktober
Braunschweig, Margarete, geb. **Heinzel**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Breuer, Gertrud, geb. **Koslowski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 13. Oktober
Brusberg, Karl, aus Groß Perbangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 13. Oktober
Buchholz, Ingeborg, geb. **Glowatz**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Fenske, Annemarie, geb. **Hagel**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Langguth, Waltraut, geb. **Hölzer**, aus Groß Perbangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Oktober
Petrick, Kurt, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Schippel, Klaus, Prostken, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Schlüter, Irmgard, geb. **Jacksteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Scholz, Wolfgang, aus Breslau, am 16. Oktober
Winkles, Gertrud, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Zachau, Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahr, Hannelore, geb. **Pauluhn**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 15. Oktober
Brodersen, Ursel, geb. **Okunek**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Brunswik, Gerda, geb. **Budweg**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Danielzik, Karl-Heinz, aus Ortelsburg, am 19. Oktober
Diedrich, Marianne, geb. **Wegner**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober
Frieß, Annemarie, geb. **Smick**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Frost, Jutta, geb. **Radusch**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Heusel, Renate, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Hofer, Horst, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Kopatz, Ernst, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, am 15. Oktober
Latona, Ruth, geb. **Lasarsch**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
Lübke, Hildegard, geb. **Tittnack**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Merz, Gisela, geb. **Kallweit**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Minton, Otto, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Palis, Kurt, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Pieczonka, Ursula, geb. **Heidasch**, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Roepschläger, Bruno, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 4. Oktober
Soboll, Gustav, aus Bobern, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Wienand, Helga, geb. **Lasarzewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Wodka, Manfred, aus Kalkofen, Kreis Lyck, am 15. Oktober
Wullschläger, Inge, geb. **Seiffert**, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Fiedler, Adolf, aus Wehlau, am 17. Oktober
Klein, Edelgard, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. Oktober
Kulessa, Dieter, aus Gutten, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
Schwartzkopff, Hannelore, geb. **Milewski**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 19. Oktober
Skorloff, Manfred, aus Wartenfeld, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Straach, Marianne, geb. **Becker**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 13. Oktober
Wolf, Ilka, geb. **Spilgies**, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Wunder, Dr. Robert, aus Königsberg, am 17. Oktober



Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

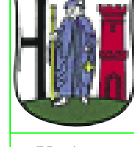
2017
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

62. Jahrestreffen, Teil III

Hier nun der letzte Teil des Berichtes zum Jahrestreffen im September.

Mit einer ökumenischen Gedenkandacht und der Kranzniederlegung an der Allensteiner Gedenktafel in der Propsteikirche begannen die Veranstaltungen am Sonnabend. Anschließend nahmen etliche Besucher die Gelegenheit wahr, unser Heimatmuseum „Treudank" zu besichtigen.

Gegen Mittag fanden sich die ersten Besucher aus Stadt und Land im Schloss Horst ein. Nach der Begrüßung der Gäste gedachte der Vorsitzende aller Allensteiner, die durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren oder fern der Heimat verstorben sind. Er erinnerte daran, dass im Jahre 1992 die Oberbürgermeister von Allenstein und Gelsenkirchen die Urkunde über die Partnerschaft der beiden Städte unterzeichneten. Nach der Patenschaft, welche die Stadt Gelsenkirchen im Jahre 1954 für die ehemaligen Bewohner der Stadt Allenstein übernommen hatte, war es ein logischer Schritt, die Beziehung zu den ehemaligen Bewohnern um eine Partnerschaft mit ihrer Heimatstadt, der nun polnischen Stadt, zu erweitern. Diese Städtepartnerschaft gehört zu den ersten, die zwischen einer deutschen und einer polnischen Stadt geschlossen wurden und wurde möglich durch die gewaltigen politischen Veränderungen, die sich in Mittel- und Osteuropa vollzogen hatten. Veränderungen, die auch uns endlich erlaubten, ganz selbstverständlich unsere Heimatstadt zu besuchen, am dortigen Geschehen teilzuhaben und alte Kontakte zu erneuern oder neue zu knüpfen. Dabei ging es vorrangig um die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Landsleute, die sich in der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit zusammengefunden hatten. Aber es wurden von der Stadtgemeinschaft auch viele andere Vorhaben in Allenstein gefördert wie die Wiederherstellung der Nepomuk-Figur auf der Alle-Brücke, die Gedenktafel am Wohnhaus des Architekten Mendelsohn sowie die Wiederentdeckung seines Erstlingswerks, der Totenhalle auf dem ehemaligen jüdischen Friedhof. Vorhaben, die nicht nur dem Ansehen der Stadtgemeinschaft, sondern auch der Städtepartnerschaft dienten. Als weiteres Beispiel nannte er die Buersche Linde. Sie kam als Geschenk der Stadtgemeinschaft zum 650. Geburtstag nach Allenstein und wurde gemeinsam mit der Bürgermeisterin der Stadt Gelsenkirchen am Fischmarkt eingesetzt. Auch die Vereinbarung zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit, die im Jahre 2004, 50 Jahre nach der feierlichen Proklamation der Patenschaft, hier im Schloss Horst unterzeichnet wurde, unterstreiche unser Bestreben um ein gutes Verhältnis zur Paten- wie zur Heimatstadt. Anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft fand am 23. Mai hier in der Glashalle ein Festakt statt. In seiner Ansprache dankte Allensteins Stadtpräsident ausdrücklich den ehemaligen Bewohnern für die gute Zusammenarbeit und das lebhafte Interesse an den Veränderungen in ihrer Heimatstadt. Für den Stadtpräsidenten seien gute Beziehungen zur Partnerstadt und zur Stadtgemeinschaft zwei Seiten der gleichen Medaille. Daher wollten wir uns dafür einsetzen, dass dies auch so bleibt.

Nach dem Grußwort des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land, Hans-Peter Blasche, und dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied würdigte Bürgermeister Wöll die positive Rolle der Stadtgemeinschaft in der nun 25 Jahre bestehenden Städtepartnerschaft zwischen Allenstein und Gelsenkirchen. Der frühere Oberbürgermeister von Gelsenkirchen und Mitglied des Deutschen Bundestages, Oliver Wittke, hob das gute Verhältnis zwischen ehemaligen und heutigen Bewohnern Allensteins hervor. Er betonte, dass wir schon viel erreicht hätten, aber es noch viel zu tun gäbe, um das Haus Europa wetterfest zu machen. Das sehe man an den jüngsten polnischen Äußerungen über deutsche Reparationen. Anschließend verlas Hufenbach ein Grußwort des Allensteiner Stadtpräsidenten. Mit der Nationalhymne endete die Feierstunde, die auch in diesem Jahr von dem Bläser- und Posaunenchor Erle umrahmt wurde. Ein Vortrag des Ermlandforums, einer Vereinigung von Familienforschern, der Besuch der Bücherstände sowie einer Ausstellung alter Postkarten rundeten das Programm ab. Munteres Schabbern sorgte für gute Stimmung und besetzte Tische bis in den späten Abend. Mit den Gottesdiensten am Sonntag und der Verabschiedung der aus Allenstein Angereisten ging ein gelungenes Jahrestreffen zu Ende. Das 63. Jahrestreffen feiern wir vom 7. bis 9. September 2018.



HEILSBERG

Kreisvertreter: Erwin Popien, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, Telefon (02131) 62403, E-Mail: erwiniptus@aol.com.

Kreistreffen

Köln – Sonnabend, 14. Oktober, Kolpinghaus Messehotel, Theodor-Hürth-Straße 2–4, 50679 Köln: Kreistreffen. Die Bewirtung ist frei. Fahrtkosten werden auf Antrag erstattet. Voranmeldung: Kreisgemeinschaft Heilsberg, Eichendorffstraße 30, 41564 Kaarst, oder Erwin Popien, Telefon (02131) 62403.

Bitte senden Sie uns Ihre Texte und Bilder für die Folge 43 bis Mittwoch, 18. Oktober zu.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Kreistagssitzung

Darmstadt – Sonnabend, 14. Oktober, 11.30 Uhr, Taverna Hella, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Treffen.

65. Insterburger Treffen in Krefeld

Wiedersehen in familiärer Gemeinschaft

Am 8. und 9. September kamen die Insterburger aus Stadt und Land zum 65. Mal in der Patenstadt Krefeld in fast familiärem Rahmen zum Jahreshaupttreffen zusammen. Ort der Begegnung war wieder das Gemeindezentrum der Krefelder Friedenskirche.

Zuvor tagte am Freitag im Krefelder Rathaus die Mitgliederversammlung und Ratsversammlung der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V. Für die Patenstadt informierte sich die langjährige Freundin der Kreisgemeinschaft, die ehemalige Krefelder Ratsfrau Eva Staudacher. Versammlungsleiter Peter Matuschik führte durch Redebeiträge und Tagesordnungspunkte. Reinold Haupt trug als stellvertretender Kassenprüfer die Finanzprüfung 2016 vor. Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft, Reiner Buslaps, stellte den Haushaltsplan 2018 vor. Dieser wurde einstimmig angenommen, der Vorstand einstimmig entlastet. Dieter Kleiber und Reinold Haupt wurden als Kassenprüfer für das nächste Jahr wiedergewählt. Im Vorfeld der Sitzung hatten die Mitglieder der Kreisgemeinschaft schriftlich über eine Satzungsneufassung abgestimmt, die mehrheitlich angenommen wurde (253 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen). Durch die neue Satzung, nach der Vorstand und Mitgliederversammlung über die Geschicke der Kreisgemeinschaft entscheiden, wird die Führungsstruktur verschlankt und fit für die Zukunft gemacht. In diese zeitgemäße Richtung geht auch die angestrebte Digitalisierung des Insterburger Briefs.

Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Reiner Buslaps, begrüßte am Samstagnachmittag im Gemeindesaal der evangelischen Friedenskirche rund 30 Landsleute, ihre Angehörigen und Freunde Ostpreußens. Geschätzter Gast der Stadt Krefeld war Bürgermeisterin Karin Meincke.

Pfarrer i. R. Manfred Bautz, der schon die letzten Treffen mit seinem geistlichen Wort begleitet hat, bezog sich im Reformationsjahr auf den Morgensegen von 1529. Nach Luther könne man Gott kein größeres Werk tun, als ihm zu danken. Gottes Kraft könne uns aus dem Nichts heraus etwas schaffen. Dafür seien die wie aus dem Nichts improvisierten Mahlzeiten der Frauen in der Nachkriegs-Notzeit ein Zeugnis.

Im Namen der Ratsmitglieder dankte der Vorsitzende den Gästen für ihre Bereitschaft, durch ihre Teilnahme am Treffen Stadt und Landkreis Insterburg fest in der Erinnerung zu bewahren. Auch der Stadt Krefeld dankte er für die mittlerweile 64-jährige Patenschaft und Gastfreundschaft.

„Mit 65 beginnt für die Menschen die Rente“, spielte Karin Meincke, Bürgermeisterin der Stadt Krefeld, auf das 65. Treffen in Krefeld an. Da es bei Udo Jürgens mit 66 jedoch erst richtig anfange, hoffe sie, noch einige Jahre zum jährlichen Treffen der Insterburger Patenkinder kommen zu können. Denn sie habe gern an der Verbundenheit teil, die hier gelebt werde.

Ostpreußische Kultur und Geschichte bewahren – und beleben

Herzlich bedankte sich Reiner Buslaps bei den Verantwortlichen der acht regionalen Insterburger Heimatgruppen für ihre Arbeit. Auch 2017 blieben die Kontakte zu den Bürgern, zur evangelischen Kirche, zu Institutionen und zur offiziellen politischen Leitung von Insterburg/Tschernjachowsk von Bedeutung. Und das Interesse an der deutschen Geschichte und an den Kontakten sei da. „Ostpreußische Kultur und Geschichte an Ort und Stelle wieder zu beleben oder sie zurück in die alte Heimat zu tragen, sollte unser gemeinsames Anliegen sein.“

In diesem Jahr tatkräftig dafür gesorgt hat Klaus Pundschus, Ratsmitglied der Kreisgemeinschaft. Am 25. August sprach er in Insterburg mit der dortigen Administration über die Zusammenarbeit. Das stand auch in der Grußbotschaft der Stadtverwaltung, in der Sergej Bulitschew den Teilnehmern des Treffens die besten Wünsche übermittelte – „und den Mitgliedern der Kreisgemeinschaft Insterburg unseren Wunsch zur weiteren Zusammenarbeit im kommenden Jahr 2018.“ Dazu passe für Reiner Buslaps, dass die Landsmannschaft Ostpreußen das 9. Deutsch-Russische Forum unter dem Motto „Zukunft braucht Vergangenheit“ am 20. Oktober 2018 in Insterburg durchführen wird.

Im Alten Uerdinger Rathaus bringe seit 2015 das Insterburger Heimatmuseum ein Stück Insterburg nach Krefeld. Dabei gelinge es dem Geschäftsstellen-Team, Margret Matuschik und Veronika Grallert, mit wachsendem Erfolg, Besuchergruppen nicht nur für das historische Gebäude, sondern auch für die Geschichte und Kultur Ostpreußens zu interessieren.

Insterburger bereicherten wieder mit ihren Beiträgen das Treffen. Carola Maschke trug Mundartliches vor, wie die Geschichtchen „De Kuh“, und Ursel Schubert präsentierte mit Helmut Gloth die Immobilien-Humoreske „Das Traumhaus“. Für Ursels erkrankten Sketch-Partner Bruno Romeiks ließ Anita Hiddemann eine liebevoll gestaltete Karte unterschreiben – auch wer nicht da ist, bleibt dabei.

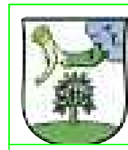
Eberhard Jung, Ur-Großneffe der Insterburger Dichterin Frieda Jung, unterhielt mit Literarischen Plaudereien.

Gesungen und geschabbert wurde ausgiebig: Über neue Nachrichten und viele alte Erinnerungen – mit dem legendären Satzanfang: Weißt Du noch? Diese kleinen zwischenmenschlichen Momente sind es, die das Treffen so besonders machen. Auch wenn der Kreis der Teilnehmer sehr viel kleiner geworden ist, die Wiedersehensfreude ist die Gleiche geblieben, die Vertrautheit durch die familiäre Atmosphäre vielleicht noch größer. Für sie hat sich der Weg auch in diesem Jahr wieder gelohnt – zum Insterburger Treffen nach Krefeld.

Das nächste Treffen in Krefeld ist geplant für September 2018, genauer Termin folgt.

Ulrich Thiel

Osnabrück – Sonnabend, 21. Oktober, 14 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen der „Insterburger Teutonen“. Gäste sind herzlich willkommen.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Bericht zum Kreistreffen

Das dreitägige Hauptkreistreffen unserer Kreisgemeinschaft war wieder der Höhepunkt des Jahres.

Es begann am 15. September mit einer „Musikalischen und literarischen Reise durch Ostpreußen“ in der St. Severi-Kirche in Otterndorf. Ein Programm mit Liedern aus Ostpreußen, gesungen von der Mezzosopranistin Isabelle Kusari, begleitet von dem Pianisten Jun Zhao, dazu Gedichte und Begebenheiten sowie der Moderation von Brigitte Stramm und Angaben zu den Liedern von Klaus-Arno Lemke wurde ein außergewöhnlicher Ohrenschmaus geboten. Brigitte Stramm hatte dazu eine Bildershow mit historischen und aktuellen Fotos von Ostpreußen zusammengestellt, die dem Betrachter das Motto des Abends „Faszination Ostpreußen in Otterndorf“, vor Augen führte. Als Überraschung sang Frau Kusari zusammen mit den Otterndorfern Walter Meyer und Günter Harland, begleitet von Herrn Zhau, die Otterndorfer Hymne, die 25 Jahre in der Versenkung verschwunden war. Ein weiteres Ereignis war, dass an diesem Tage die Stellvertretende Vorsitzende unserer Kreisgemeinschaft, Heinke Lanatowitz, und ihr Mann Dieter Goldene Hochzeit feierten. Sie waren extra zu diesem Abend aus Eckernförde angereist. Ihnen wurde ein Liebeslied gesungen und von der Kreisgemeinschaft eine Orchidee überreicht. Anwesend an diesem Abend waren auch vom Patenkreis Jürgen Rüther und seine Nachfolgerin in spé Karen Steinbis sowie Frau Ursula Holthausen, Ratsmitglied und der Alt- und Ehrenbürgermeister der Stadt Otterndorf, Hermann Gerken und Frau dabei. Der Hausherr der Kirche, Herr Pastor Niehus sprach einführende Worte und erläuterte in Kurzform die Geschichte der sehenswerten Kirche. Die Veranstaltung schloss pünktlich um 22 Uhr. Ein bleibendes Erlebnis, wie die Besucher versicherten.

Das Hauptkreistreffen am nächsten Tag mit rund 100 Teilnehmern begann mit der Gedenkfeier am Labiauer Stein, durchgeführt von Egbert Marenke, Stellvertretender Vorsitzender. Für die Stadt Otterndorf sprach der Alt- und Ehrenbürgermeister Hermann Gerken. Auch über den Besuch von Claus Johannsen, Ratsmitglied und Bürgermeister bis 2016, freuten wir uns sehr. Beide blieben auch zur Feierstunde in der Stadthalle. Die Kreisvertreterin konnte die Stellvertretende Landrätin Sabine van Gemmeren, Ursula Holthausen, Ratsmitglied, und Herrn Rainer Langwaldt vom Torhausteam begrüßen. Bevor es richtig losging, gab es noch eine Überraschung für die Kreisvertreterin Brigitte Stramm. Sie wurde mit der Goldenen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft ausgezeichnet, dazu gab es noch ein Riesen-Blumengesteck. Eine Überraschung, die durch einen launigen Vortrag unseres Vorstandsmitglied Thomas Rieser eine besondere Würze bekam. Völlig überrascht dankte Brigitte Stramm und versprach, sich auch weiterhin für „ihre“ Labiauer einzusetzen.

Den diesjährigen Festvortrag hielt Frank Auf dem Felde aus Osten, das interessante Thema war: „Leben an der Küste“. Die Kreisvertreterin führte das Leben an der Haffküste und Flusslandschaft im Heimatkreis aus, Auf dem Felde erklärte anhand von Bildern, wie es im Patenkreis war und ist.

Am Nachmittag tanzte die Trachtengruppe Hemmoor für uns, sie war gerade einen Tag zuvor aus Königsberg zurückgekehrt. Es wurden uns die kostbaren Trachten und die Tänze erklärt, dass es aufgrund der Patenschaft der Samtgemeinde Land Hadeln mit Lasdehnen zu dem Besuch in Ostpreußen gekommen ist.

Große Aufmerksamkeit galt wieder der Bilderausstellung, auch das Torhaus wurde eifrig besucht. Den Abend beschlossen wir bei Musik und Tanz. Am nächsten Tag startete die kleine Bahn „Strandexpress“ zu einer einstündigen Rundfahrt durch Otterndorf, begleitet von Frau Ursula Holthausen, die interessante Details zusätzlich zur Band-Erklärung gab. Die Fahrt führte bis hinunter zur Elbe – und wie bestellt, kam gerade ein Riesen-Containerfrachter die Elbe rauf. Abschließend gab es ein gemeinsames Essen im Restaurant Elbterrassen. Auch von hier konnte man den herrlich weiten Blick über die Elbmündung genießen. Alle waren sich einig, das Wochenende war wunderschön.

Brigitte Stramm



In der Otterndorfer St. Severi-Kirche: (v.l.) Günter Harland, Walter Meyer, Brigitte Stramm, Isabelle Kusari, Jun Zhau, Klaus-Arno Lemke. Bild: Trucewitz



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Neumünster – Sonnabend, 21. Oktober, ab 10 Uhr, Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

18 H (Böcklersiedlung): „Von Nordfriesland bis Nidden – Küstenbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung“. Diese Ausstellung ist zu besichtigen. Um 15.30 Uhr beginnt die Veranstaltung mit Angelika Rischer, der Märchenerzählerin aus Hamburg. Sie hat ganz speziell für die Lötzener Einrichtung wieder ein besonderes Programm erarbeitet. Unter dem Titel „Erzähl mir nuscht vom Storch sine Hinterbeene“ erzählt sie Storchenmärchen aus Pommern, Ostpreußen und von anderswo. Ein Märchennachmittag nicht nur für Erwachsene! Eintritt – wie immer –frei.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

9. Lycker Treffen in Bremen

Bremen - Donnerstag, 9. November, 13 bis 18 Uhr, Best Western „Hotel zur Post“, Bahnhofsplatz 11, 28195 Bremen: 9. Treffen der in Bremen und „umzu“ wohnenden ehemaligen Lycker Landsleute, deren Nachkommen, beziehungsweise deren Freunde. Da ich dem Hotel vorher die genaue Teilnehmerzahl verbindlich mitteilen muss, bitte ich, spätestens bis zum 10. Oktober um telefonische Mitteilung, ob eine Teilnahme erfolgt oder nicht.

Das Treffen beginnt auch in diesem Jahr bereits um 13 Uhr, da mehrere Landsleute die Zeit für persönliche Gespräche bei den bisherigen Veranstaltungen als zu kurz empfanden. Der offizielle Teil mit der Begrüßung beginnt um 14 Uhr. So hat jeder, der möchte, schon vor dem offiziellen Beginn eine Stunde Zeit, um mit Landsleuten ins Gespräch zu kommen.

Nach der Begrüßung und einigen Vorträgen findet, wie auch bei den vorhergehenden Treffen, gegen 15.30 Uhr das Kaffeetrinken statt. Ein Stück Torte und Kaffee oder Tee kosten 6,90 Euro. Dafür brauchen wir dann auch keine Saalmiete zu zahlen. Weitere Getränke können geordert werden. Jeder Teilnehmer ist Selbstzahler.

Das „Hotel zur Post“ liegt rechts, schräg gegenüber vom Hauptausgang des Bremer Hauptbahnhofes. Wer jemanden mit dem Auto zum Hotel bringen muss, fährt zum Aussteigen bis zum Eingang vor. Gegebenenfalls kann man sich bei der Rezeption auch erkundigen, ob in der Hotelgarage neben dem Hotel gegen Entgelt ein Parkplatz frei ist. Parkplätze befinden sich auch in der Hochgarage am Hillmannplatz, auf der Bürgerweide und am ehemaligen Güterbahnhof.

Das diesjährige Treffen soll uns weiter miteinander bekannt machen und den Zusammenhalt der ehemaligen Lycker Landsleute (und gern auch deren Nachkommen) fördern. Es soll nicht als Ersatz zum Kreistreffen in Hagen gelten. Zahlreiches Erscheinen in Hagen ist dringend erforderlich, denn dort findet weiterhin das jährliche Haupttreffen statt.

Vom Vorstand wird Heidi Mader, unter anderem Kassenwartin unserer Kreisgemeinschaft und Sprecherin der „Mittleren Generation“, über die vielfältigen Aktivitäten der Mittleren Generation berichten. Michael Mader wird wieder einen Büchertisch aufbauen, wo man vielleicht auch schon ein kleines Weihnachtsgeschenk erwerben kann. Auch über die nächste Busreise unserer Kreisgemeinschaft nach Lyck, im Juni 2018, unter der Leitung von Bärbel Wiesensee werden Sie etwas erfahren.

Unser diesjähriges Treffen soll wieder eine harmonische Zusammenkunft sein. Wichtig ist, dass Sie, liebe Landsleute, untereinander Gespräche führen können. Gern können auch Sie etwas Interessantes oder Heiteres für alle Anwesenden vortragen.

Wilhelm Norra, Telefon (0421) 820651.



OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Hauptkreistreffen, Teil I der Rede

Kreisvertreter Burghard Gieseler hielt zur Feierstunde des Hauptkreistreffens in Osterode am Harz am 17. September eine Rede. Die PAZ veröffentlicht sie in zwei Teilen.

Am 17. August 1952 – also vor 65 Jahren – wurde die Patenschaftsurkunde zwischen der Stadt Osterode am Harz und der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen feierlich unterzeichnet. Dies geschah damals im Rahmen der 800-Jahrfeier Osterodes.

Unsere Patenschaft besteht also schon seit mehreren Generationen und wir, die alten Ostpreußen und ihre Nachkommen, wollen Ihnen, lieber Herr Bürgermeister Becker, und allen Bürgerinnen und Bürgern unserer schönen Patenstadt heute von Herzen danken.

Mit der Übernahme der Patenschaft bereits im Jahr 1952, als Flucht und Vertreibung erst wenige Jahre zurücklagen, übte Ihre Stadt, Herr Bürgermeister, aktive Solidarität mit den entwurzelten und oft traumatisierten Landsleuten aus dem Osten. Seither hat die Stadt Osterode am Harz unsere Kreisgemeinschaft organisatorisch, finanziell und ideell tatkräftig unterstützt. Eine der ersten Maßnahmen galt damals den Kindern, die ihre Heimat verloren hatten. Ihnen wurden regelmäßig Ferien in Ihrer Stadt ermöglicht. Vielleicht sind sogar einige dieser Kinder heute hier anwesend. Ganz sicher aber sind viele hier im Saal, die vor 72 Jahren als Kinder unter den furchtbarsten Umständen ihre Heimat verloren haben. Die Kinder von damals sind heute alt und es beeindruckt mich zu sehen, wie ungebrochen bei Ihnen, liebe Landsleute, die Liebe zu Ihrer alten Heimat ist. In der Kindheit wachsen eben die Wurzeln, die uns ein Leben lang Halt geben und die unsere Identität maßgeblich prägen.

Vor der Generation der damaligen Kinder, also vor Ihnen, liebe Landsleute, wollen wir, die Nachgeborenen, uns mit der heutigen Feierstunde verneigen.

Deshalb sind wir glücklich, dass Freya Klier heute zu uns gekommen ist, um aus ihrem so wichtigen Buch „Wir letzten Kinder Ostpreußens. Zeugen einer vergessenen Generation“ zu lesen. Mit diesem Buch, liebe Frau Klier, haben Sie der Generation der damaligen Kinder ein Denkmal gesetzt. Dafür danken wir Ihnen.

Am 19. Oktober 1953 hat dann auch der Kreistag des Landkreises Osterode am Harz beschlossen, eine Patenschaft für unsere Kreisgemeinschaft zu übernehmen. Damit hatten wir nun zwei Paten, die sich offen zu den deutschen Heimatvertriebenen aus dem früheren Landkreis Osterode Ostpreußen bekannten. Die materielle Hilfe, die wir von unseren Paten erfuhren, war wichtig und wirksam. Noch wichtiger aber war - und ist! - das Gefühl, nicht alleine zu sein. Deshalb danken wir auch Ihnen, Herr Landrat Reuter, dass Sie, auch wenn wir heute noch nicht ganz unser 65. Jubiläum feiern können, zu uns gekommen sind.

Dass die jeweils obersten Repräsentanten unserer beiden Paten heute an dieser Feierstunde teilnehmen, zeigt uns, dass wir uns auch nach der Fusion der Landkreise Osterode und Göttingen auf Ihrer Seite und nach dem Generationenwechsel im Vorstand der Kreisgemeinschaft auf unserer Seite auf unsere Paten verlassen können. Das erfüllt uns mit großer Dankbarkeit.

1952, als die Patenschaft zwischen der Stadt Osterode am Harz und der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen geschlossen wurde, hofften noch viele Vertriebene, in ihre Heimat zurückkehren zu können. Eine Hoffnung, die aus damaliger Perspektive durchaus verständlich war. Zu Beginn der siebziger Jahre war die Grenzfrage in der deutschen Innenpolitik umstritten. Heute ist sie endgültig entschieden und damit gegenstandslos. Die Grenzen, die das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges sind, sind durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag völkerrechtlich anerkannt. Nie wieder dürfen Grenzen in Europa infrage gestellt werden!

Ich weiß, bei diesen Sätzen wird wohl der eine oder andere aus der Erlebnisgeneration schlucken müssen. Doch das Vertrauen in die Endgültigkeit der heutigen Grenzen hat ihnen auch ihren trennenden Charakter genommen und uns damit Möglichkeiten eröffnet, von denen wir in den fünfziger, sechziger, siebziger und achtziger Jahren noch nicht einmal zu träumen gewagt hätten. Wer will, kann sich ohne Visum und Reisepass noch heute ins Auto setzen und zur Hirschbrunft in den Taberbrücker Forst fahren.

Gemeinsam mit unseren polnischen Partnern pflegen wir heute das kulturelle Erbe Ostpreußens.

Seit meinem Amtsantritt vor einem Jahr habe ich zwei Arbeitsbesuche im früheren Landkreis Osterode Ostpreußen durchgeführt und mich dort sämtlichen Bürgermeistern vorgestellt. In den Gesprächen wurde stets deutlich, dass unsere polnischen Partner ein lebhaftes Interesse an der Pflege des kulturellen Erbes Ostpreußens haben und dabei die Zusammenarbeit mit der Kreisgemeinschaft suchen. Diese Haltung sei an einem Beispiel verdeutlicht:

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18



Osterode (v.l.): Bürgermeister Becker, H. Hoch, F. Klier, B. Gieseler und U. Dempwolff Bild: privat



»Einzigartig wertvoll«

Jetzt in Warendorf: Bedeutende Werke aus der Sammlung des Danziger Nationalmuseums

Der Besuch lohnt sich: Noch bis zum Sonntag, 15. Oktober, zeigt das Westpreußische Landesmuseum in Warendorf die Ausstellung „Das Nationalmuseum Danzig – Schätze aus der Gemäldesammlung“. Zu den Schätzen, die von den Danzigern zur Verfügung gestellt wurden, gehören Werke von großen Meistern aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Vertreten sind die Stilrichtungen Realismus, Impressionismus und Expressionismus. Die Schau startet mit Arbeiten von Anselm Feuerbach (1829–1880), der von der italienischen Kunst, vor allem von Tizian und Veronese, fasziniert war. Ausgestellt ist eine Skizze zu dem Gemälde „Aretins Tod“, das 1854 von Feuerbach beendet und 1855 der Ankaufskommission der Großherzoglichen Kunsthalle Karlsruhe vorgestellt wurde. Das Original-Gemälde befindet sich im Kunstmuseum Basel.

Feuerbach hat Wilhelm Trübner (1851–1917) beeinflusst, der seinen Beruf als Goldschmied zu Gunsten der Malerei aufgab. Er widmete sich vor allem dem Porträt und der Landschaftsmalerei. Mit einem Bildnis der „Frau Neal“ und dem Gemälde „Waldweg“ sind in Warendorf zwei beispielhafte Malereien ausgestellt.

Trübner war Mitglied der Berliner Sezession wie auch Heinrich Zügel (1850–1941), der sich auf Tierdarstellungen spezialisiert hat und nicht zuletzt die drei „Großen“ Lovis Corinth (1858–1925), Max Slevogt (1868–1932) und Emil Nolde (1867–1956). Von Corinth ist bekannt, dass er dem Genre der Aktmalerei große Bedeutung schenkte. Ausgestellt ist ein Frauenakt aus dem Jahr 1909. Das Besondere an diesem Werk ist, dass der Künstler mit der akademischen Tradition des Aktes bricht, indem er eine lockere Pose wählt und eine naturalistische Darstellung des menschlichen Körpers schafft.

Nolde, Corinth und andere Malergrößen

Eine besondere Rolle in der Landschaftsmalerei nimmt Max Slevogt ein. Zusammen mit Lovis Corinth und Max Liebermann gehörte er zu den Vertretern der Freilichtmalerei, die im Gegensatz zur Ateliermalerei direkt vor dem Motiv in der freien Natur arbeiteten. In Warendorf ist das bekannte Gemälde aus den 1920er Jahren „Frühstück im Grünen“ zu sehen.

Hyss hob eines der Bilder besonders hervor: „Einzigartig wertvoll ist das Bild ‚Madonna mit Begonien‘ von Emil Nolde, eines seiner wenigen erhaltenen Bilder aus der Vorkriegszeit, das die Faszination des Künstlers für Stillleben und religiöse Motive zum Ausdruck bringt.“

Bei einem Rundgang durch die Gemäldeschau fallen auch Arbeiten von einigen in Danzig geborenen Künstlern auf, die vornehmlich Ansichten der Stadt und ihrer Umgebung zeigen. Ausgestellt sind in diesem Präsentationsbereich Arbeiten von Reinhold Bahl (1869–1943), Arthur Bendrat (1872–1914), Albert Lipczinski (1876–1974) und Bruno Paetsch (1891–1976) sowie von dem in Königsberg geborenen Carl Scherres (1833–1923), der als freischaffender Maler in Danzig tätig war.

Die Zusammenarbeit der beiden Museen geht über diese Gemäldeausstellung hinaus weiter. Lothar Hyss, Direktor des Westpreußischen Landesmuseums, teilte mit, dass amn in diesem Jahr mit mehreren Leihgaben bei der Reformationsausstellung des Nationalmuseums in Danzig vertreten sei. Geplant sind unter anderem eine Ernst-Kolbe-Präsentation der Warendorfer in Danzig sowie eine Wilhelm-August-Stryowski-Ausstellung des Danziger Nationalmuseums in Warendorf.

Dieter Göllner

Westpreußisches Landesmuseum, Klosterstraße 21, 48231 Warendorf, Telefon:(02581) 927770, E-Mail: info@westpreussisches-landesmuseum.de. Öffnungszeiten: dienstags bis sonntags, 10 bis 18 Uhr, Eintrittpreis: 4 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Die Familienkarte kostet 7 Euro. Die Ausstellung ist noch bis zum 15. Okober zu sehen.



Auch ein Schatz aus der Danziger Gemäldesammlung: Arthur Bendrats impressionistischer Blick auf das Ufer der Mottlau in Pommern Bild: Westpreußisches Landesmuseum

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 17

Am Ende eines dieser Vorstellungsgespräche wurde mir - wie in Polen üblich - ein Gastgeschenk überreicht. Es war ein zweisprachiger Bildband über den Oberländischen Kanal. Diesem Buch hat sein polnischer Autor folgendes Zitat von Marion Gräfin Dönhoff vorangestellt:

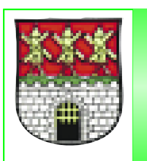
„Ich bin seither mehrfach in Polen - auch in Ostpreußen - gewesen. Und jedes Mal, wenn ich die Alleen wieder sah, die einsamen Seen und stillen Wälder, meinte ich nach Hause zu kommen. Landschaft ist eben wichtiger und gewiss prägender als alles Andere. Sie gehört im letzten und höheren Sinne ohnehin niemanden, allenfalls vielleicht dem, der imstande ist, zu lieben ohne zu besitzen.“

Wohlgemerkt, dieses Zitat wurde von einem Polen ausgewählt und von einem polnischen Bürgermeister mir, dem Vertreter der früheren deutschen Einwohner Osterodes, überreicht. Das sagt viel.

Die Wertschätzung und das Vertrauen, das mir als Kreisvertreter von den polnischen Gesprächspartnern entgegengebracht wurde, sind natürlich nicht von heute auf morgen entstanden. Sie sind vielmehr das Ergebnis jahrzehntelanger, auf Verständigung zielender Arbeit auf beiden Seiten. In besonderer Weise haben sich als Brückenbauer zwischen Ost und West meine beiden Amtsvorgänger, Dieter Gasser und Prof. Edgar Steiner verdient gemacht. Ihnen und dem Vorsitzenden der deutschen Minderheit, unserem Freund Heinrich Hoch, der sich in besonderer Weise um Ostpreußen und die Aussöhnung von Deutschen und Polen verdient gemacht hat, gebührt unser aller Dank. Ihr Wirken hat dazu geführt, dass die Ostpreußen des früheren Landkreises Osterode Ostpreußen zu einer Klammer zwischen den Völkern geworden sind. Eine - nach allem, was war - schöne Seite der Geschichte.

Die Brücken des gegenseitigen Vertrauens sind kostbar. Sie sind tragfähig und belastbar - aber sie sind nicht unzerbrechlich. Mit Sorge erfüllt uns der Inhalt und der Tonfall so mancher Verlautbarung aus Warschau und wir befürchten, dass die Stimmung, die dort geschürt wird, sich eines Tages auch im südlichen Ostpreußen auswirken könnte. Dies kann für uns nur eines bedeuten: Wir müssen unser Bemühen um Aussöhnung um so mehr intensivieren! Besonders müssen wir die zwischenmenschlichen Begegnungen forcieren. Denn wenn sich die Menschen kennen und einander schätzen, wird es niemandem je wieder gelingen, die Völker erneut in einen Gegensatz zu treiben.

Den zweiten Teil der Rede von Burghard Gieseler lesen sie in der nächsten Ausgabe.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Hilfsaktion

Anfang August machte sich eine 15-köpfige Delegation aus Hemmoor und Wanna mit zwei DRK-Sprintern auf den Weg in das Königsberger Gebiet, um in den Kindergärten in Schillfelde und Schloßberg und in der dortigen Sozialstation Spielsachen, gute Kleidung, Rollatoren, Schuhe, Gehhilfen, Brillen und weitere Sachspenden zu verteilen. Der Transport wurde im Rahmen der jährlichen Hilfsaktion der Kreisgemeinschaft Schloßberg durchgeführt. Er wurde unterstützt vom DRK Wanna und Hemmoor, vom Lions-Club Otterndorf, Samtgemeinde Land Hadeln und von vielen Privatpersonen aus der Samtgemeinde Hemmoor und Land Hadeln. Dank privater Geldspenden konnten Lebensmittel und weitere Sachspenden für ältere Leute vor Ort eingekauft werden. Für die Gruppe Tchebatucha, die schon Auftritte in Wanna und Hemmoor hatte, wurden Stoffe erworben und übergeben, um daraus Kostüme für Auftritte zu nähen. Alle Spenden wurden mit großer Dankbarkeit entgegengenommen.

Für alle Beteiligten war es eine erlebnisreiche Fahrt mit vielen Eindrücken, auf der viele russisch-deutsche Kontakte neu geknüpft und alte vertieft werden konnten. Die Delegation bedankt sich bei allen Spendern für die geleistete Unterstützung.

Im Rahmen dieses Hilfstransportes wurde ein Folklore-Festival auf der Dom-Insel in Königsberg besucht. An diesem Fest nahmen 83 Gruppen aus Litauen, Polen, Lettland, Weißrussland, Aserbaidschan, der Ukraine, Jakutien (Sacha) und aus Deutschland die Hemmoorer Volkstanz- und Trachtengruppe teil. Mit ihrer Tracht fielen die Hemmoorer gegenüber der sehr bunten Kleidung der anderen Gruppen besonders auf. Ihre Auftritte wurden mit viel Applaus bedacht, und die Gruppe wurde hervorragend betreut. Alle Teilnehmer waren begeistert von der Herzlichkeit der Menschen und die Delegation trat die Heimreise mit vielen positiven Eindrücken an.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



Die Freude ist groß: Neue Hausschuhe und Bettwäsche Bild: privat



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachruf

Eugen Meyer wurde im Februar 1947 in Budwethen (Altenkirch) geboren. Sein Vater hatte sich aus dem Kriegsgefangenenlager Neuhof-Ragnit freiwillig zur ärztlichen Betreuung der zurückgebliebenen Zivilbevölkerung gemeldet und gelangte über mehrere Stationen nach Budwethen, wo er seine Frau, Eugens Mutter, kennenlernte und heiratete. Anfang September 1948 wurde die junge Familie ausgewiesen und schließlich in Ellrich, im Norden Thüringens, sesshaft. Eugen erlernte den Beruf des Elektro-Mechanikers, dem sich ein Studium an der Ingenieurschule für Maschinenbau und Elektrotechnik in Dresden anschloss. Mit allen Konsequenzen widersetzte er sich dem Beitritt in die SED sowie dem Dienst in der „Volksarmee“. 1989 beteiligte er sich aktiv an der friedlichen Revolution. Ihm und Gleichgesinnten gelang es am 11. November 1989, in Ellrich als erstem Ort in Deutschland einen Durchgang in der Grenzbefestigung zu schaffen. Er war einer der ersten, der dort in die Freiheit gehen konnte.

Nach der Wende arbeitete er als Dozent für Kälteanlagenbau und Faserverbundtechnik.

Um an Flucht und Vertreibung zu erinnern, setzte er mit Hilfe des BdV, der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und der Kreissparkasse Nordhausen auf seinem Grundstück einen Gedenkstein. Der Stein soll auch an die vielen Menschen erinnern, die bei Ellrich über die Grenze in den Westen gelangten, und er soll dazu beitragen, einstige kommunistische Willkür im grenznahen Sperrgebiet nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Im Jahr 2010 trat Eugen Meyer der Kreisgemeinschaft als Kirchspielvertreter für Argenbrück bei. Wenige Jahre später zeigten sich leider Anzeichen verschiedener Krankheiten, die ihn immer stärker bedrängten, sodass er schließlich im Jahr 2016 seine Mitarbeit in der Kreisgemeinschaft niederlegen musste. Nach mehr als halbjährigem Krankenhausaufenthalt starb Eugen Meyer am 23. September 2017. Wir werden ihn in guter Erinnerung behalten.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

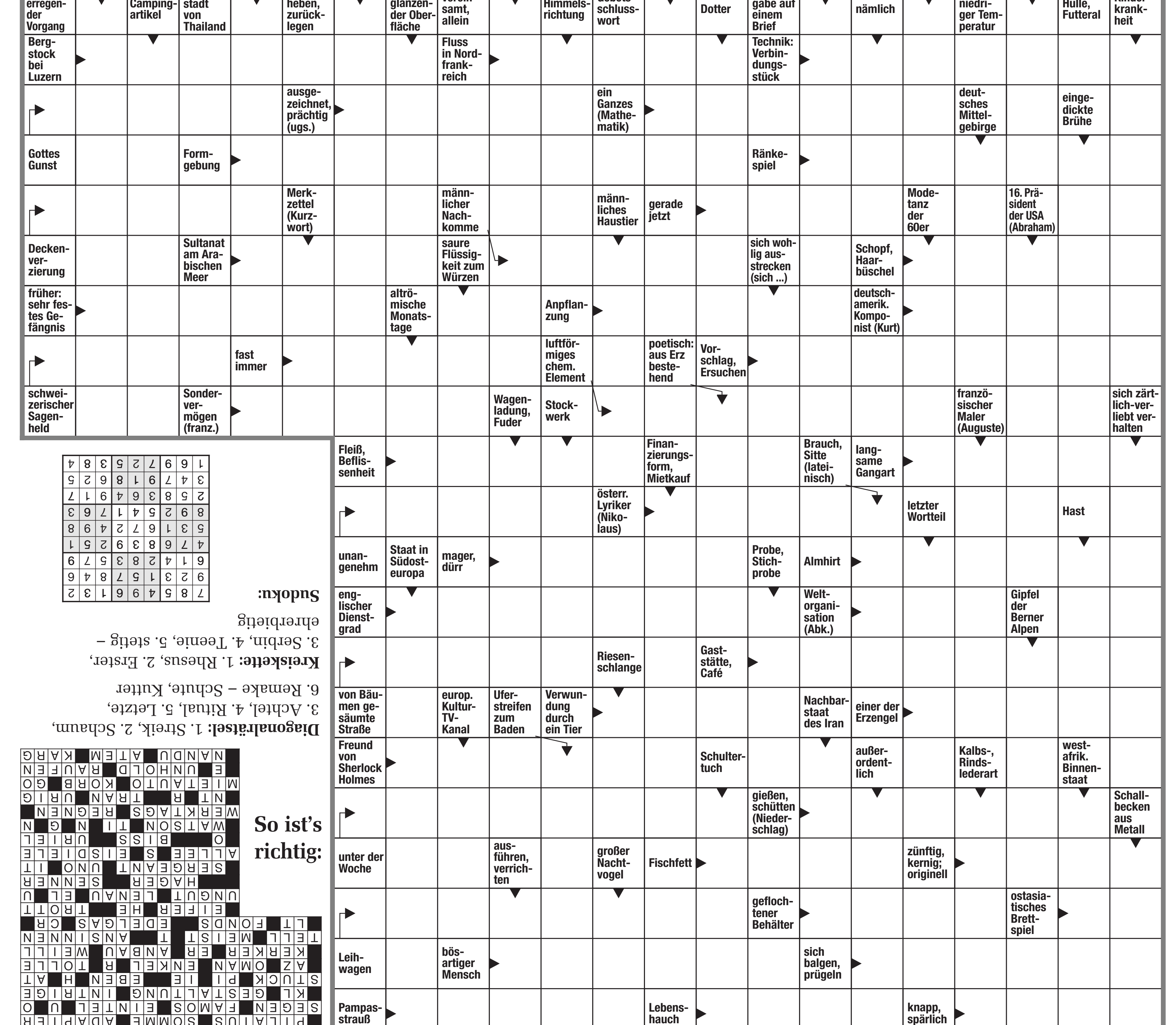
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – 25. Oktober, 18 Uhr, Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36: 142. Preußische Tafelrunde, hierzu laden die Landesgruppe Baden-Württemberg e.V. und die Landsmannschaft Ost- / Westpreußen Kreisgruppe Pforzheim/Enzkreis im BdV ein. Achtung: geänderte Anfangszeit.

Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Helga Preußner über „Katharina von Bora – die Lutherin“. Die junge sächsische Adlige Katharina von Bora flieht im Jahr 1523 mit elf Gefährtinnen aus dem Kloster Marienthron in Nimbschen bei Grimma nach Wittenberg. Die meisten der ehemaligen Zisterzienserinnen werden sehr schnell verheiratet. 1525 heiraten Katharina von Bora und Martin Luther. Tatkräftig nimmt sie das Anwesen und die Finanzen in ihre Regie. Sie betreibt eine Burse, eine Pension für Studenten und verschiedene Güter und macht in nur 15 Jahren aus dem Hause Luther ein gut florierendes mittelständisches Unternehmen. In vielen Texten hebt Luther hervor, dass sein Werk und die Reformation nicht so gut gediehen wäre, ohne die tüchtige, sorgende und Anteil nehmende Käthe. „Sie hat allein die ganze Herrschaft in ihrer Hand“, bekennt Luther später.

Luther stirbt 1546. Sein Tod hat dramatische Folgen für „die Lutherin“. Er hat sie als Alleinerbin eingesetzt – ein absoluter Verstoß gegen Gesetz und Tradition und eine enorme Aufwertung der Ehefrau. Katharina muss um Luthers Erbe kämpfen. 1552 wütet die Pest in Wittenberg. Auf der Flucht vor der Epidemie verunglückt die 53-jährige Katharina mit dem Pferdefuhrwerk und erleidet mehrfache Hüft- und Knochenbrüche, an deren Folgen sie am 20. Dezember 1552 in Torgau stirbt.

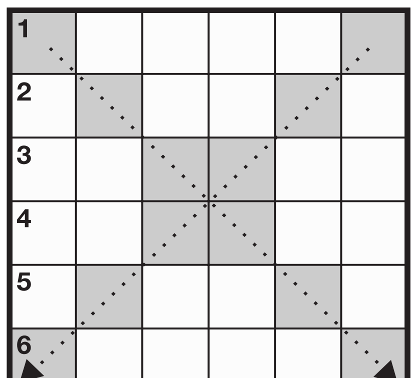
Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 19



Sudoku

	8	5	4		6	1	3	
			1	5	7			
6								9
	7		8	3	9		5	
	9		5	4	1		6	
2								7
			9	1	8			
	6	9	7		5	3	8	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

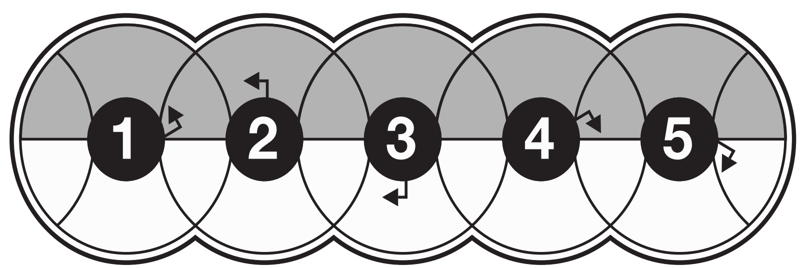
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Bootstypen.

1 Arbeitsniederlegung
2 Blume des Bieres; Gischt
3 Bruchteil
4 religiöser Brauch; Zeremoniell
5 Verliererin bei einem Wettkampf
6 Neuverfilmung (englisch)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für hochachtungsvoll.

1 asiatischer Affe, 2 Sieger, Bester, 3 Südslawin, 4 Kurzwort für Jugendliche(r), 5 beständig, kontinuierlich



Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Für das Abendessen sind 20 Euro zu überweisen an: LM Ostpreußen, Landesgruppe, IBAN: DE39 6425 1060 0000 1332 21, BIC: SOLADES1FDS. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093 oder E-Mail: uta.luettich@web.de.

Buchen – Sonntag, 15. Oktober, 14 Uhr, Pfarrscheune in Hainstadt: Generalversammlung mit Ehrungen. Außerdem gibt es Schmandhering. Brigitte Trennepohl aus Osnabrück wird als Zeitzeugin aus dem Buch „Das Wiegenlied der Wolfskinder" vorlesen. Nähere Information: 1. Vorsitzende Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Dienstag, 24. Oktober, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Stammtisch.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach/Altmühlfranken – Sonnabend, 28. Oktober: Landeskulturtagung im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen.

Bamberg – Mittwoch, 18. Oktober, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen mit einem Vortrag über die Nachkriegsjahre in Ostpreußen.

Hof – Sonnabend 14. Oktober, 10.30 Uhr, Jugendzentrum Q. Hans-Böckler-Straße 4: Gedenkstunde zum Tag der Heimat.

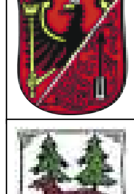
Landshut – Dienstag, 17. Oktober, 14 Uhr, „Insel": Treffen, Bericht über Agnes Miegel.

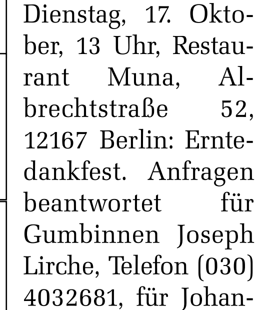
Nürnberg – Dienstag, 24. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nürnberg-Langwasser (Gegenüber der U1-Haltestelle): Treffen unter dem Motto „Wir feiern das Erntedankfest".

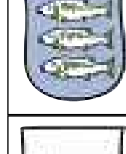


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.







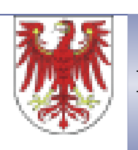
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 17. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Erntedankfest. Anfragen beantwortet für Gumbinnen Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg Andreas Maziul Telefon (030) 5429917, für Lötzen Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Königsberg – Freitag, 20. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10: Erntedankfest mit Tombola. Anfragen beantwortet Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 21. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee, 102, Anfragen beantwortet Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@googlemail.co, Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/

Potsdam – Sonntag, 29. Oktober, ab 10 Uhr, „Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte", Veranstaltungsraum I. Etage, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam: Gemeinschaftsveranstaltung mit der PRUSSIA-Gesellschaft, der Prußen-Stiftung Tolkemita sowie der Botschaft der Republik Litauen. Hierzu lädt der Vorstand der LO-Landesgruppe Brandenburg alle Ostpreußen und an Ostpreußen Interessierten ein. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Programm:

10 Uhr: Begrüßung

ab 10:15 Uhr: Vorträge von Reinhard Grunenberg, Berlin, „Europäische Minderheiten und ihre Förderungen" und „Die Zukunft der prußischen Bewegung".

12:15 bis 13:30 Uhr: Mittagspause, Gelegenheit zum Gedankenaustausch, zu Besichtigungen der „Museums-Galerie Die Ersten Preußen" oder der Ausstellungen im „Haus der brandenburgisch-preußischen Geschichte (HBPG)".

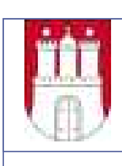
13:30 Uhr: Enrico Seewald und Dr. Matthias Dornfeldt, Berlin, referieren zum Thema „Hundert Jahre Deutsch-Litauische Beziehungen" und stellen das gleichlautende Buch vor. Im Februar 2018 begeht die Republik Litauen den 100. Jahrestag der Wiederherstellung eines Litauischen Staates. Ein wichtiger Akzent der Aktivitäten in Deutschland bildet die Herausgabe des Buches, welches überwiegend auf Basis von bisher unveröffentlichtem Archivmaterial erstellt wurde. Es behandelt die Beziehungen zwischen beiden Ländern und Völkern ab der ersten Erwähnung des Namens Litauen in den Quedlinburger Annalen im Jahre 1009.

Im Anschluss: Möglichkeit zur Diskussion/Aussprache sowie Kaffeepause.

15:30 Uhr: Jörg Naß, Rheine, bringt den Zuhörern in seinem Vortrag „Johannes Bobrowski und seine Verbundenheit zur ostpreußischen Heimat" näher. Begonnen wird mit einer Filmcollage über Bobrowskis Erzählung „Rainfarn", welche anekdotisch Tilsit und den Übergang über die Luisenbrücke ins Memelland behandelt. Der Referent erläutert sodann, was Bobrowski damit aussagen wollte. In einem zweiten Teil wird auf unterschiedliche Schicksale von Kirchen im Memelland eingegangen. Umfangreiches Bildmaterial zeigt erfolgreiche wie auch weniger oder gar nicht vorgenommene Renovierungen bis hin zum Verfall preisgegebene Bauten.

17 Uhr: Abschlussdiskussion

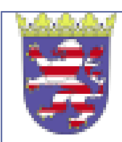
Gegen 17:30 Uhr: Ende der Veranstaltung.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Donnerstag, 26. Oktober, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Gruppenleitertreffen mit anschließender Kulturreferatssitzung.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

- Bericht -

Darmstadt/Dieburg – Zum Tag der Heimat – der unter dem Motto „60 Jahre Einsatz für Menschenrechte, Heimat und Verständigung" stand – trafen sich am 2. September der Kreisverband Darmstadt-Stadt und Landkreis Darmstadt-Dieburg mit seinen Landsmannschaften im Bund der Vertriebenen (BdV).

Auf dem Waldfriedhof in Darmstadt legten Mitglieder der Verbände, gekleidet in schlesischer, oberschlesischer und ostpreußischer Tracht, Kränze nieder, um an Flucht, Vertreibung und als Zeichen der Verbundenheit mit den Betroffenen zu erinnern und ihrer zu gedenken.

Nach den begrüßenden Worten und der Ansprache der Kreis-Vorsitzenden des BDV Kreisverband Darmstadt-Dieburg, Gisela Greiner, sprach der Oberbürgermeister von Darmstadt, Jochen Partsch, gedenkende Worte zum Thema des Tages von Flucht und Vertreibung während und nach den schlimmen Kriegsjahren, und das heute immer noch weltweit ein existentes nicht endendes Problem ist.

Die feierliche Ansprache hielt ein Vertreter der katholischen Kirche.

Die Siebenbürger Blechbläser aus Pfungstadt sorgten, wie jedes Jahr, für die musikalische Umrahmung der Gedenkfeier.

Bei diesen Feierlichkeiten waren Schlesier, Sudetendeutsche sowie die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen zugegen.

Christian Keller



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Anklam – Sonnabend, 21. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus" Anklam, Baustraße 48-49 (Stadtzentrum/Nähe Markt): großes Herbsttreffen der Ostpreußen. Dazu sind alle Landsleute mit Angehörigen und Interessenten von nah und fern sehr herzlich eingeladen. Themen sind Erntedank auf Ostpreußisch und das 22. Landestreffen in Schwerin. Festlich umrahmt wird der Tag von den Jagdhornbläsern Uecker-Randow e.V. Aus Königsberg kommt das Folklore-Ensemble „Russisches Lied" mit geistlichen Chorälen, deutschen, russischen und ostpreußischen Volksliedern. Ehrengast ist die 1. Vize-Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Beate Schlupp. Für Königsberger Klopse, Kaffee, Kuchen, Bärenfang, Heimatbücher und genügend Parkplätze ist wie immer gesorgt. Erwartet werden 500 Besucher.

Zugleich mit dem Herbsttreffen startet am 21.10.2017 die Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen 2017". Wie jedes Jahr zum 2. Advent geht von Anklam aus ein Hilfstransport zu den deutschen Vereinen im Memelland, das heute zu Litauen gehört.



Päckchen im Wert von 10 bis 15 Euro können im Volkshaus abgeben werden, aber bitte keine leicht verderblichen Lebensmittel einpacken. Die Ostpreußen reichen den Menschen, die heute in ihrer Heimat leben, die Hand. Wann kann dies symbolischer sein als gerade zu Weihnachten?



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 17. Oktober, 16.30 Uhr, Hotel Novum, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag, 20. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu", Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 19. Oktober, 15 Uhr, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b, 2. Stock: Heimatliteraturkreis.

Bonn – Dienstag, 24. Oktober, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises der LM Ostpreußen, Kreisgruppe Bonn. Die Frauen treffen sich zu besonderen Themen, Interessierte sind immer herzlich willkommen.

Dortmund – Montag, 16. Oktober, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft. – Montag, 18. September, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Die LO-Kreisgruppe trifft sich zur monatlichen Zusammenkunft. – Sonnabend, 21. Oktober, 15 Uhr, Heimatstube: Erntedankfeier der Memlländer.

Düsseldorf – Freitag, 13. Oktober, 18 Uhr, Restaurant „Lauran's", Bismarckstarße 62: Stammtisch. – Dienstag, 17. Oktober, 19 Uhr, GHH: Vortrag von Natascha Kanovskaja „Raissa Gorbatschowa, Russlands First Lady". – Mittwoch, 18. Oktober, 19 Uhr, GHH: Buchpräsentation „Mein Polen – Meine Polen". – Donnerstag, 19. Oktober, 19.30 Uhr, GHH, Raum 412: Offenes Singen mit Marion Cals. – Sonnabend, 21. Oktober, 10 Uhr: Herbsttagung der LMO-Landesgruppe NRW in Oberhausen. – Freitag, 22. Oktober, 17 Uhr, GHH: Heimatabend. – Sonnabend, 28. Oktober, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Erntedankfest, Einlass ab 14 Uhr.

Essen – Sonntag, 15. Oktober, Einlass 14 Uhr, Beginn 15 Uhr, Pfarrzentrum St. Elisabeth Dollendorfstraße 51: Tag der Heimat 2017 und 65 Jahre Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Essen. Die Festrede hält Matthias Hauer, MdB, die Sing- und Spielschar „Klingende Windrose" wird auftreten.

Iserlohn – Sonnabend, 21. Oktober ab 14 Uhr, „Haus Potthoff", Kampstraße 113: 50-jähriges Bestehen der Landsmannschaft Ostpreußen Iserlohn. Bitte bis spätestens Mittwoch, 18. Oktober anmelden bei Lilli Janßen, Friedrich-Ebertstraße 30, 58642 Iserlohn, Telefon (02374) 12503.

Köln – Dienstag, 17. Oktober, ab 14 Uhr, Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41-43: Versammlung der Ostpreußengruppe. Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass der Raum bereits ab 14 Uhr geöffnet ist und wir darum bitten, so zu kommen, dass die Versammlung ohne Verzug, um 14:30 Uhr, beginnen kann. Kommen Sie vorbei, wir freuen uns über jeden Besucher, der unser zweistündiges Nachmittagstreffen mit dem bereichert, was die Erinnerung oder neues Wissen über die Heimat verfügt. Allen, die sich an unsere schöne Stube im Deutzer Bürgerzentrum gewöhnt haben, muss leider gesagt werden, dass wir uns ab dem 1. Januar 2018 nach einem anderen Domizil umsehen müssen. Wir werden rechtzeitig bekannt geben, wo die kommenden Treffen stattfinden werden.

Günter Donder

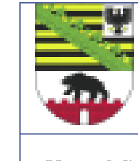
Neuss – Sonntag, 29. Oktober, Einlass ab 10 Uhr, Beginn ab 11 Uhr, Marienhaus, Kapitelstraße 36: Feierlichkeiten 65 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss.

Witten – Montag, 16. Oktober, 15 Uhr, Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Nördliches und südliches Ostpreußen im Urteil unserer Landsleute heute.

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 19. Oktober, 15 Uhr, Treffpunkt vor Isis-Tempel, Römerpassage 1: Besuch des Isis-Tempels, ohne Führung, mit anschließender Einkehr.

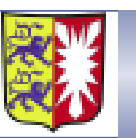


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Sonnabend, 20. Oktober, 12 Uhr, Wiesencafé „Breiteiche": Erntedank mit Programm.

Magdeburg – Freitag, 13. Und 27. Oktober, jeweils 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singkreises. – Sonntag, 15. Oktober, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Erntedank. – Dienstag, 17. Oktober, 13 Uhr, Immermannstraße 19: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Mittwoch, 18. Oktober, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé Flensburg: Kaffeetafel und Gespräche zum Thema „Meine Vorfahren stammen aus ...".

Mölln – Mittwoch, 25. Oktober, 15 Uhr, Quellenhof: Mitgliederversammlung. Herr H. J. Kämpfert hält einen Vortrag über den Schriftsteller und Redakteur Johannes Trojan, der unter anderem Chefredakteur des satirischen Wochenblatts Kladderadatsch war, und auch viele Scherzgedichte geschrieben hat.

Uetersen – Freitag, 13. Oktober, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueters End, Kirchenstraße 7: Preußische Tafelrunde, gemeinsam mit dem Verein zur Erhaltung ostdeutschen Kulturgutes und dem KvD.



Jahresprogramm für 2018 im Ostpreußischen Landesmuseum

Lüneburg – In diesem Jahr steht endlich die langerwartete Wiedereröffnung der neuen Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums mit der deutschbaltischen Abteilung bevor. Aufgrund der dafür noch erforderlichen intensiven Arbeit ist das Angebot an Sonderausstellungen auch diesmal – letztmalig – etwas eingeschränkt.

24. November bis 6. April 2018: Licht über Sand und Haff, Carl Knauf, Maler in Nidden

8. Februar bis 4. März 2018: Der Baltische Weg anlässlich der 100-jährigen Staatsgründung der baltischen Staaten

7. April bis 25. August 2018: Umbaubedingt keine Sonderausstellung. Das Brauereimuseum ist von Di bis So von 12 bis 17 Uhr geöffnet

Ab 26. August 2018: Wiedereröffnung der Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums mit deutschbaltischer Abteilung

26. August bis 28. Oktober 2018: GROSS-art(ige) Kunst. Großformatiges aus der Museums-Sammlung

3. bis 4. November 2018: Museumsmarkt. Tradition und Moderne. Eröffnung am 2. November 2018

24. November 2018 – 10. März 2019: Johannes Niemeyer. Küsten und Städte. Bilder aus dem Baltikum

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-lg.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de.

Handarbeits-Flohmarkt

Elmshorn – Am Sonnabend, 14. Oktober findet von 14 bis 17 Uhr der Handarbeits-Flohmarkt am Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne" statt. Das verspricht wieder ein interessanter Nachmittag für alle Freundinnen und Freunde der Handarbeit zu werden mit ganz viel zu den Themen Handarbeit und Basteln, Materialien und Produkte fürs Schneidern und Nähen etwa, aber auch fürs Stricken, Häkeln, Patchworken und Sticken. Auf den Tischen der Anbieter werden sich Stoffe und Wolle finden, Knöpfe, Kurzwaren, Näh- und Bastelanleitungen, Bücher und Handwerkszeug.

Nähere Information und Standanmeldung beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne", Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.

Berliner Hausbesetzerkultur

Zu: Annektierte „Event-Bude“ (Nr. 40)

Die Berliner habe ja reichlich Erfahrungen mit Besetzungen von Gebäuden. Die einwöchige „Annektierung“ der Volksbühne durch ein Anti-Gentrifizierungskollektiv reiht sich nahtlos ein in ähnliche Aktionen in der Vergangenheit. Im Artikel wurde die Besetzung in der Humboldt-Universität erwähnt. Hinzuzufügen wäre die Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg, in der sich schon seit 2012 dauerhaft illegale Zuwanderer breitmachen.

In der Stadt herrscht eine regelrechte Hausbesetzerkultur, die der Senat gewähren lässt. Was folgt als Nächstes? Das rot-rot-grün regierte Abgeordnetenhaus böte sich an.

Matthias Schöne, Hannover

Kein Segen über der »Ehe für alle«

Zu: So versagt der Bundestag (Nr. 28)

Es gibt nicht viele freudige Ereignisse im Leben der Deutschen, insbesondere in der letzten Zeit. Der 30. Juni dieses Jahres, ein Freitag, war wieder so ein Tag ganz im Sinne einer kleinen Minderheit. Der Bundestag in Berlin hat in all seiner „Vollkommenheit“ mit großer Mehrheit entschieden. Die „Ehe für alle“ soll nun mit allen Problemen, die damit behaftet sind, kommen.

Wenn man so die Fernsehbilder aus dem Deutschen Bundestag sah, könnte man meinen, ein großer Sieg wurde gerade gefeiert, und die Deutschen sind mal wieder die glücklichsten Menschen auf der Welt.

Bleibt nur die Frage: Woher wollen eigentlich die Kinder kommen, die nach dem neuen Recht adoptiert werden können? Abgesehen davon, dass eine Adoption mit sehr großen Hürden verbunden ist, so ist die Zuwachsrate von deutschen Kindern in den vergangenen Jahrzehnten sehr bescheiden. Also sucht man lieber nach anderen Möglichkeiten in Fernost, Afrika oder Lateinamerika, wo ein großer Überschuss vorhanden ist. Angebot und Nachfrage wie in der Wirtschaft lassen das Geschäft florieren. Anwälte aus den eigenen Reihen werden das mit großer Freude übernehmen.

Mag die Freude bei den Betroffenen noch so groß sein, ein Segen liegt auf solche Verbindungen nicht, selbst wenn sie den christlichen Anstrich erhalten.

Wilhelm Jäckel, Damme

Die Rumbrüllerin

Zu: Neuanfang mit linken Mitteln (Nr. 39)

Es gehört schon eine Unverfrorenheit dazu, seinen ehemaligen Regierungsmitgliedern „eins in die Fresse“ hauen zu wollen.

Ex-Arbeitsministerin Andrea Nahles pöbelt wie in ihren alten Zeiten als Juso-Vorsitzende. Ungehobelt, einfältig, ohne Substanz. Ihre Leistungen als Ministerin haben der SPD nicht zu mehr Stimmen verholfen, denn das, was sie erreicht hat, betraf nur sehr wenige, die dann auch noch AfD gewählt haben, wie die Stimmen aus der ehemaligen SPD-Hochburg Ruhrgebiet bewiesen haben.

Rumbrüllen, die Kanzlerin angreifen, lautstark, aber unwirksam, haben zwar den verhinderten Kanzlerkandidaten Schulz beeindruckt, aber gleichzeitig einen Weg zur Groko verhindert. Aber eine neue Groko gibt es nur ohne Nahles und Schulz.

Frau Nahles sollte bei Sahra Wagenknecht in die Lehre gehen, um zu lernen, wie man im guten Ton schärfste Reden halten kann.

Dieter Kassenbeck, Rheine

Herrscht in Berlin eine Hausbesetzerkultur vor, gegen die die Politik nichts unternimmt? Eine Woche lang war die Berliner Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz von Aktivisten besetzt, ehe das Haus von der Polizei geräumt wurde Bild: David Baltzer

Quedlinburg führt

Zu: Deutsches Fachwerk, fremde Bewohner (Nr. 30)

Die in dem Beitrag gemachte Aussage über Celle, „die Stadt gilt mit 500 denkmalgeschützten Fachwerkhäusern als größtes geschlossenes Fachwerkgebiet in Europa“, trifft so nicht zu. In der Tat ist Celle eine hübsche und interessante Stadt. Aber: Ehre, wem Ehre gebührt. Auf der Heimseite der Welterbestadt Quedlinburg ist zu lesen: „Auf einer Fläche von gut 80 Hektar drängen sich über 2000 malerische Fachwerkhäuser. Wie in einem bunten Bilderbuch lässt sich an den oft reich geschmückten Fassaden die Entwicklung dieser Bauweise über acht Jahrhunderte ablesen“ und macht die Stadt zu einem der größten Flächendenkmale in Deutschland.

Und bei Wikipedia heißt es: „Quedlinburgs architektonisches Erbe steht seit 1994 auf der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes und macht die Stadt zu einem der größten Flächendenkmale in Deutschland.“

Und noch etwas unterscheidet Quedlinburg von anderen berühmten Städten. Es gibt für die alten Häuser eine ungebrochene Nachfrage, größer als das Angebot, sodass ihr auch Leerstand und in dessen Folge das Ausländerproblem erspart blieb. Die einzige Ausländergruppe betrifft die holländischen Liebhaber alten Fachwerkes, die sich hier im Laufe der Jahre eingekauft haben und in Harmonie mit der Bevölkerung leben.

Ulrich Löbert, Quedlinburg

Verspätete Kampfansage der Kanzlerin

Zu: Merkel besucht Stasi-Gefängnis (Nr. 33)

Wieso hat es Bundeskanzlerin Angela Merkel verdient, dass ihr Besuch in einem ehemaligen Stasi-Gefängnis besonders erwähnenswert ist? Das ist eine Pflichtaufgabe! Man muss Schönfärberei der DDR-Diktatur den Kampf ansagen. Diese Kampfansage ist überfällig, ja sie kommt zu spät. Die Bundeskanzlerin hat nichts dazu beigetragen, dass das Thema DDR in der Bevölkerung, insbesondere in den alten Bundesländern, noch präsent ist. Weder Frau Merkel (aber auch die meisten Medien und viele Politiker) greifen den Mauerbau, die DDR-Diktatur überhaupt noch auf.

Frau Merkel kommt zwar aus der ehemaligen DDR, aber es muss bezweifelt werden, ob sie wirklich „DDR gelebt hat“. Sehr bemerkenswert ist auch, wenn sie im ehemaligen Stasi-Knast Hohenschönhausen erklärt, sie sei „auch sehr froh, dass hier in der Gedenkstätte Arbeit gegen Linksradikalismus geleistet“ werde.

Warum „trommelt“ die Bundeskanzlerin in diesem Zusammenhang gegen den Linksradikalismus? Den haben wir doch täglich. Frau Merkel sollte genauso oft gegen diesen „wettern“ wie gegen die Rechten. Wollte sie mit diesem Beruf punkten? Es blieb zu hoffen, dass die Wähler auf so etwas nicht hereinfielen.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Ab in die Türkei!

Zu: Er kann nichts dafür (Nr. 36)

Ich verstehe überhaupt nicht, warum jemand anderes die Integrationsbeauftrage Aydan Özoguz „entsorgen“ sollte oder wollen könne, wenn sie doch selbst diejenige ist, die, ähnlich wie der Journalist Denis Yücel, die Sorge mit sich herumträgt, in diesem furchtbaren Deutschland leben zu müssen. Sie kann sich doch durch eine Übersiedlung nach Anatolien, also in die Türkei, wunderbar selbst entsorgen. Niemand hindert sie daran.

Herward Eylers, Bad Driburg

Kleine Mäuse

Zu: Ein erster Gesundheitsapostel (Nr. 33)

Wenn ein Schweizer diese Ausgabe der *Preußischen Allgemeinen* in die Hand bekommt, kann er sich scheckig lachen über die Deutschen, die zum Frühstück „kleine Mäuse“ verzehren. Denn nichts anderes bedeutet Müsli auf Schweizerisch. Was aber Vollwertkost-Erfinder Bircher den Vegetariern, Veganern und sonstigen Fleischverächtern zu ihrem Frühstück beschert hat, heißt Müesli.

Prof. Dr. Burkhard Hofmeister, Bad Reichenhall

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Kind des blauen Soldaten

Eine Königsbergerin sucht ihren spanischen Vater – Francos Blaue Division sorgte für dauerhafte deutsch-spanische Freundschaft

Manche ostpreußische Kriegskinder haben spanisches Blut in ihren Adern. Eines von ihnen machte sich auf die Suche nach dem spanischen Vater, der als Mitglied der Blauen Division in Königsberg stationiert war.

Annas Vater José* war einer der 47 000 spanischen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg während ihres zweieinhalbjährigen Einsatzes in der sogenannten Blauen Division dienten. Diese Formation spanischer Freiwilliger wurde 1941 von General Franco gegründet und an die Ostfront geschickt, um als Teil der Wehrmacht gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Ihr Name kommt von der Farbe der Falange-Hemden, die von Soldaten anstatt der Uniform-Hemden getragen wurden.

Im Gegensatz zur Mehrheit der Freiwilligen, die sich für die Division aus ideologischen Gründen meldeten, war José, der in Valencia Jura studiert hatte, kein Falangist. Während des Bürgerkriegs in Spanien unterstützte sein Vater die Anhänger des Königs Alfons XIII. und wurde nach dem Sieg der Falangisten hingerichtet. José ging zur Ostfront, um seine Familie vor weiterer Verfolgung zu bewahren. In Königsberg, wo er vor dem Fronteinsatz weilte, lernte er die hübsche, junge Lisa kennen, die dort im Finanzamt arbeitete. Sie war ausgebildet, konnte drei Fremdsprachen sprechen, darunter auch Spanisch.

In Ostpreußen sowie in den baltischen Ländern, die auf dem Weg zur Front lagen, kam es oft zu Kontakten der spanischen Soldaten mit einheimischen Frauen. Das waren aber eher zufällige Flirts. José hatte ehrliche Absichten. Er besuchte Lisa in ihrem Hause, und ihre Familie war von ihm recht angetan – mit Ausnahme von Lisas Vater. Der wohlhabende Tuchhändler, der auch im Nahen Osten seine Geschäfte führte, gab dieser Beziehung keine Genehmigung. Seine anständig erzogene Tochter durfte keinen unbekannten Mann aus einem fremden Land heiraten.

Das Paar wurde getrennt, als José an die Front musste. Wie seine Kameraden war er den strengen russischen Winter nicht gewöhnt. Bald kam er zurück mit einer Wunde am Kopf und erfrorenen Zehen. Er geriet in die Gruppe der Soldaten, die ein Jahr vor der offiziellen Auflösung der Division (im Oktober 1943) nach Spanien zurückkehrte. Womöglich sagte ihm Lisa noch, dass sie von ihm ein Kind erwartete. Die beiden versprachen einander, sich nach dem Krieg wiederzufinden.



Erste zarte Bande: Deutsche Krankenschwestern begrüßen Angehörige der Blauen Division

Bild: pa

Das Kind Anna wurde im April 1943 geboren. Da seine Mutter weiter arbeiten musste, kam das Mädchen tageweise in einen evangelischen Hort. Im Winter 1944, kurz nach dem Tod ihrer Eltern, wurde Lisa dienstlich nach Dresden geschickt. Inzwischen kam ein Befehl zur Evakuierung des Horts. Jedem Kind hat man ein Schild mit seinem Vornamen um den Hals gehängt und dann alle in einen Zug gesteckt, der Richtung Westen fuhr.

Nach vielen Stunden hielt der Zug in dem kleinen kaschubischen Dorf Brzezie nahe Schlochau an. Dort mussten alle Kinder hinaus und wurden ihrem eigenen Schicksal überlassen. Der dortige Pfarrer nahm sie zur Kirche mit und appellierte an die Barmherzigkeit der Bewohner, die Kinder zu sich zu nehmen, da sie sonst vor Hunger und Kälte sterben würden. Anna wurde bei einem kinderlosen Ehepaar untergebracht, das ihr den neuen, kaschubischen Nachnamen gab. Von dem früheren Leben ist ihr nur der Vorname geblieben.

Heute äußert sie sich positiv über ihre kaschubische Familie. Eine besonders gute Beziehung hatte sie zu ihrem Stiefvater, der während des Krieges in der Wehrmacht diente. Es war das Schicksal vieler kaschubischer Familien, deren Mitglieder damals ähnlich wie in Schlesien auf gegnerischen Seiten gekämpft haben.

Als Anna größer geworden war, wurde sie häufig von Mitschülern als „Hitlers Kind“ beschimpft. Es ist interessant, dass sie am meisten von denjenigen verspottet wurde, deren Familien aus den ehemaligen östlichen Gebieten Polens vertrieben wurden, die die Sowjetunion nach dem Krieg annektierte.

Erst als 17-Jährige traf Anna wieder ihre leibliche Mutter, die nach dem Krieg in Stuttgart gelandet war und ihre Tochter über das Rote Kreuz lange gesucht hatte. Sie begegneten einander auf dem Posener Bahnhof in der Nacht.

> Im Krieg verliebte sich Lisa in José

Laut der Vereinbarung sollte Anna in einem grünen Frauenanzug und mit einem Rosenstrauß erscheinen. Das Licht am Bahnhof war sehr schwach, aber Lisa erkannte ihre Tochter sofort. „Du siehst deinem Vater so ähnlich“, sagte sie. Die beiden umarmten sich. Leider konnte Lisa kein Polnisch und Anna kein Deutsch. Deswegen wurden ihre ersten Gespräche mithilfe einer Dolmetscherin geführt.

Niemand weiß, ob José versuchte, seine Geliebte aus Königsberg zu finden, als die Stadt schon nicht mehr existierte. Lisa nutzte eine Gelegenheit, ihm eine Nachricht zu schicken, als ihre Arbeitskollegin nach Spanien verreiste. Sie schrieb einen Brief an José, in dem sie ihm von ihrer gemeinsamen Tochter erzählte. Die Kollegin fand seinen Wohnort in Rioja. Unglücklicherweise war er gerade nicht zu Hause, und seine Mutter empfing sie an der Tür. Nachdem ihr Lisas Kollegin den Grund des Besuchs erklärt hatte, erwiderte sie barsch, dass deutsche Frauen leichtsinnig seien und ihre Familie von so einer nichts hören wollte, sie sei selber schuld. Lisa unternahm keine Kontaktversuche mit José mehr.

Nach der Heirat mit einem Polen lebte Anna einige Jahre in Posen, später in Krakau. 1988, als ihr Sohn und ihre Tochter erwachsen waren, beschlossen sie alle, in die Bundesrepublik Deutschland zu ziehen. Sie fanden schließlich einen neuen Wohnsitz in Bayreuth.

Dann überredeten Annas Kinder ihre Mutter, nochmals zu versuchen, ihre spanischen Verwandten wiederzufinden und schrieben zusammen einen langen Brief. Eine Woche später kam die Antwort von Annas Halbbruder José, der inzwischen Professor der Mathematik an der Universität in Valencia geworden war. Er freute sich sehr, Anna kennenlernen zu können. Ihr erstes Treffen fand in März 2004 in Bayreuth statt. Seitdem besuchen sich ihre Familien regelmäßig, auch wenn der blaue Soldat und seine Geliebte aus Königsberg nicht mehr leben. *Jolanta Lada-Zielke*

** Die Namen aller Personen wurden geändert.*

Wie die Tiere

Pilze haben mit der Tierwelt mehr gemeinsam als mit Pflanzen

Die Pilzsaison ist in vollem Gange. Wer sich jetzt zum Sammeln in den Wald begibt, wird den Korb rasch füllen. 2,2 bis 3,8 Millionen Pilzarten gibt es weltweit, stellte ein Forschungsteam aus Berlin und London fest. Somit bilden Pilze das zweitgrößte Organismenreich nach den Tieren. Sie übertreffen die Vielfalt der Pflanzen um das Sechs- bis Zehnfache. Die Forschungsergebnisse von Wissenschaftlern des Botanischen Gartens und Botanischen Museums der Freien Universität Berlin, des Londoner Royal Botanic Gardens von Kew und des National History Museums wurden in der aktuellen Ausgabe des Fachmagazins „Microbiology Spectrum“ veröffentlicht.

Bis jetzt bekannt und erforscht sind erst 120 000 Pilzarten. Es ist also eine große Aufgabe für die Forscher, die weiteren zwei bis drei Millionen Pilzspezies noch zu entdecken und zu katalogisieren. Pro Jahr werden nur etwa 1500 neue Pilzarten aufgelistet und beschrieben. Unzählige Spezialisten wären nötig, die ganze Vielfalt zu erfassen. Ein Problem ist jedoch auch, dass durch Lebensraumzerstörung viele Arten aussterben, bevor sie entdeckt werden.

Wie jedoch kommen Forscher auf diese Zahlen? Für die aktuellen Schätzungen verbanden die Wissenschaftler drei Schätzmethoden miteinander. Es wurden neueste Forschungsdaten ausgewertet, die auf der sogenannten DNA-Sequenziermethode beruhten, also der Bestimmung der Nukleotid-Abfolge in einem DNA-Molekül. Durch eine Methode zur Artenbestimmung wurden bei bekannten Pilzarten wie dem Fliegenpilz oder dem Pfifferling zehn bislang unbekannte Pilzarten entdeckt. Somit ergibt sich, dass die bisher bekannten 120 000 Pilzarten etwa 1,2 Millionen Arten entsprechen könnten.



Hübsch, aber ungenießbar: Der „Gesäte Tintling“

Bild: R. Lücking/Botanischer Garten und Botanisches Museum Berlin

Des Weiteren analysierten die Forscher Umweltproben des Bodens und des Wassers und vermuten hier weltweit mindestens eine Million weiterer noch unbekannter Pilzarten. Schließlich zeigten Studien an ausgewählten Orten, dass pro Pflanzenart durchschnittlich etwa 9,8 Pilzarten vorkommen. Hochgerechnet ergibt das bei weltweit 390 000 bekannten Pflanzenarten ein Ergebnis von 3,8 Millionen Pilzarten.

Besonders interessant ist, dass Pilze in allen Ökosystemen vorkommen, auch im Meer. Das Pilzreich umfasst die Flechten genauso wie die Backhefe oder den Fliegenpilz. Und für viele noch unbekannt: Sie sind nach heutigem Wissensstand näher mit den Tieren verwandt als mit den Pflanzen. Bis in das 20. Jahrhundert hinein zählte man sie zum Pflanzenreich. Man muss wohl davon ausgehen, dass es sich, nach Flora und Fauna, um eine dritte Lebensform handelt.

Pilze vereinen Merkmale von Tieren, aber auch von Pflanzen. Sie betreiben keine Photosynthese, ernähren sich von organischen Substanzen. Sie bilden keine pflanzentypische Stärke, sondern das bei Tieren typische Polysaccharid Glykogen. Pilze zersetzen totes organisches Material und sind somit von unschätzbarer Bedeutung im Nährstoffkreislauf.

Häufig leben Pilze in Symbiose mit Bäumen oder Orchideen sowie auch Flechten. Nicht zu vergessen ist ihre zentrale Bedeutung als Grundlage für Lebensmittel wie Brot, Käse, alkoholische Getränke oder Medikamente wie Penicillin. *Silvia Friedrich*

Geldsegen über Preußen

Neuer Masterplan zur Rettung des preußischen Schlösser-Erbes

Preußische Schlösser und Gärten können auch in Zukunft mit einem Geldsegen rechnen. Zur Rettung des kulturellen Erbes vereinbarten der Bund sowie die Länder Berlin und Brandenburg jetzt ein Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 400 Millionen Euro, mit dem die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) weitere Sanierungs- und Baumaßnahmen finanzieren kann.

Das Abkommen, das der SPSG-Generaldirektor Hartmut Dorgerloh als „Meilenstein“ in der Geschichte seiner Stiftung bezeichnete, setzt einen früheren Masterplan fort, der in diesem Jahr ausläuft und mit dem seit 2008 insgesamt 155 Millionen Euro investiert werden konnten, um bedeutende Denkmäler der Berliner und Potsdamer Schlösserlandschaft vor dem Verfall zu retten. Nahezu alle großen Museumsschlösser wie Schloss Charlottenburg, Neues Palais, Schloss Babelsberg, Schloss Cecilienhof und weitere profitierten von diesen Investitionen. Dadurch konnte verhindert werden, dass einzigartige originale und authentische Bausubstanz unwiederbringlich verlorengeht.

Mit den jetzt deutlich höheren Finanzmitteln, von denen 200 Millionen Euro auf den Bund, 131 Millionen Euro auf das Land Brandenburg sowie 69 Millionen Euro auf das Land Berlin entfallen, sollen bis 2030 die gravierenden Schäden an den zu großen Teilen auf der UNESCO-Welterbeliste stehenden Schloss- und Gartenanlagen behoben werden.

Vom neuen Sonderinvestitionsprogramm sollen wieder fast alle großen und kleineren Bau- und Gartendenkmäler profitieren. In einem ersten Fünfjahreszeitraum sollen die Planung und Baudurchführung von etwa 20 Projekten realisiert werden. Dazu zählen die Fortführung der Dach- und Fassadensanierungen am Schloss Charlottenburg in Berlin und dem Orangerieschloss im Park Sanssouci sowie die Dach- und Balustradensanierung am Neuen Palais.

Auch im Park Babelsberg werden die Sanierungsmaßnahmen fortgesetzt. Die Römischen Bäder im Park Sanssouci und das Schloss auf der Pfaueninsel, die beide stark gefährdet sind, werden vollständig instandgesetzt und damit gesichert.

> 400 Millionen Euro für Investitionen bis zum Jahr 2030

Zur Verbesserung des Besucherservice entstehen an der Historischen Mühle im Park Sanssouci und am Schloss Charlottenburg neue, moderne Besucherzentren. Dank des Abkommens wird die SPSG auch verschiedene kleinere, aber nicht minder wertvolle Baudenkmäler wie die Villa Liegnitz und die Meierei am Kuhtor im Park Sanssouci sowie verschiedene historische Bauwerke im Neuen Garten im Potsdam denkmalgerecht instandsetzen.

Die Sanierungsarbeiten sollen laut SPSG aber nicht hinter verschlossenen Türen stattfinden: Die Stiftung wird Besucher sowie alle Interessierten wieder mit einem breiten Informationsangebot und Sonderführungen regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten informieren. Zusätzlich werden die Schlösser, soweit möglich, auch während der Baumaßnahmen geöffnet sein.

Die Sondermittel werden in Berlin-Brandenburg einen erheblichen Beitrag zur Entwicklung des Kulturtourismus und zur Förderung von Bauwirtschaft und Handwerk leisten. Von den finanziellen Mitteln profitierten in erster Linie hochspezialisierte kleine und mittelständische Unternehmen in den strukturschwachen östlichen Regionen.

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten bewahrt, erforscht und präsentiert in Berlin und Brandenburg das größtenteils zum UNESCO-Welterbe gehörende nationale Kulturerbe des preußischen Königreiches. Sie ist mit ihren rund 300 baulichen Anlagen und über 750 Hektar Garten- und Parkflächen eine der größten und bedeutsamsten Kultureinrichtungen in Deutschland. Der Öffentlichkeit sind zurzeit mehr als 30 Häuser zugänglich. Stiftungsauftrag ist die Bewahrung, Pflege, Präsentation und Öffnung der preußischen Schlösser und Gärten für heutige und nachfolgende Generationen. Die SPSG zählt jährlich knapp zwei Millionen Gäste in den Schlössern und weitere zirka fünf Millionen Besucher in den Gärten. *H. Tews*

Seit 400 Jahren erscheinen in Berlin Zeitungen

Eine Szene aus dem Berlin der 1920er Jahre: Ein Zeitungsjunge rast die Linden hinunter und ruft Zeitungen aus. Er rempelt einen Passanten an, der ihn unflätig beschimpft. Der Bengel schreit zurück: „Hau dir selbst eine runter, ich hab' keine Zeit!"

Kein Berliner hatte damals Zeit. Die rasant wachsende Stadt war dem Tempo der Moderne wie einem Rausch verfallen, und zu diesem irren Tempo trugen nicht zuletzt die zahlreichen Zeitungen der Reichshauptstadt bei. Im Jahr 1928 gab es 147 Zeitungen mit eigener Redaktion, viele erschienen mit einer Morgen- und einer Abendausgabe. Die Menschen wollten lesen, lesen, sie konnten gar nicht genug kriegen, eine mediale Überfütterung durch Fernsehen und Internet gab es noch nicht.

Der 1982 verstorbene Publizist Peter de Mendelssohn hatte im Jahr 1959 ein dickes Buch über die „Zeitungsstadt Berlin" vorgelegt. Es war damals eine Sensation, die Kritiken überschlugen sich, man sprach von einem Standardwerk. In alles Lob mischte sich auch Wehmut, weil man instinktiv spürte, dass eine solche Zeitungsära, wie sie in Berlin ein gutes Jahrhundert existierte, unwiederholbar war.

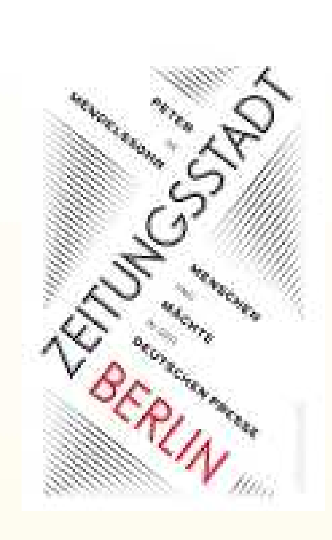
Anlässlich des 400. Jubiläums Berlins als Zeitungsstadt – 1617 hatte der Kurfürstliche Botenmeister Christoph Frischmann die erste Zeitung Berlins, eine Wochenzeitung, herausgebracht – ist Mendelssohns Buch wieder aufgelegt worden. Man wünscht ihm auch diesmal eine große Verbreitung, denn seine Faszination teilt sich noch immer mit. Woran liegt das? Zum einen, weil Mendelssohn ein begnadeter Schreiber, Journalist und hochgebildeter Romancier und Sachbuchautor war, der mit einer dreibändigen Thomas-Mann-Biografie selbst bei strengen Germanisten Anklang fand. Zum anderen ist das Buch einfach von der Sache her ein hochspannendes Kapitel von 400 Jahren deutscher Geschichte am Beispiel Berlins, in der sich Politik, Wirtschaft und Kultur regelrecht verschmelzen. Eine solche journalistische Vielfalt, solch dramatische Auf- und Ab-Entwicklungen hat es in Deutschland andernorts nicht gegeben.

Mendelssohn erzählt die Berliner Geschichte von 1617 an, geht auf die ersten Zeitungen im 18. Jahrhundert unter Friedrich dem Großen ein, beschreibt Zensur und Reaktion zu Beginn des 19. Jahrhunderts, um dann in langen Kapiteln die große Zeit der Berliner Presse zwischen 1870 und 1945 zu schildern. Diese Zeit war geprägt von den drei großen Verlagen Ullstein, Mosse und Scherl. Alle drei hatten wahre Zeitungsimperien aufgebaut. Ihre riesigen Häuser zwischen Gendarmenmarkt, Kochstraße und Jerusalemer Straße beherbergten modernste Drucktechnik und unzählige Redaktionen – sie sind alle 1945 im Bombenhagel untergegangen. Lediglich das imposante Ullsteinhaus in Tempelhof, damals das größte Druckhaus für Zeitungen in Europa, mit seinem charakteristischen Turm hat überlebt und war auch nach 1945 noch Zeitungssitz.

Die Zeitungen der drei Häuser sind legendär: bei Ullstein die „Vossische Zeitung" („Tante Voss"), die „Berliner Morgenpost" und die „Berliner Illustrirte", bei Mosse das vom Chefredakteur Theodor Wolf jahrzehntelang geleitete „Berliner Tageblatt", bei Scherl „Die Woche" und „Der Tag", daneben zig andere Tages- und Wochenzeitungen, die Mehrzahl von ihnen treu zur Weimarer Republik stehend, weshalb nach 1933 denn auch das rasche Ende vieler Blätter kam. Die rigorose Gleichschaltung und Vertreibung jüdischer Besitze (Ullstein, Mosse) bewirkte eine eintönige, zutiefst unberlinische Presselandschaft.

Der Neubeginn nach 1945 war mühsam. Mendelssohn, der 1933 aus Deutschland geflohen war, kam 1945 als britischer Presseoffizier zurück und half bei der Gründung erster deutscher Zeitungen wie „Tagesspiegel" und „Süddeutsche Zeitung". Rasch hatte die zerbombte Stadt wieder eine Vielzahl von Zeitungen, aber an die alte Größe konnte Berlin nicht wieder anknüpfen. Mendelssohns Schilderung endet mit einem zurückhaltenden Kapitel über das wachsende Engagement Axel Cäsar Springers, der am Ende drei Viertel des West-Berliner Marktes beherrschte.

Drei jüngere Medienwissenschaftler haben das Buch um ein Kapitel bis heute ergänzt, in dem höchst informativ über die ständig wachsenden elektronischen Medien und über die geradezu mörderischen Zeitungskriege nach der Wende berichtet wird. So ist dieses großartige Buch nicht nur ein Geschichtsbuch, sondern zugleich eine aktuelle Darstellung eines heiß umkämpften Zeitungsmarktes, der beispielhaft für heutige Veränderungen im Medienbereich überhaupt steht. *Dirk Klose*



***Peter de Mendelssohn: „Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der deutschen Presse"**, erweitert und aktualisiert von Lutz Hachmeister, Leif Kramp und Stephan Weichert, Ullstein Verlag, Berlin 2017, gebunden, 812 Seiten, 42 Euro*

Bewegen für die Gesundheit

Jeder weiß, dass ein zu hohes Körpergewicht und schlechte Ernährung zu schwerwiegenden Krankheiten führen können. Eine spontane Erkrankung erkennt man durch offensichtliche Symptome und Schmerzen.

Anders verhält es sich mit versteckten und chronischen Entzündungen, die meist erst bemerkt werden, wenn eine Folgeerkrankung wie Herzinfarkt, Bluthochdruck oder Diabetes entstanden ist. Die Forschung fand heraus, dass im Blut der Erkankten sehr häufig ein Entzündungswert zu finden ist, der bisher als Randerscheinung definiert wurde. Neuere Studien weisen dagegen nach, dass die erhöhten Entzündungswerte das Resultat einer stillen Entzündung sind, die erheblich zur Erkrankung beiträgt.

Diesem Phänomen ist der Professor Karsten Krüger in seinem Buch „Der stille Feind in meinem Körper" nachgegangen. Der ehemalige Leistungssportler studierte neben Biologie auch Sportwissenschaft. Am Institut für Sportmedizin an der Universität Gießen ist er akademischer Rat für Sportmedizin, und er ist seit diesem Frühjahr Professor für Sport und Gesundheit in Leipzig.

Als Auslöser für stille Entzündungen macht Krüger unter anderem Fehlernährung, Stress, Übergewicht und Bewegungsmangel aus. Er schildert verschiedene Krankheitsbilder wie Herzinfarkt, Schlaganfall, Darm- und Muskelentzündungen und gibt dann Ratschläge, wie man diesen mit entsprechenden Ernährungsstrategien vorbeugen oder entgegenwirken kann.

Wie zu erwarten, empfiehlt der Sportwissenschaftler als Mittel der Wahl Sport. Allerdings geht er in verständlichen Texten auch auf diejenigen ein, die keine Lust haben, regelmäßig Sport zu treiben. Als Alternative schlägt Krüger den aktiven Alltag vor. Dazu zählen Treppensteigen, Spazierengehen, den Hund ausführen. Lockeres Joggen oder Radfahren, Kräftigungsübungen für Zuhause verbessern bereits den Gesundheitszustand erheblich. Es sind leicht zu befolgende Ratschläge für Jedermann. *M. Rosenthal-Kappi*



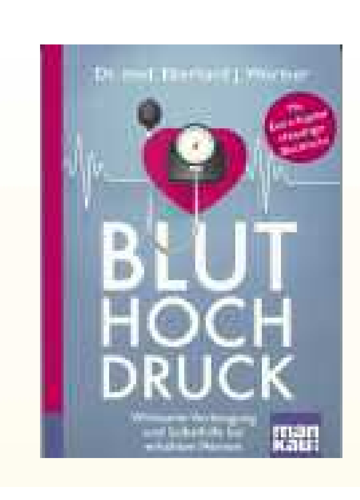
***Karsten Krüger: „Der stille Feind in meinem Körper. Wie chronische Entzündungen uns krank machen und was wir dagegen tun können"**, Scorpio Verlag, München 2017, broschiert, 160 Seiten, 17,99 Euro*

Was tun bei Bluthochdruck?

Bluthochdruck ist eine in Deutschland weit verbreitete Zivilisationskrankheit. Unbehandelt kann es zu schwerwiegenden Folgen wie einem Herzinfarkt kommen.

An welchen Symptomen die Erkrankung zu erkennen ist, wodurch sie entsteht und welche Behandlungsmethoden es gibt, beschreibt der Medizinjournalist Eberhard J. Wörner. Der vielseitige Arzt studierte Germanistik, Geschichte, Sozialwissenschaften und Medizin. Nach der Approbation hat er als Arzt und in medizinischen Berufen gearbeitet.

Der vorliegende Ratgeber ist ein idealer Alltagshelfer für Betroffene: Anschaulich und klar bietet er Hilfe vor allem zu verschiedenen Behandlungsmethoden, Selbsthilfe und Ernährung bei zu hohem Blutdruck. Neben schulmedizinischen geht er ausführlich auch auf alternative Heilmethoden ein. *Manuela Rosenthal-Kappi*



***Eberhard J. Wormer: „Bluthochdruck. Wirksame Vorbeugung und Selbsthilfe bei erhöhten Werten"**, Mankau Verlag, Murnau 2017, broschiert, 126 Seiten, 8,99 Euro*

Wenig repräsentative Fallbeispiele

Es ist ein ambitioniertes Unterfangen, was Jonathan Sierck präsentiert. Ist es wirklich „ein kurzweiliges Buch, das Mut macht und zeigt: Erfolg schließt niemanden aus"? Der knapp 25-jährige Autor, der schon mit 18 Jahren Seminare über „effizientes Arbeiten, effektive Lernstrategien, Persönlichkeitsentwicklung und souveränes Zeitmanagement" hielt, präsentiert „junge Überflieger", die alle nach 1984 geboren sind, aus Blogging, Fußball, Gastronomie, Fernsehen, Musik, Politik, Wirtschaft als „Fundgrube der Inspiration für ein erfülltes (Arbeits-)Leben". Doch was er „als Schatzkammer voller Erfahrungen" anpreist, um „andere zu inspirieren", sind nur wenig repräsentative Fallbeispiele, deren Lebenswege und Handlungsmotive Jugendlichen kaum als Inspirationsquelle dienen.

Das Buch beginnt mit der Frage „Was ist eigentlich Erfolg?" Ein Satz von Steve Jobs von der Stanford-Universität sticht hervor: „Hütet euch vor Dogmen, denn das heißt nichts anderes, als sein Leben an den Ansichten anderer Leute auszurichten. Seht zu, dass der Lärm fremder Meinungen nicht eure innere Stimme übertönt." Doch ausgerechnet solch ein „junger Überflieger", der dem Zeitgeist widerspricht, fehlt!

Der letzte Teil enthält durchaus Merksätze wie, „nicht eindimensional, sondern komplex zu denken", da nur noch „pseudomäßig informiert, die Hintergründe und Abgründe, die Tiefen eines Themas werden kaum noch erschlossen" oder „mach nie die Meinungen anderer Menschen zur Grundlage deines Lebens".

Und wer sind die Überflieger? Joshua Kimmich wurde Deutscher Meister; Sebastian Kurz ist Außenminister von Österreich, Kontra K stand an der Spitze der Charts, Delia Fischer baute ein Unternehmen auf, Chris Tall gewann den RTL-Comedy-Grand-Prix, Andreas Wolff wurde Handball-Europameister. Das sind nicht repräsentative Einzelfälle. Martin Schulz wollte auch Fußballprofi werden und mit der SPD Bundeskanzler. Was die Beispiele zeigen, ist, dass alle nicht ihre Träume ausgelebt haben, sondern klare und konkrete Ziele hatten, die sie konsequent mit viel Arbeit, Fleiß und Mühe verfolgt haben. Wie macht man Karriere? Hierauf antwortete der Ex-Chef der Allianz: „Ein bisschen Sein, ein bisschen Schein und ein bisschen Schwein"!

Das Buch ist flott geschrieben, aber wer es liest und glaubt, danach „Überflieger" zu werden, der irrt. *Wolfgang Thüne*



***Jonathan Sierck: Junge Überflieger! Millennials – eine Generation auf der Erfolgsspur"**, Redline Verlag, München 2017, broschiert, 269 Seiten, 16,99 Euro*

Hauptwerk des Pfarrers, Lehrers und Dichters Donalitius in verbesserter Übersetzung

Am Anfang der weltlichen litauischen Literatur steht das Versepos „Metai" (Jahreszeiten) des Pfarrers, Lehrers und Dichters Christian Donaleitis (Kristijonas Donelaitis, 1714–1780). Donaleitis gilt den Litauern als ihr Nationaldichter. Seine „Metai" entstanden als lose Folge von realistischen Szenen aus dem harten Leben der litauischen Bauern, zum Gotteslob und zum Lob aller Herrlichkeiten der Natur im Kreislauf der Jahreszeiten. Im Verlag Langewiesche-Brandt ist unter dem Titel „Die Jahreszeiten" eine neue, von Gottfried Schneider gefertigte Übersetzung der „Metai" erschienen, die sechste des einzigartigen literarischen Schatzes.

Donaleitis, der sich den latinisierten Namen Donalitius zulegte, war ab 1743 bis zu seinem Tod lutherischer Pfarrer im Kirchspiel Tollmingkehmen in Preußisch-Litauen, das von Deutschen und Litauern bewohnt wurde. Er predigte in deutscher und litauischer Sprache und soll auch in beiden Sprachen geistliche Lieder geschrieben und übersetzt haben. Von seinen Fabeln und Gedichten ist zu seinen Lebzeiten nichts gedruckt worden. Mit dem Titel „Das Jahr in vier Gesängen" wurde der handschriftlich überlieferte Text der „Metai" auf Anregung des preußischen Kultusministers Wilhelm von Humboldt erstmals 1818 als litauisch-deutsche Ausgabe veröffentlicht. Der frühere Berliner Pfarrer Gottfried Schneider hat sich mit dem Werk von Donalitius intensiv auseinandergesetzt und kannte die Mängel der früheren Übersetzungen dessen Hauptwerks.

Die litauische Sprache beherrscht Schneider aufgrund seiner Tätigkeiten in Wilna (Vilnius) und Memel [Klaipeda]. In seiner Nachdichtung der „Metai" sind die fast 3000 litauischen Verszeilen unter Beibehaltung der Hexameterform in eine wohlklingende, fließend lesbare deutsche Textversion übertragen worden, die bereits in der Fachwissenschaft mit Anerkennung aufgenommen wurde.

Donalitius wuchs als Sohn eines litauischen oder – vielleicht aus Schottland – eingewanderten Kölmers (freien Bauern) und einer deutschen Mutter in Lasdinehlen bei Gumbinnen auf. Seine Ausbildung erhielt er an Königsberger Lehranstalten. Als Pfarrer lebte er weiterhin in der zweisprachigen Umgebung Preußisch-Litauens, unterhielt sich auf Litauisch mit den Bauern und sprach Deutsch mit den ostpreußischen Verwaltungsbeamten sowie mit den Freunden und zu Hause mit seiner Frau. Den königstreuen Donalitius erbitterte gleichwohl der krasse Standesunterschied zwischen Deutschen und Litauern. Den von ihm beklagten Verfall alter Werte und Sitten der litauischen Bauern führte er auf kulturelle Einflüsse der Preußen, Franzosen und Schweizer zurück.

Schneiders Übersetzung setzt Akzente, die dem Inhalt gerecht werden. Es galt, die wechselnden Stimmungen und den Ton des Dichters aufzugreifen, der in den „Metai" mal pastoral und oft als Mahner in Erscheinung tritt, manchmal aber auch nur die herkömmlichen Gebräuche der Bauern, die er einzeln beim Namen nennt, auf poetische Weise dokumentieren wollte. In vielen kleinen Stücken stellte er ihr Leben als Drama dar, so wie es von dem Einzelnen ja auch empfunden wurde. Es heißt, dass Donalitius seine Verse gelegentlich auch von der Kanzel predigte. Eine andere Öffentlichkeit gab es für die Anliegen der kleinen Leute nicht. Mit der Übersetzung von Gottfried Schneider wurde nun die Voraussetzung dafür geschaffen, dass dieses Werk der Weltliteratur aus dem Bestand der "UNESCO-Bibliothek der Literaturmeisterwerke Europas" zukünftig auch im deutschsprachigen Raum die ihm gebührende Verbreitung findet. *Dagmar Jestrzemski*



***Kristijonas Donelaitis: „Die Jahreszeiten"**, Aus dem Litauischen übersetzt von Gottfried Schneider, Langewiesche-Brandt Verlag, Ebenhausen bei München 2017, broschiert 128 Seiten, 14,80 Euro*

MELDUNGEN

»Kulturgut Lesen« schwindet dahin

Frankfurt am Main – Das „Kulturgut Lesen“ drohe auszusterben, warnt die Verlegerin des Piper-Verlages, Felicitas von Lovenberg, im „Handelsblatt“ anlässlich der Frankfurter Buchmesse. Noch 2012 habe sich jeder Deutsche im Schnitt mindestens ein Buch pro Jahr gekauft. Dieser Wert habe sich „praktisch halbiert“. Die Flut an „Mails und Messages“ raube den Menschen zunehmend die Ruhe, um sich in ein Buch zu vertiefen, so Lovenberg. *H.H.*

Pass »verloren«? Aufenthaltstitel!

Berlin – Obwohl seit Anfang 2016 530 000 negative Asylentscheidungen ergingen, haben nur 120 000 Abgelehnte Deutschland seitdem verlassen. Ein Grund neben anderen: Wenn die Rückführung über längere Zeit nicht gelingt, bekommen die Asylbewerber trotz Ablehnung einen legalen Aufenthaltstitel. Oft scheitert die Abschiebung an ungeklärten Identitäten (Pass „verloren“) oder ärztlichen Attesten. *H.H.*

ZUR PERSON

Hasta la vista, Spanien!

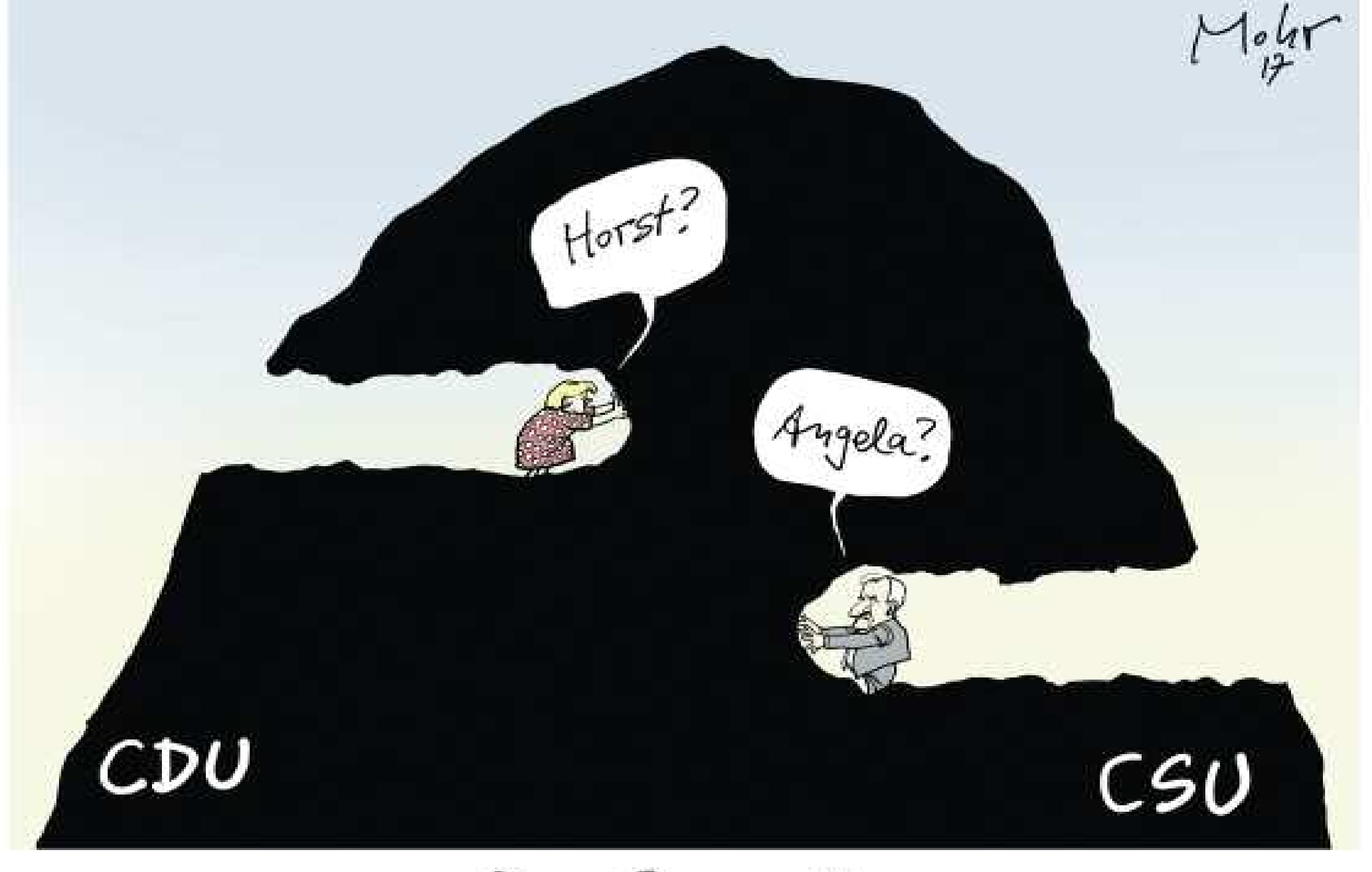
Knastkönig oder König von Katalonien – einer dieser Titel könnte am Ende dieser Woche in den Schlagzeile stehen, wenn von **Carles Puigdemont** die Rede ist. Sollte die spanische Regierung eine Verkündung der katalanischen Unabhängigkeit für illegal erklären, dann droht Puigdemont die Absetzung als Ministerpräsident Kataloniens und die Festnahme durch die spanische Polizei. Sollte nichts dergleichen passieren, kann er den Triumph auskosten, dem spanischen Königreich „Adiós“ gesagt zu haben.

So oder so: Puigdemont treibt ein Vabanquespiel, das ihn so raketenhaft aus der Politik abstürzen lassen kann, wie er aufgestiegen ist. Der 1962 als Sohn einer Konditorenfamilie in einem katalanischen Bergdorf geborene Journalist und Zeitungsgründer ist erst seit sechs Jahren als aktiver Politiker tätig. 2011 wurde er zum ersten nichtsozialistischen Bürgermeister der Stadt Giruna gewählt. Vier Jahre später ernannte man ihn zum Präsidenten des Städteverbunds für die Unabhängigkeit.



Nachdem bei den Wahlen zum neuen Regionalparlament Anfang 2016 die ultralinke CUP-Partei die Ablösung des bisherigen Ministerpräsidenten Artur Mas zur Bedingung für eine Regierungskoalition gemacht hatte, wurde Puigdemont als Mitglied des Wahlsiegers von der liberal-separatistischen Partei CDC (seit 2017 PDeCat, Katalanische Europäische Demokratische Partei) überraschend zum neuen Regierungschef gewählt.

Vor allem in Madrid hat man den neuen starken Mann von Barcelona und sein rigoroses Vorantreiben der Unabhängigkeit anfangs wohl unterschätzt. Jetzt, wo es zu spät ist, scheint die Abspaltung Kataloniens nicht mehr aufzuhalten zu sein. Puigdemont hat der spanischen Krone getrotzt. Jetzt kann er sich selbst wie ein König fühlen. Fragt sich nur, wo. *H. Tews*



Der Berg ruft

Wer soll das bezahlen?

Wie sich Brüssel verplappert, was die Asylsucher insgesamt kosten, und welche Erfolge die Aktion »Wir zusammen« präsentieren kann / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Jean-Claude Juncker ist sehr zufrieden mit Berlin. „Wir sehen es als extrem positiv an, dass ein Land, das bereits mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen hat, sich jetzt bereit zeigt, weitere 200 000 Personen pro Jahr willkommen zu heißen“, ließ der EU-Kommissionspräsident seinen Sprecher über den Asylkompromiss von CDU und CSU öffentlich jubeln. Ist das nicht toll? Zumal die anderen EU-Staaten ihre Schotten ja weiterhin nach Kräften dichthalten.

Die Spitzen der Union müssten doch sehr stolz sein auf dieses wunderbare Lob aus Brüssel. Sind sie aber nicht, zumindest nicht die in München. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer ist sogar stinksauer auf Juncker und wirft ihm eine „böswillige Falschinterpretation des CDU/CSU-Regelwerks“ vor.

Nanu? Was hat er denn? Ärgert sich Scheuer darüber, dass Brüssel die Vereinbarung der Unionsparteien unterschlagen hat, dass es auch gern mehr sein können als 200 000, falls diese Zahl „wider Erwarten durch internationale oder nationale Entwicklungen nicht eingehalten werden“ kann, wie es in der Unionsvereinbarung steht? Etwa durch einen Krieg oder eine Krise in Afrika oder im Orient, wie sie ja hin und wieder vorkommen sollen?

Kaum anzunehmen. Eher das Gegenteil: Bei der Brüsseler Erklärung handelt es sich um einen klassischen Verplapperer. Die eindeutige Nachricht, dass Deutschland weiterhin niemanden an seinen Grenzen zurückweisen wird, dürfte schon jetzt Kreise ziehen im gesamten Erdenrund und zu weiterer Wanderschaft verlocken. Die Zahl von 200 000 als bloßer „Richtwert“ zeigt kaum die Dimension an, in welcher gedacht wird, daher die Hintertür mit den „Entwicklungen wider Erwarten“.

Darf man solche Wahrheiten den deutschen Wählern offen ins Gesicht sagen? Noch dazu ausgerechnet aus Brüssel? Wie gesagt: Deutschland steht mit seiner Aufnahmebereitschaft mittlerweile allein in der EU und wird von allen Seiten als einsamer Trottel verspottet. Oder als Hasardeur gefürchtet. Brüssel hätte besser den Mund gehalten, statt die Deutschen auch noch mit der Nase in den Quark zu stoßen, den man ihnen vorsetzt. Da kann man schon mal wütend werden als Generalsekretär jener Partei, der diese Meisterleistung am schwersten in den Magen fahren wird.

Hilfreich wäre es gewesen, wenn Junckers Sprecher sich stattdessen mit vor Betroffenheit triefender Gutmenschenmiene darüber echauffiert hätte, dass die Unionsparteien „nur noch maximal 200 000 Flüchtlinge aufnehmen wollen“. Das stimmt, wie gesagt, zwar gar nicht. Aber mit so einem Tadel im Rücken hätte Scheuer sich und die Seinen mit Hinweis auf das Brüsseler Gemotze als harte Hunde in der „Flüchtlingsfrage“ inszenieren können. Mit dem Lob auf dem Tisch sieht er aus wie ein Grüner.

> Und dann kommt der Juncker und lobt die CDU/CSU für ihre »Willkommenskultur«! Wie peinlich

Was uns interessiert, ist natürlich die Frage, was das eigentlich alles kostet. Finanzanalyst Axel Retz hat für „Börse-Online“ verschiedene Berechnungen zusammengetragen. Entwicklungshilfeminister Gerhard Müller (CSU) meint, jeder Asylsucher koste rund 2500 Euro pro Monat. Retz stellt dem die Bilanz des Instituts der Deutschen Wirtschaft und diejenige des Kieler Instituts für Wirtschaftsforschung gegenüber. Ersteres kommt auf 4167 Euro pro Person und Monat, die Kieler gar auf 4583 Euro.

Nein, das Geld kriegen die Asylsucher natürlich nicht komplett ausgezahlt. In der Summe sind auch die Kosten für Unterbringung, Sicherheitspersonal in den Lagern, Gesundheitskosten, Kosten für Gerichte, Polizeieinsätze, Sprach- und Integrationskurse sowie für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge enthalten, die jeder Asylsucher monatlich verursacht.

Retz hat den Durchschnitt der drei Werte ermittelt und kommt auf 45 000 Euro pro Jahr und Person. 2014 bis 2016 sind rund 1,5 Millionen Asylsucher ins Land gekommen. Damit kommen wir auf 67,5 Milliarden Euro jährliche Gesamtkosten. 200 000 Personen zusätzlich kosten danach weitere neun Milliarden Euro jährlich. Neun Milliarden umfasst der Jahresetat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 67 Milliarden Euro sind etwas mehr als der Bundesetat für Verteidigung, Bildung und Forschung sowie für Gesundheit zusammen – laut Haushaltsbericht für 2016.

Und das ist nur der Mittelwert. Wer dem Ergebnis des Kieler Instituts vertraut, kommt auf mehr als 80 Milliarden Euro pro Jahr. Dafür müssen wir die Bundesetats für Wirtschaft und Energie sowie für Wirtschaftliche Zusammenarbeit noch obendrauf packen.

Aber stimmt die Zahl von 1,5 Millionen denn noch? Einige Tausend sind schließlich selber wieder gegangen oder abgeschoben worden. Richtig, aber dafür kamen 2017 schon wieder Tausende dazu, und dann ist da ja noch der laufende Familiennachzug. Also wird das wohl hinkommen, mindestens.

Mit diesen Daten im Kopf können wir endlich zusammenbauen, was wir bislang nie richtig in die Reihe bekommen haben. Nämlich, warum trotz „Rekordsteuereinnahmen“ und dem „Milliardenüberschuss im Bundeshaushalt“ so gut wie nichts übrigbleibt für Steuersenkungen. Warum die deutsche Politik trotz dieser wahnsinnig guten Resultate ihren Bürgern immer noch die höchsten Steuern und Abgaben unter allen großen Industrienationen abpresst: Sie benötigen das Geld dringender denn je! Und der Bedarf wird weiter steigen, oder?

Nein, nein, nie im Leben. Die Asylsucher sind eine „Investition in die Zukunft“, weil sie wegen ihres jugendlichen Altersdurchschnitts unsere Steuerkassen eines Tages füllen und unser Rentensystem retten! Das haben sie gesagt, die Experten aus Wirtschaft und Politik.

Mit der Aktion „Wir zusammen“ integrieren hunderte kleine und etliche namhafte deutsche Wirtschaftsunternehmen seit 2015 „Flüchtlinge“ in den Arbeitsmarkt. Roland Springer, Ex-Führungskraft bei Daimler und Gründer des Instituts für Innovation und Management, hat sich eine Tagung von „Wir zusammen“ in Stuttgart angesehen, um sich von den sagenhaften Erfolgen der Aktion berichten zu lassen. Im Portal „Tichys Einblick“ erzählt er, dass allein bei der Porsche AG schon elf „Flüchtlinge“ einen Ausbildungsplatz erhalten hätten mit dem Ziel, übernommen zu werden.

Porsche gehört zu vier „Best-Practise-Beispielen“, die auf der Tagung in Stuttgart vorgestellt wurden. Wie auch die Voith AG aus Heidenheim, bei der von acht Kandidaten gleich zwei eine Ausbildung begonnen haben, wie Springer zu wissen bekam.

Wer die Kosten für den enormen Werbefeldzug von „Wir zusammen“ durch die Menge der damit erzielten Ausbildungs- und Arbeitsverträge teilt, dürfte auf Zahlen pro Einzelfall kommen, die ähnlich zart auf der Zunge zergehen wie die oben genannten über die Gesamtrechnung der Asylsucherschar.

So richtig zufrieden sind die Firmen mit dem Erfolg von „Wir zusammen“ daher nicht. Bis auf eine: Die Leiharbeitsfirma ManpowerGroup. Die vermittelt „Flüchtlinge“ sehr erfolgreich, wie sie sagt, in überwiegend einfache (Helfer-)Tätigkeiten. Mit anderen Worten: In ein Lohnsegment, das kaum Steuern zahlen kann und das für die Linderung des Facharbeitermangels eher weniger infrage kommt. Außerdem ist bei gering Qualifizierten die Arbeitslosigkeit schon heute am höchsten und wird weiter steigen, da Maschinen ihre einfachen Arbeiten übernehmen.

Wolfgang Schäuble warnt übrigens, dass wir vor einer neuen Finanz- und Wirtschaftskrise stehen, weil sich überall gefährliche Blasen gebildet hätten. In dem Falle würde das öffentliche Geld plötzlich sehr, sehr knapp. Die darauf einsetzenden Verteilungskämpfe könnten recht spannend und vor allem überaus ruppig werden. Angela Merkel sollte sich gründlich überlegen, ob sie dann wirklich noch Kanzlerin sein möchte.

MEINUNGEN

*Entwicklungshilfeminister **Gerhard Müller**, Mitglied des CSU-Vorstands, machte gegenüber der „Bild am Sonntag“ (8. Oktober) deutlich, dass er die **„Obergrenze“ bei Asylsuchern** jedenfalls nicht unterstützt:*

„Wir können keine Zäune um Deutschland und Europa bauen. Erst zehn Prozent der in Syrien und Irak ausgelösten Fluchtwelle ist bei uns angekommen. Acht bis zehn Millionen sind noch unterwegs ... Dann ist egal, was wir hier festlegen. Die Menschen werden uns nicht fragen, ob sie kommen können.“

***Gloria von Thurn und Taxis** fragt im Regensburger „Wochenblatt“ (4. Oktober) nach Gründen für den **Erfolg der AfD**:*

„Über wichtige Probleme unseres Landes findet überhaupt keine Debatte mehr statt. Deutschland soll für die Schulden der armen Nachbarstaaten geradestehen. Gleichzeitig werden abertausende Menschen über die Grenzen in unser Land gelassen, die überhaupt keinen Pass vorweisen können und damit nicht einmal nachweisen, wer sie sind. Das verstehen viele Menschen hierzulande nicht, denn wenn man mit abgelaufenem Personalausweis auf der Straße erwischt wird, kann ein Ordnungsgeld drohen.“

*Den **„Tag der offenen Moschee“** ausgerechnet am deutschen Nationalfeiertag abzuhalten, findet **David Berger** nicht so normal, wie behauptet wird. In seinem Blog „philosophia-perennis.com“ (2. Oktober) gibt er zu bedenken:*

„Nun stelle man sich aber vor: Die christlichen Kirchen führen am türkischen Nationalfeiertag von Istanbul bis zur armenischen Grenze den ‚Tag der offenen Kirche‘ durch. Anstatt der türkischen Nationalhymne werden christliche Lieder in deutscher Sprache angestimmt und auf den Esstischen gibt es europäische Hausmannskost mit Schweinefleisch und Haribo mit Gelatine? Das wäre etwas absurd.“

***Samuel Schirmbeck**, ehemaliger ARD-Korrespondent in Algier, warnt in der „Welt“ (5. Oktober) vor einer **linken Islam-Romantik**:*

„Ich bin links und störe mich am Islam, weil der Islam rechter ist als die ganze AfD und von einer reaktionären Wirkungsmächtigkeit, gegen die der Rechtspopulismus ein Klacks ist. Wenn Sie die Einstellungen der meisten ostentativ gläubigen Muslime zum Minderheitenschutz, Frauenrechten, Gewissensfreiheit und Selbstkritik summieren, kommt etwas ganz Rechtes dabei heraus.“

*Der langjährige TV-Journalist **Wolfgang Herles** („Tagesschau“, „Report München“, „Aspekte“) fragt im Debattenportal „Tichys Einblick“ (30. September):*

„Wann endlich endet das Regiment der Frau, die ihrer Partei, ihrem Land und Europa mehr geschadet hat als alle bisherigen Kanzler der Bundesrepublik zusammen. Sie selbst will sich nicht einmal vorstellen, was sie hätte anders machen sollen. Sie sagt: In der Ruhe liegt die Kraft. Und meint: Nach mir die Sintflut. Sie sagt: Ich bin nicht enttäuscht. Lügt sie, oder leidet sie unter Realitätsverlust? Weder noch: Sie ist nicht enttäuschbar, solange sie die Macht behält, gleichgültig wie.“